Vom **Ende** der **DDR-Wirtschaft**

zum **Neubeginn** in den **ostdeutschen Bundesländern**

Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern

Hans-Hermann Hertle

Martin Junkernheinrich

Willy Koch

Günter Nooke

Herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung
Hannover 1998

Redaktion: Peter Hoffmann und Winfried Meis
Herstellung und Gestaltung: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung Umschlaggestaltung: Schwanke und Raasch, Hannover

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Druck: Buchdruckerei Dobler, Alfeld

Umweltfreundlich hergestellt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft ... 11
1 Struktur- und Verschuldungsprobleme ... 11
2 "Schürer"-Analyse zur ökonomischen Lage der DDR ... 13
3 Von der deutsch-deutschen Kooperation zur deutschen Einheit ... 20
Die Revitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft ... 23
1 Zur ökonomischen Vereinigungsstrategie ... 23
2 Wirtschaftspolitisches Zieldreieck ... 24
3 Wo steht Ostdeutschland? Wirtschaftsleistung und Transferabhängigkeit im innerdeutschen Vergleich ... 25
4 Selbsttragende Wachstumspole? Zur Tragfähigkeit des ostdeutschen Entwicklungspfades ... 30
5 Sollte die Investitionsförderung fortgesetzt werden? Zur Ausgestaltung der staatlichen Aufbaupolitik ... 36
Zwischen optimistischer Westorientierung und wachsender Ostidentifizierung ... 42
1 Ostdeutsche Befindlichkeiten seit 1990 ... 42
2 Die Einkommensentwicklung ostdeutscher Haushalte ... 43
3 Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation ... 44
4 Lebensveränderungen seit 1990 ... 46
5 Urteile über die Gestaltung der deutschen Einheit ... 47
6 Meinungen über die PDS ... 49
7 Ostdeutsches Identitätsempfinden ... 50
8 Ausblick ... 50
9 Literatur ... 51
Nation und Identität - 7 Jahre nach dem 3. Oktober 1990 ... 53
Vorbemerkung ... 53
1 Zu den Begriffen - Was meinen wir mit Nation und Identität? ... 54
2 Zur Geschichte - Gemeinsame Vergangenheit und zum Gebrauch der Nation in der DDR ... 57
3 Zur aktuellen Situation in Deutschland - Sieben Jahre nach der Wiedervereinigung ... 63
4 Zur Inhaltsbestimmung Deutsche Identität - Innere Einheit als neue nationale Identität? ... 67
5 Zur Ambivalenz und Notwendigkeit der Nation - Eine Erklärung als Plädoyer ... 69
Dokumenten-Anhang ... 73
Dokument 1 ... 73
Dokument 2 ... 82
Verfasser ... 84

Einführung

War der desolate Zustand der DDR-Wirtschaft, der entscheidend das Ende der DDR bewirkte, in seinen Ausmaßen vorauszusehen? Mit dieser Frage beschäftigte sich in öffentlichen Anhörungen von Experten die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit".

So bewertete der Vorsitzende der Enquete-Kommission Rainer Eppelmann in einer Anhörung am 3. März 1997 Fälle von positiv voreingenommener Wahrnehmung und dadurch undifferenzierter Beurteilung des "realen Sozialismus" in der DDR sehr kritisch. "Was im Westen häufig wahrgenommen wurde, waren letztendlich die Propagandalügen, die von Desinformationsspezialisten des Staatssicherheitsdienstes und der SED überaus geschickt verbreitet wurden. Alles in allem ist dem DDR-Regime so sicherlich eines der größten Täuschungsmanöver aller Zeiten gelungen."

Ähnliches gilt auch für die These von der DDR als zehntstärkster Industrienation der Erde. Sie versperrte manchem Westdeutschen den Blick für das katastrophale Ausmaß der Wirtschaftsmisere der DDR. Die dadurch bedingten Fehleinschätzungen, wie sie im nachhinein z. B. von dem ehemaligen Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank Helmut Schlesinger in der Berliner Zeitung Der Morgen vom 13. 5. 1991 mit den Worten: "Wir sind von falschen, zu positiven Vorstellungen über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der damaligen DDR-Wirtschaft ausgegangen" eingestanden wurden, stehen exemplarisch für die Bewertung der DDR-Wirtschaft durch manchen Politiker, Wirtschaftler und Journalisten der Bonner Republik.

Von dieser Haltung ließen sich viele auch nicht durch die Ergebnisse seriöser westdeutscher Forschungsinstitute abbringen. Auf diesen Sachverhalt wies in der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission am 3. März 1997 der ehemalige Referatsleiter Wirtschaft im Gesamtdeutschen Institut Hannsjörg Buck hin: "Die kontinuierlich fließenden Informationsquellen reichten aus, um ein realistisches Bild der Leistungsfähigkeit der DDR-Außenwirtschaft zu gewinnen und um zweifelsfrei festzustellen, daß es mit der DDR-Wirtschaft sowohl binnen- als auch außenwirtschaftlich seit Mitte der 70er Jahre nahezu ständig bergab ging... Wären diese Fakten vor 1990 rechtzeitig zur Kenntnis genommen worden, so hätte es nicht dazu kommen müssen, daß viele Politiker in Westdeutschland vom schnellen Zusammenbruch der DDR-Industrieunternehmen ab 1990/91 überrascht wurden und sich darob erstaunt die Augen rieben."

in der gleichen Anhörung verwahrte sich Doris Cornelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin gegen Kritik an der westlichen

DDR-Forschung. So habe das DIW berichtet, daß beim Chemiekombinat in Leuna 12 000 Beschäftigte, d. h. 40 % aller Beschäftigten, in der Instandhaltung tätig gewesen seien. Daraus sei der schlechte Zustand der Produktionsanlagen und der Technik in der DDR abzulesen gewesen.

In einer internen Studie hatte das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1988 die Produktivität der DDR auf dreißig Prozent des Westniveaus eingestuft, was der in geheimen Analysen des Politbüros ermittelten Realität annähernd entsprach. Keine zwei Jahre später aber wurde im Einigungsvertrag ein Produktivitätsniveau von sechzig Prozent als Grundlage genommen.

Im Gegensatz zur DDR-Propaganda über die Stärke der DDR-Wirtschaft gab es nämlich im innersten Zirkel der SED bereits seit Mitte der siebziger Jahre warnende Stimmen, wie Hans-Hermann Hertle in seiner Analyse über den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft herausgearbeitet hat. Insbesondere die "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen", die im Herbst 1989 im Auftrag des Politbüros eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer erarbeitete, kam zu einer niederschmetternden Bilanz. Dieses "Schürer-Papier", das ein ungeschminktes Bild der wirtschaftlichen Lage der DDR geben sollte, legte die Zahlungsunfähigkeit offen und forderte, Leistung und Verbrauch in der DDR wieder in Übereinstimmung zu bringen. Als unumgängliche Konsequenz wurde gleichzeitig die Minderung des Lebensstandards prognostiziert, deren Ausmaße durch eine engere Kooperation mit kapitalistischen Ländern zu begrenzen seien. Dabei sollten allerdings alle Maßnahmen unterlassen werden, die den Weg zur Wiedervereinigung hätten ebnen können,

Mit dem Fall der Mauer verlor die SED-Führung schnell jegliche politische Handlungsfreiheit. Schon bald erwies sich, wie Hertle resümiert, das schier unlösbare Problem der Westverschuldung als das weit kleinere Problem gegenüber der Verrottung ganzer Industriezweige und der Infrastruktur sowie gegenüber den gigantischen ökologischen Schäden.

Spät, aber durch die reale Entwicklung überzeugt, gestand Gerhard Schürer, der viele Jahre an der Spitze der Staatlichen Plankommission der DDR gestanden hatte, die mangelnde Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft ein. Vor der Enquete-Kommission bilanzierte er im März 1997: "Die Marktwirtschaft hat sich geschichtlich in ihrer Innovationskraft der von uns praktizierten Art der zentralen Planwirtschaft überlegen erwiesen ...Ich frage mich selbst, warum ich nicht gegangen bin." (Zit. nach FAZ vom 4. 3. 1997.)

Nach der Vereinigung sollte die ostdeutsche Bevölkerung schnell an das westdeutsche Wohlstandsniveau herangebracht werden. Während als not-

wendige Voraussetzung die Transformation der Wirtschaftsordnung und die Privatisierung des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates in Ostdeutschland im großen und ganzen abgeschlossen worden sind, wird der inzwischen erlangte Wohlstand immer noch in beträchtlichem Umfang von Transferleistungen getragen. Außerdem erschwert die krisenhafte Restrukturierung des marktwirtschaftlichen Systems den Angleichungsprozeß zwischen West und Ost.

Mittelfristig muß deshalb die deutsche Wirtschaftspolitik drei Aufgaben lösen, die Martin Junkernheinrich zusammenfaßt in dem Zielbündel: 1. gleiche Lebensbedingungen in allen Teilen Deutschlands, 2. hohes Einkommensniveau sowie 3. ein sich selbsttragender Wachstumsprozeß in den neuen Bundesländern.

Erste Erfolge zeigen sich in den Verdichtungsräumen um Berlin und im Süden, wo sich in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen "wachstumsverdächtige" Pole herausbilden. Diese positiven Tendenzen sind allerdings begleitet von einem wachsenden Süd-Nord-Gefälle sowie dem Zurückbleiben der Grenzgebiete im Osten. Insgesamt leidet die ostdeutsche Wirtschaft noch immer unter ihrer Abhängigkeit von transfergestützten Branchen mit örtlich begrenztem Absatzgebiet (Baugewerbe und Handel) und an einer weiterhin zu schwachen industriellen Basis. Förderkonzepte und -maßnahmen müssen sich daher auf die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft konzentrieren und gleichzeitig die Gewöhnung an Subventionen vermeiden.

Dabei ist das vom Grundgesetz vorgegebene Ziel, einheitliche Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen, nicht mit dem Bemühen um Homogenität zu verwechseln. Für moderne Gemeinwesen prophezeit der Züricher Philosoph Lübbe sogar eine Abnahme ihrer Homogenität. Und auch Deutschland ist und bleibt ein Land regionaler und sozialer Vielfalt, die nicht frei von häufig ökonomisch bedingter Rivalität ist. Der französische Präsident Mitterrand bewertete in dem letzten Interview vor seinem Tode den Widerspruch zwischen notwendigen nationalen Problemlösungen und den offensichtlichen Vorbehalten der Bürger, die um die Identität ihrer Region besorgt sind, als die entscheidende politische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte.

Die reale Entwicklung der Wirtschaftsdaten in den ostdeutschen Bundesländern, insbesondere in den Bereichen Einkommen und Arbeitsmarkt, bestimmen maßgeblich die persönlichen Befindlichkeiten der Ostdeutschen. Dem oftmals in der Öffentlichkeit vermittelten Eindruck, die euphorische Westorientierung vieler Ostdeutscher vor und während der Wende sowie kurz nach der Wiedervereinigung weiche zunehmend einer nostalgischen DDR-Wertschätzung und gleichzeitig wachse die Enttäuschung über den real erlebten Prozeß der deutschen Vereinigung, widerspricht Willy Koch anhand zahlreicher empirischer Studien des Instituts für Marktforschung Leipzig.

Die unsichere Lage auf dem Arbeitsmarkt mindert allerdings immer mehr die Zustimmung zum politischen System der Bundesrepublik. Dadurch entwickeln sich parallel zur positiven Bewertung der mit der deutschen Einheit gewonnenen höheren Lebensqualität ostdeutsche Befindlichkeiten, die in ein wachsendes Selbstbewußtsein münden, das sich zunehmend gegen die Schattenseiten einer marktwirtschaftlich verfaßten Staats- und Gesellschaftsordnung wendet.

So ermittelte das Institut für Demoskopie Allensbach im Frühjahr 1997 unter jungen Ostdeutschen (unter 30 Jahren) eine Sehnsucht nach einem dritten Weg zwischen Sozialismus und dem westdeutschem System - ein deutlicher Unterschied gegenüber ähnlichen Einschätzungen unter jungen Westdeutschen.

Frage: "Kürzlich fragte uns jemand: Bei der Wiedervereinigung wurde wirklich die Chance vergeben, eine neue Staatsform zu schaffen, in der Marktwirtschaft, Menschlichkeit und Sozialismus miteinander Verbunden werden.' Hätten Sie auch lieber einen neuen Staat gehabt, oder sind Sie ganz zufrieden, daß sich die Staatsform der Bundesrepublik durchgesetzt hat?“ (Angaben in Prozent)

	West		Ost	
	1995	1997	1995	1997
Hätte lieber neuen Staat gehabt	8	15	40	49
Bin zufrieden, daß sich die Bundesrepublik durchgesetzt hat	75	60	36	27
Unentschieden	17	25	24	24

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, in FAZ vom 16.4. 1997

Nach derselben Allensbach-Studie wird das Vertrauen in die Demokratie als Staatsform unter den jungen Ostdeutschen schwächer. Von ihnen bewerteten nur 27 % (junge Westdeutsche: 60 %) die Demokratie als beste Staatsform; 36 % meinten dagegen, es gebe eine andere Staatsform, die besser sei als die Demokratie.

Die Aufbruchstimmung der Jahre 1989/1990 in Ost- und Westdeutschland ist einer nüchternen Alltagsstimmung gewichen. Doch "mit der Verbrüderung

verhielt es sich wie mit der Urlaubsbekanntschaft, bei der man sich nachher, wenn einen die Leute daheim besuchen, ganz unverhofft fragt, weshalb sie denn am Strand so sympathisch wirkten. Die Heiterkeit der bewegten Tage mußte verfliegen. Allenthalben brach die schwache Brücke unter der Last der Sorgen. im Grenzgebiet zumal stauen sich die Probleme. Da, wo sie hoffen, vom Rand in die Mitte zu kommen, fühlen sich die Leute sieben Jahre nach der Maueröffnung so verlassen wie zuvor“. (Thomas Rietzschel, Vom Mythos der inneren Einheit, in: FAZ vom 13. 9. 1997.)

Solche Stimmungslagen kennzeichnet der Theologe, Politiker und Wissenschaftler Gerhard Schröder als Anzeichen von "posttotalitärer Melancholie-. "An diesem Ausdruck finde ich interessant, daß ein Verlust einer Normalität selbst dann noch Schmerzen bereitet, wenn die Normalität häßlich war ... Bei genügender Menschenkenntnis hätte man eigentlich erwarten können, daß ein hohes Maß an Umstellungen selbst dann, wenn diese Veränderungen zum Besseren sind, trotzdem Beschwernis bereitet und heute ein weit verbreitetes Gefühl produziert: Worauf wir trainiert sind, das brauchen wir nicht mehr, was wir brauchen, darauf sind wir noch nicht trainiert." (Gerhard Schröder, in: Welt im Gespräch vom 28. 7. 1997.)

Alle diese Beschwernisse erachtet Schröder als nicht gering. Dennoch sieht er in den neuen Bundesländern noch immer genügend Grund zur Freude über die deutsche Einheit. Diese Einschätzung wird auch durch Umfragen nach der "gesamtdeutschen" Bekämpfung des Hochwassers an der Oder im Sommer 1997 bestätigt. So stieg nach dieser gemeinsamen Aktion im Osten die Meinung "Wir sind ein Volk" von 32 % auf 38 %.

Dem Umlernprozess in Ostdeutschland seit 1990 mißt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Wolfgang Thierse sogar eine zukunftsträchtige Bedeutung zu: "Wir Ostdeutsche haben den Westdeutschen einen solchen Prozeß schon voraus: die radikale Umwälzung unserer Lebensbedingungen, unserer Sicherheiten und Gewohnheiten in einer geradezu brutal kurzen Zeit. Ich glaube, die Zeit wird bald kommen, in der diese Erfahrung auf der Haben-Seite stehen wird. Die Flexibilität, die Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft, die Mobilität, die den Ostdeutschen abverlangt wurde, das ist eine ungeheure Lernerfahrung. Wir müssen uns diese Erfahrungen bewußt machen und wachhalten. Trotziges Selbstbewußtsein kann dabei nicht schaden.- (Zit. nach Volker Koop, Unterschätzte Probleme in Ost und West, in: Das Parlament, Nr. 6 vom 31. 1. 1997.)

Trotz der in Umfragen und wissenschaftlichen Untersuchungen ermittelten und über die Medien vermittelten unterschiedlichen Befindlichkeiten in Ost- und Westdeutschland erkennt Günter Nooke in seiner Situationsanalyse über

die gegenwärtige deutsche Identität ein gemeinsames Bewußtsein, als Nation zusammenzugehören. Dieses gesamtdeutsche Bewußtsein sei in den Zeiten der Trennung vor allem von der ostdeutschen Bevölkerung aufrechterhalten worden, obwohl mit der Honecker-Verfassung von 1974 der Bezug auf die Nation als Klammer für die Deutschen aufgegeben wurde. Der Westen habe dagegen im Laufe der Zeit eher mehr für die materiellen und rechtlichen Voraussetzungen der Wiedervereinigung gesorgt.

Beunruhigt zeigt sich Günter Nooke über die zu starke Betonung der inneren Einheit Deutschlands nach 1990. Ihm genügt die Identifikation der Deutschen mit dem vereinten Deutschland, d. h. er wünscht sich einen nachhaltigen Willen zur nationalen Einheit sowie eine gewisse Grundsympathie der Deutschen füreinander. Statt der Betonung einer überdimensionierten nationalen Identität fordert Nooke, den Begriff Nation in der Komplementarität von Staats- und Kulturnation zu sehen und dadurch das demokratische politische System zu stabilisieren.

Peter Hoffmann

Hans-Hermann Hertle

Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft

1 Struktur- und Verschuldungsprobleme

Unter dem Druck einer massiven Ausreisewelle und anhaltender Massenproteste entmachteten Politbüro und Zentralkomitee der SED am 17. und 18. Oktober 1989 Generalsekretär Erich Honecker. Doch statt der erhofften Restabilisierung der Macht unter Thronfolger Egon Krenz begann der rapide Zerfall der SED. Von Politik und Wissenschaft völlig unerwartet brach die SED-Diktatur binnen kürzester Zeit wie ein Kartenhaus zusammen.

Ein wichtiger Faktor des Zusammenbruchs war die seit langer Zeit herangereifte ökonomische Krise der DDR. Während die SED-Propaganda für die **DDR** einen Rang als **zehntstärkste Industrienation der Welt** reklamierte und nicht müde wurde, die angeblich "politisch stabile, wirtschaftlich dynamische Entwicklung auf ansteigender Linie"[1] anzupreisen, wurde im innersten Machtzirkel der SED seit Mitte der siebziger Jahre offen über die zunehmenden Struktur- und Verschuldungsprobleme gesprochen und 1988/89 schließlich sogar über den Zeitpunkt des zu erwartenden Zusammenbruchs spekuliert.[2] "Wir sind an einem Punkt, wo die Sache umkippen kann", orakelte Günter Mittag, der für die Wirtschaft zuständige Sekretär des Zentralkomitees, im September 1988.[3] Und im Mai 1989 gab **Gerhard Schürer, Kandidat des Politbüros und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission,** im kleinen Kreis der für die Wirtschaft verantwortlichen Mitglieder des Politbüros bekannt, daß die Westverschuldung monatlich um 500 Millionen Valutamark zunehme und "bei Fortsetzung dieser Entwicklung die DDR 1991 zahlungsunfähig ist.“[4] Sehenden Auges führte das Politbüro der SED die DDR in den ökonomischen Bankrott.

Aufgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit der DDR ließ sich im Herbst 1989 das Scheitern der seit dem Machtantritt Erich Honeckers im Jahr 1971 eingeleiteten Strategie der **"Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"** insgesamt nicht länger verdrängen. Das in dieser Formel enthaltene

---

[1] Protokoll der Verhandlungen des Xl. Parteitages der SED, 17. bis 21. April 1986, Berlin 1986, S. 739.

[2] Die Krisendiskussionen im Politbüro in den siebziger und achtziger Jahren sind dargestellt in: Hans -Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, S. 17 ff. - Vgl. dazu auch Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 6/1995, S.588-602.

[3] Siegfried Wenzel, Arbeitsniederschrift über eine Beratung beim Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, zu den Materialien des Entwurfs der staatlichen Aufgaben 1989, 6. September 1988 (BArch/B, E-1-56318).

[4] Darlegungen Gerhard Schürers zur Zahlungsbilanz mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, 16. 5. 1989 (BArch/B, E-1-56317).

Häuserverfall in der Gutenbergstraße (DDR-Zeit), Potsdam
(Foto: Medienpädagogisches Zentrum Land Brandenburg)

wohlfahrtsstaatliche Versprechen der SED-Führung, das sich in einem Wohnungsbauprogramm, Lohn- und Rentenerhöhungen, einer verbesserten Versorgungssituation sowie zahlreichen sozialpolitischen Maßnahmen manifestierte, war von Beginn an nicht ökonomisch fundiert. Es folgte vielmehr politisch-legitimatorischen Opportunitätserwägungen und zielte darauf ab, "mangelndes Legitimationseinverständnis durch materielle Versorgung und soziale Sicherheit zu kompensieren."[5]

Obwohl sich schnell zeigte, daß die Mittel für dieses *realsozialistische* Wohlfahrtspostulat - nicht zuletzt aufgrund sich wandelnder außenwirtschaftlicher Bedingungen[6] - aus eigener Wirtschaftskraft nicht aufzubringen waren, wurde eine Korrektur aus Furcht vor sozialen Eruptionen und politischer Instabilität unterlassen. Die zusätzlichen Ausgaben für die "sozialpolitischen Errungenschaften" gingen zu Lasten der Substanz: Die Rücknahme der Investitionsquote, die Herabwirtschaftung des Produktionspotentials, der Verfall der Infrastruktur, die Verrottung des Altbaubestandes und ein beispielloser ökologischer Raubbau waren einige der Folgen.

[5] Rainer Lepsius, Die Bundesrepublik - ein neuer Nationalstaat?, in: Berliner Journal für Soziologie 1/1994, s. 10.
[6] Vgl. Jörg Roesler, Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR-Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv 5/1993, S. 558-572.

Die Verschiebung der Terms of Trade im Intrablockhandel zugunsten des Rohstofflieferanten Sowjetunion und die Defizite des RGW-Warenaustausches wurden zudem durch kreditfinanzierte Investitions- und Konsumgüterimporte aus dem Westen ausgeglichen. Die damit in Gang gesetzte Verschuldungsspirale wurde von der SED-Spitze ab 1975 aufmerksam registriert und diskutiert, aber trotz zunehmender Brisanz nicht unterbrochen. Finanzielle Transferleistungen, die der DDR aus zahlreichen Verträgen und Vereinbarungen mit der Bundesrepublik zuflossen, und insbesondere die Bonner Milliardenkredite der Jahre 1983 und 1984 halfen den Ausfall ökonomischer Leistungen der Sowjetunion und andere Engpässe zu überbrücken und die Bonität der DDR auf den internationalen Finanzmärkten zu bewahren; vor den Folgen der sich seit Mitte der 80er Jahre zuspitzenden ökonomischen Krise konnten sie die DDR nicht bewahren. Insoweit die ökonomische Hilfe der Bundesregierung an "menschliche Erleichterungen" wie die Erweiterung des Reiseverkehrs und die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten als politische Gegenleistungen gebunden war, verursachte sie in der DDR zusätzliche innenpolitische Destabilität.

2 "Schürer"-Analyse zur ökonomischen Lage der DDR

In der ersten nach dem Sturz Honeckers von Krenz geleiteten Politbürositzung am 24. Oktober 1989 wurde dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer aufgetragen, im Rahmen einer Arbeitsgruppe, der der Außenhandelsminister Gerhard Beil, sein Staatssekretär, der Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und Stasi-Obrist Alexander Schalck, der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Arno Donda, sowie der Finanzminister Ernst Höfner angehörten, "eine Analyse der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Situation" auszuarbeiten. Daneben sollte Schürer für die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED, die für den 8. bis 10. November 1989 anberaumt war, einen Beschlußentwurf über notwendige Wirtschaftsreformen in der DDR ausarbeiten.[7]

Natürlich war die dramatische ökonomische Lage den meisten Mitgliedern des Politbüros bekannt, und Krenz selbst war in den Jahren zuvor von Alexander Schalck und Gerhard Schürer eingehend über den drohenden Zusammenbruch unterrichtet worden. Nie hatte dem Politbüro jedoch eine detaillierte Gesamtanalyse schriftlich vorgelegen. Für Krenz hatte diese nicht alleine deshalb äußerste Priorität, weil er bei seinem Amtsantritt am 18. Oktober im Zentralkomitee ein Bekenntnis für mehr Offenheit und eine größere Nähe zur

[7] Vgl. Protokoll Nr. 45 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.10.1989 (SAPMO-BArch, ZPA-SED, DY 30/J IV 2/2/2354).

Wahrheit abgelegt hatte. Wenn man schon die Augen vor der prekären ökonomischen Lage nicht mehr verschließen konnte, mußten die Zahlen zu Beginn seiner Amtszeit auf den Tisch. Noch war die Hauptschuld am ökonomischen Desaster Erich Honecker und Günter Mittag zuzuweisen; jeder Tag Zeitverzug mußte jedoch dazu führen, daß der neue Generalsekretär - über die politische Verantwortung, die er ohnehin trug, hinaus - auch in die Verantwortung für die ökonomische Lage gezogen wurde.

Mit ihrer **„Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen",** die dem Politbüro am 31. Oktober vorlag, konfrontierten Schürer, Schalck, Beil, Donda und Höfner das Führungszentrum mit einer **niederschmetternden Bilanz.**[8] Gleich eingangs wurde festgestellt, daß sich die **bisherigen Erfolgsmeldungen** in einer "tatsächlichen" Analyse ausnahmslos als **Negativposten** darstellten:

- Das bislang gepriesene "dynamische Wachstum des Nationaleinkommens" hatte sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt;
- Trotz der Intensivierungsmaßnahmen wurde die im Fünfjahrplan 1986 bis 1990 vorgesehene Senkung des Materialverbrauchs nicht erreicht;
- Die Investitionen in die Mikroelektronik erwiesen sich als Milliardengrab; der Einsatz und Export mikroelektronischer Erzeugnisse mußte jährlich mit über drei Milliarden Mark gestützt werden;
- Unterdurchschnittliche Ernten in den letzten Jahren hatten die in den Vorjahren bereits abgelösten Getreideimporte aus dem "nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet" erneut erforderlich gemacht;
- Der Ausbau der Infrastruktur im Verkehrswesen war sträflich vernachlässigt worden;
- Der Anstieg der Realeinkommen der Bevölkerung überstieg prozentual das Wachstum des produzierten Nationaleinkommens mit der Folge inflationärer Tendenzen;
- Die Konzentration auf den Neubau von Wohnungen hatte zur gleichen Zeit durch die Nichtausführung dringendster Reparaturarbeiten zur Verrottung des Altbestandes geführt;
- Angesichts des übermäßigen Planungs- und Verwaltungsaufwandes und der Disproportionen im volkswirtschaftlichen Maßstab hielt die Behauptung, über ein funktionierendes System der Planung und Leitung zu verfügen, einer strengen Prüfung nicht stand.

[8] Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck, Ernst Höfner, Arno Donda, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 27. Oktober 1989 (SAPMO-BArch, ZPA-SED, DY 30/J IV 2/2A/3252; dok. in: Hans-Hermann Hertle, a.a.O., S. 448 ff.). - Die folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Quelle.

Um ein "ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage" zu geben, hieß es deshalb einleitend, müsse "auf bedeutende Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempos und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hingewiesen werden. Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 Prozent hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Mißverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis. Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt" (S. 75). Als **drei Hauptfakten der ökonomischen Lage** werden benannt:

1. Der Rückgang der Investitionsquote insgesamt, insbesondere aber im produktiven Bereich (1970: 16,1 Prozent; 1988: 9,9 Prozent) und die damit verbundenen Auswirkungen (Zurückbleiben der Zulieferindustrie, Zunahme des VerschleißgradesderAusrüstungeninderlndustrievon47,1 Prozent im Jahr 1975 auf 53,8 Prozent 1988, in Teilbereichen auf über 60 Prozent; abnehmendes Wachstumstempo des Nationaleinkommens).
2. Die Zunahme des durch Leistungen nicht gedeckten Verbrauches zu Lasten einer steigenden Verschuldung im kapitalistischen Ausland (von 2 Milliarden Valutamark 1970 auf 49 Milliarden Valutamark 1989[9]) und der Verschuldung des Staates gegenüber dem inneren Kreditsystern (von rund 12 Milliarden Mark 1970 auf 123 Milliarden Mark 1988), damit verbunden ein sich ständig vergrößernder Kaufkraftüberhang und wachsende Spargutaben, die ihrerseits wieder steigende Zinszahlungen an die Bevölkerung zeitigten, was sich insgesamt als Schwächung der Währung auswirkte).
3. Die Nichterfüllung des Exports ins nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) im Fünfjahrplan 1986 bis 1990 in bedeutendem Umfang.

Die dadurch bedingte Mehrverschuldung, resümierten die Autoren, bedeute eine "grundlegende Änderung der ökonomischen Situation in der DDR- (S. 77): "Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international daon ausgegangen, daß die Schuldendienstrate - das Verhältnis vom Export zu den im gleichen Jahr fälligen Kreditrückzahlungen und Zinsen -

[9] Die Tatsache, daß im nachhinein zum Stichtag 31. Mai 1990 mit 27,4 Mrd. DM eine wesentlich niedrigere NettoWestverschuldung der DDR errechnet wurde (vgl, Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Juli 1990, S. 14 ff.) und die tatsächliche Westverschuldung der DDR auch im Herbst 1989 mit wesentlich niedriger als mit 49 Mrd. Valutamark zu veranschlagen ist (vgl. Armin Volze, Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in: Deutschland Archiv 5/1996, S. 701-713), muß hier nicht ins Gewicht fallen. Was post-mortem in einer Schlußilanz an Aktiva und Passiva verrechnet wird, stellt sich in der Regel anders dar als die Bilanzen bei laufendem Geschäft und vollem Risiko. Zu Recht weist Vo ze darauf hin, daß auch eine geringere Westverschuldung an der rohenden Zahlungsunfähigkeit im Grundsatz nichts geändert hätte. Die DDR-Wirtschaft war so wenig konkurrenzfähig und ihre Exportkraft so geschwächt, daß prinzipiell "die notwendigen Devisen für den Schuldendienst kaum mehr hätten erwirtschaftet werden können" (ebd. S. 711).

nicht mehr als 11 Prozent betragen sollte, Damit sollen 11 Prozent der Exporte für die Bezahlung von Importen und sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen. Die DDR hat, bezogen auf den NSW-Export, 1989 eine Schuldendienstrate von 150 Prozent. Die Lage in der Zahlungsbilanz wird sich nach dem erreichten Arbeitsstand zum Entwurf des Planes 1990 weiter verschärfen. Der ‚Sockel'[10] wird bei einem NSW-Exportüberschuß von 0,3 bis 0,5 Milliarden Valutamark auf ca. 57 Milliarden Valutamark Ende 1990 ansteigen. Die Kosten und Zinsen betragen 1990 insgesamt über 8 Milliarden Valutamark. Wenn der Anstieg des ‚Sockels' verhindert werden soll, müßte 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Milliarden Mark aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von drei Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion von 25 bis 30 Prozent erfordert" (S. 77 f.). Da die zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit in den Jahren 1990 bis 1995 notwendigen Exportüberschüsse als nicht erreichbar angesehen wurden, konstatierte die Analyse die unmittelbar bevorstehende Zahlungsunfähigkeit der DDR und warnte vor deren Folgen: "Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wären ein Moratorium (Umschuldung), bei der der Internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u. ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung von Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, dem Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden. Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird" (S. 78).

In einer als "Geheime Kommandosache" deklarierten Zusatzinformation klärten Schürer, Schalck, Beil, Donda und Höfner ausschließlich Krenz darüber auf, auf welch tönernen Füßen bereits die laufende Kreditgewährung stand: "Die jährliche Kreditaufnahme der DDR liegt bei 8 bis 10 Milliarden Valutamark. Das ist für ein Land wie die DDR eine außerordentlich hohe Summe, die bei ca. 400 Banken jeweils mobilisiert werden muß. Kapitalistische Banken haben für ihre Kreditausreichung gegenüber den sozialistischen Ländern - ebenso wie gegenüber Entwicklungsländern - Länderlimite festgelegt. Die weitere **Beschaffung von Krediten in den** Jahren bis 1995 ist maßgeblich **abhängig** von

- der Wirkung politischer Faktoren auf die Kreditvergabebereitschaft kapitalistischer Banken und der Haltung der Regierung solcher Länder wie Japan und der BRD, die zu den wichtigsten Kreditgebern der DDR gehören;

[10] Die solide und statisch klingende Bezeichnung "Sockel" wurde in der Sprache des Politbüros als Synonym für die dynamisch wachsende Verschuldung benutzt.

- der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR, insbesondere der Außenhandelsentwicklung, der Kostenentwicklung, der Akkumulationskraft, der Geldstabilität, der Arbeitskräfteentwicklung usw.;
- der Beibehaltung relativ hoher Anlagen bei ausländischen Banken, die als Guthaben der DDR in Erscheinung treten, auch wenn es sich um Depositen und bereits mobilisierte, noch nicht eingesetzte Kredite handelt. Bei Wahrung der Geheimhaltung über den tatsächlichen Charakter dieser Guthaben tragen sie ganz wesentlich zum Ansehen der DDR als zuverlässiger Kreditnehmer bei.

Diese **'Guthaben'** bestehen aus:

- Guthaben von Ausländern in Form von Depositen und Einlagen, die unsere Banken aufgenommen und wieder eingelegt haben, in Höhe von 5,3 Milliarden Valutamark;
- Mit kapitalistischen Banken vertraglich vereinbarte Kredite, die bis zu ihrem Einsatz von uns angelegt werden, in Höhe von 8,4 Milliarden Valutamark;
- Umlaufmitteln des Bereiches Kommerzielle Koordinierung von 2,7 Milliarden Valutamark;
- Valutaguthaben von DDR-Bürgern (in Höhe von, d.Vf.) 0,3 Milliarden Valutamark.

Bei Informationen über Guthaben der DDR, die durch ausländische Banken oder Kreditinstitutionen erfolgen, werden alle diese Mittel als Guthaben der DDR' angesehen, da die tatsächlichen Quellen diesen Banken nicht bekannt sind. Für ie Kreditwürdigkeit der DDR ist das sehr positiv, für die tatsächliche Verschuldung jedoch wirkungslos. Bei einer Einbeziehung dieser Faktoren in unseen Ausweis der Verschuldung müßten sowohl Forderungen als auch Verbindichkeiten in gleicher Höhe aufgenommen werden. Der Saldo aus Forderungen nd Verbindlichkeiten daraus bleibt unverändert. Im Interesse der Notwendigeit der Erhaltung der Kreditwürdigkeit ist eine absolute Geheimhaltung dieser akten erforderlich. Sie dürfen deshalb auch künftig nicht in die Abrechnung der Planzahlungsbilanz einbezogen werden."[11]

Weil eine Veröffentlichung der vorgelegten Verschuldungszahlen und eine Aufhellung des wirklichen Charakters der "Guthaben" der DDR die Kreditwürdigkeit der Banken der DDR unmittelbar zu gefährden drohte, rieten die Ökonomen dringend zur Geheimhaltung dieser Zusatzinformation.
Als **Schlußfolgerung ihrer Analyse** schlugen die Autoren dem Politbüro eine "grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer

[11]Gerhard Schürer, Zur Zahlungsfähigkeit der DDR (Zusatzinformation zur GVS "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen"), Geheime Kommandosache b 5 - 1156/89, Berlin, 27. Oktober 1989, S. 1-3.

Wirtschaftsreform" vor, deren **Hauptaufgabe** es sei, **"Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen"** (S. 78). Ihr **neues wirtschaftspolitisches Credo** lautete: "Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, daß der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muß als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens" (S. 78).

Die vorgeschlagene Wirtschaftsreform, als deren Ziel eine **"an Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus-** angegeben wurde, sollte sieben Aufgaben lösen:

1. Stärkung der produktiven Akkumulation vorwiegend in den exportfähigen Industriezweigen;
2. Konzentration der Kräfte auf die Lösung der Zulieferprobleme,
3. Stärkung der produktiven Bereiche durch eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials: Abbau unproduktiver Tätigkeiten im administrativen und gesellschaftlichen Bereich;
4. konsequente Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips durch individuell bezogene materielle Anreize;
5. Konzentration der Investitionen auf Erhaltungs-, Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen der in den komplexen Wohnungsbau zu investierenden Ressourcen;
6. grundlegende Veränderung der Subventions- und Preispolitik ohne vollen Ausgleich;
7. Reduzierung der Ressourcen für den komplexen Wohnungsbau; Umorientierung auf Werterhaltung und Modernisierung vorhandener Wohnsubstanz.

Gemessen am Umfang dieser Aufgaben nahmen sich die vorgeschlagenen Maßnahmen eher bescheiden aus. Ein Abbau der überdimensionierten, unproduktiven Politbürokratie vom Partei- über den Wirtschafts- bis hin zum Sicherheits- und Militärapparat wurde überhaupt nicht in Betracht gezogen. Stattdessen sollte die bürokratische Zentralisierung in Planung und Leitung abgebaut, die Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe gestärkt, die Rolle des Geldes als Maßstab für Leistung und wirtschaftlichen (Miß-)Erfolg erhöht sowie die Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern verbessert werden. Doch selbst "wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden", warnte die Analyse voreilige Optimisten, sei der für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche Exportüberschuß nicht erzielbar: 1985 wäre das

noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen, heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen" (S. 80).

Der Ausweg aus dieser dramatischen Situation bestehe allein in einer Verbindung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Änderung der Wirtschaftspolitik mit einer forcierten Kooperation mit kapitalistischen Ländern, wobei einerseits die an einer Stärkung der DDR als politischem Gegengewicht zur Bundesrepublik interessierten Länder wie Frankreich, Österreich und Japan ins Auge gefaßt wurden, andererseits der Bundesrepublik die Schlüsselrolle zugewiesen wurde. Für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit sei es unerläßlich, "mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 2-3 Mrd. VM (Valutamark, d. Hg.) über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln" und dafür notfalls die Einnahmen aus der Transitpauschale der Jahre 1996 bis 1999 als Sicherheit einzusetzen (S. 81).[12] Damit würde zwar die Verschuldung erhöht, aber zumindest Zeit gewonnen und ein eventuelles Diktat des Internationalen Währungsfonds vermieden.

Um die konservativ-liberale Bundesregierung für diesen Kredit zu erwärmen, solle ihr gegenüber - aber ausdrücklich unter Ausschluß jeder Idee von Wiedervereinigung und der Schaffung einer Konföderation - erklärt werden, "daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR-BRD noch in diesem Jahrhundert solche **Bedingungen** geschaffen werden könnten, **die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen"** (S. 82). Dafür wurde die Forderung gestellt: "Dies müßte jedoch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, daß unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Milliarden Mark entstanden ist" (S. 82). Als "Zeichen der Hoffnung und der Perspektive" und um einen zeitlichen Rahmen für die Umsetzung ihres Angebots abzustecken, griffen die Autoren einen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf und empfahlen, "1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten" (S. 82).

Es bedurfte wenig Phantasie, die Wirkungen vorauszusehen, die eine Veröf-

[12] Die Einnahmen aus der Transitpauschale der Jahre 1991 bis 1995 waren bereits verplant.

fentlichung der in der Analyse der führenden Wirtschaftsfunktionäre dargelegten Fakten zur Lage der DDR-Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt in der Bevölkerung, aber auch im Zentralkomitee hervorgerufen hätten. So beschloß das Politbüro am 31. Oktober 1989, nach Auskunft Schürers ohne längere Aussprache[13] , den Schlußfolgerungen der Analyse zwar als "Arbeitsgrundlage" zuzustimmen, sie jedoch, um die Mitglieder des Zentralkomitees der SED nicht zu schockieren, der 10. ZK-Tagung nur wohldosiert, nämlich in "ausgewogener Form", in der Rede von Egon Krenz vorzustellen.[14]

Sollte es die ursprüngliche Intention Schürers und seiner Mitautoren gewesen sein, sich angesichts des drohenden Bankrotts vorsichtig einer Konföderationsdiskussion zu öffnen, so wurde ihr Vorstoß verschleiert. Aus Rücksichtnahme auf die zuvörderst an der Sowjetunion orientierten Politbüromitglieder hatte Krenz Schürer nicht nur gedrängt, den Ausschluß jedes Gedankens an Wiedervereinigung und Konföderation in die Vorlage aufzunehmen und dadurch jeder diesbezüglichen Diskussion nach Möglichkeit aus dem Weg zu gehen. Im Reinschriftenprotokoll wurde zudem jener Passus aus der Vorlage gestrichen, in dem "die heute existierende Form der Grenze", mithin die Mauer, zur Disposition gestellt wurde.[15] Die Ausradierung allein konnte jedoch nicht aus der Welt schaffen, daß die führenden Ökonomen den Vorschlag, die **Mauer gegenüber der Bundesregierung als Tauschmittel für neue Kredite** einzusetzen, als letzte Möglichkeit in Betracht zogen, das politische und ökonomische Überleben der DDR zu sichern. In der Begründung seiner Vorlage im Politbüro hatte Schürer seine Tauschüberlegungen ausdrücklich hervorgehoben: "Auf der letzten Seite sind wir bis zur großen Politik der Form der Staatsgrenze gegangen. Wir wollen deutlich machen, wie weit Überlegungen angestellt werden sollen. Diese Gedanken sollen aufmerksam machen, daß wir jetzt vielleicht für solche Ideen noch ökonomisches Entgegenkommen der BRD erreichen können". Und warnend fuhr er fort: "Wenn die Forderungen erst von der Straße oder gar aus Betrieben gestellt werden, wäre die Möglichkeit einer initiative von uns wieder aus der Hand genommen."[16]

3 Von der deutsch-deutschen Kooperation zur deutschen Einheit

Am 1. November, einen Tag nach der Behandlung der Krisen-Analyse im SED-Politbüro, erstattete Egon Krenz in Moskau Bericht über die desolate La-

[13] Gerhard Schürer, in: Hans-Hermann Hertle, a.a.O., S. 319.
[14] Vgl. Protokoll Nr. 47 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 31. Oktober 1989, in: SAPMO-BArch, ZPASED, DY 30/J IV 2/2/2356.
[15] Vgl. die Reinschrift der Politbüro-Vorlage (in: SAPMO-BArch, ZPA-SED, DY 30/J IV 2/2/2356) mit der ursprünglichen Vorlage (in: SAPMO-BArch, ZPA-SED, DY 30/J IV 2/2A/3252),
[16] Gerhard Schürer, Begründung zur Vorlage "Analyse der Lage der DDR mit Schlußfolgerungen" (Redemanuskript), Berlin, 31.10.1989, S. 9.

ge der DDR.[17] Doch Michail Gorbatschow machte Krenz klar, daß angesichts der eigenen Nöte der Sowjetunion mit wirtschaftlicher Hilfe aus Moskau nicht zu rechnen wäre. Gorbatschows Ratschläge liefen darauf hinaus, der DDR-Bevölkerung, die aus Unzufriedenheit bereits jetzt zu Zehntausenden davonlief, schonend beizubringen, daß sie bislang über ihre Verhältnisse gelebt habe und sich in Zukunft auf bescheidenere Verhältnisse einstellen müsse. Wollte sich Krenz dieser Logik mit ihren unkalkulierbaren Folgen für die politische Stabilität der DDR nicht beugen, dann blieb nur die Möglichkeit, dem Vorschlag der Ökonomen zu folgen und es unter der Hand möglichst schnell mit einer kalkulierten Erweiterung der deutsch-deutschen Kooperationsspielräume zu versuchen.

Am 6. November 1989 reiste Alexander Schalck im Auftrag von Krenz zu Verhandlungen mit Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble nach Bonn. In den Mittelpunkt des Gesprächs rückte Schalck Kreditwünsche der DDR mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 12 bis 13 Milliarden DM. Seine dringlichste Bitte war, daß sich die Bundesregierung kurzfristig n der Finanzierung des mit dem Reisegesetz zu erwartenden erweiterten Reieverkehrs beteiligen sollte, wobei es um eine Größenordnung von 3,8 Milliarden DM ging.[18] Seiters und Schäuble zeigten sich gesprächs- und verhandlungsbereit, knüpften ökonomisches Entgegenkommen jedoch an die Erfüllung von politischen Forderungen, wie sie auf den Massendemonstrationen überall in der DDR erhoben wurden: die Aufgabe des Machtmonopols der SED, die Zulassung oppositioneller Gruppen und freie Wahlen. In der Bundestagsdebatte zur Lage der Nation machte Bundeskanzler Helmut Kohl diese Bedingungen am 8. November öffentlich. In ihrem auf der 10. Tagung des Zentralkomitees vom 8. bis 10. November 1989 verabschiedeten Aktionsprogramm bekannte sich die SEDFührung überraschend zur Verabschiedung eines Gesetzes über Vereinigungsfreiheit, zu freien, allgemeinen, demokratischen und geheimen Wahlen und einer demokratischen Koalitionsregierung. Von DDR-Seite schien damit weitgehend beseitigt, was einer neuen Stufe der deutsch-deutschen Kooperation im Wege stehen konnte.

Doch am 9. November verlor die SED-Führung mit dem Fall der Mauer das letzte für ihr ökonomisches und politisches Überleben vorhandene Tauschmittel. Mit einer bankrotten Wirtschaft stand sie nun vor ihrem Volk und ohne Verhandlungsmasse vor der Bonner Regierung. Das **politische und ökonomische Ende der DDR** war vorgezeichnet.

---

[17] Vgl. Niederschrift des Gesprächs des Genossen Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzen der des Obersten sowjets der UdSSR, am 1.11.1989 in Moskau, Berlin, 1. November 1989 (SAPMO-BArch, ZPASED, DY 30/IV 2/2.039/329; dok. in: Hans-Hermann Hertle, a.a.O. S. 462 ff.).

[18] Der Vermerk von Alexander Schalck über sein Gespräch mit Wolfgang Schäuble und Rudolf Seiters am 6. November 1989 ist dok. in: Hans-Hermann Hertle, a.a.O. S. 483 ff.

"Die politischen Ereignisse haben die Aussagen der ökonomischen Analyse und ihre Schlußfolgerungen in wenigen Tagen überholt und unmöglich gemacht", lautet das **Fazit Gerhard Schürers.** "Die Maueröffnung, so wie sie vorgenommen worden ist, ohne jede Gegenleistung, hat es der DDR unmöglich gemacht, als Staat weiter zu existieren."[19]

Gegenüber der Verrottung ganzer Industriezweige und der Infrastruktur, dem baulichen Verfall der Städte und Dörfer und gigantischen ökologischen Schäden und Entsorgungsproblemen erwies sich nach dem Ende der DDR das für die SED-Führung schier unlösbare Problem der Westverschuldung noch als das geringste aller Probleme im vereinten Deutschland. Die Oberwindung des verheerenden ökonomischen Erbes der SED-Diktatur, der Aufbau wettbewerbsfähiger industrieller Strukturen und damit auch die Angleichung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen.

[19] Gerhard Schürer, in: Hans-Hermann Hertle, a.a.O., S. 320.

Martin Junkernheinrich

Die Revitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft

Anmerkungen zur ökonomischen Integration der neuen Bundesländer[1]

1 Zur ökonomischen Vereinigungsstrategie

Die Vereinigung Deutschlands stellt die Integration zweier Räume mit höchst unterschiedlicher Wirtschaftskraft dar. Dies ist politisch dann am leichtesten durchzusetzen, wenn viele Gewinner und nur wenige Verlierer existieren. Entsprechend sollte die ostdeutsche Bevölkerung schnell an Wohlstand gewinnen, ohne den westdeutschen Wohlstand zu verringern. Damit war eine mittelfristig orientierte Vereinigungsstrategie, die eine gemeinsame Währung erst nach Abschluß eines realwirtschaftlichen Modernisierungsprozesses eingeführt hätte, obsolet. Hätte die Politik allein auf die schöpferische Kraft marktwirtschaftlicher Suchprozesse gesetzt, so wären Entleerungstendenzen in den wirtschaftsschwächeren (ostdeutschen) Gebieten die Folge gewesen. Die ostdeutsche Produktion war kurzfristig nicht wettbewerbsfähig und zur Deckung der Nachfrage nicht erforderlich. Die Vereinigung des wirtschaftsschwachen Ostdeutschland mit dem wirtschaftsstarken Westdeutschland hätte die Entzugseffekte im Sinne der regionalen Polarisationstheorie dominieren lassen.[2]

Daher hat sich die Politik für eine andere Strategie entschieden. Die Grenzen wurden geöffnet, Sozialtransfers verringerten die räumliche Mobilität und Investitionshilfen unterstützten die ostdeutsche Wirtschaft bei ihrer Umstrukturierung. Der wirtschaftliche Aufbau sollte primär durch die Mobilität des Produktionsfaktors Kapital erreicht werden. Die Ausbreitungs- und Aufbaueffekte wurden durch staatliche Interventionen gesichert und durch die Solidarität des Westens finanziert. Dieser "entwicklungshilfeorientierte" Weg wies in zweifacher Hinsicht politischen "Charme" auf: Durch die Reduzierung der Mobilität wurde der Druck auf den westdeutschen Arbeitsmarkt reduziert. Die soziale Absorptionsfähigkeit des Westens wurde nicht überlastet. Die ostdeutsche Bevölkerung konnte in ihrem Landesteil verbleiben und hatte die Hoffnung, daß die Marktwirtschaft und die Aufbauhilfe den Wohlstand zu ihnen bringen würde.

---

1 Die vorliegenden Überlegungen gehen aus der Forschungstätigkeit des Verfassers am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW) hervor.

2 Vgl. grundsätzlich Myrdal, G.: Economic Theory and Underdeveloped Regions. London 1957. - Hirschmann, A.O.: The Strategy of Economic Development. New Haven/Conn. u. London 1958.

Damit ergab sich ökonomisch betrachtet eine Dilemmasituation. Mit der schockartigen Marktöffnung, dem mit der Einführung der D-Mark verbundenen Aufwertungsprozeß und dem Zusammenbruch der Ostmärkte kam es in Ostdeutschland zu einem massiven Rückgang von Produktion und Beschäftigung. Während die Wirtschaft im Westen vereinigungsbedingt boomte, fand im Osten eine Erosion der wirtschaftlichen Basis statt.[3] Die staatlich gestützte Revitalisierung eines strukturschwachen Raumes kann dagegen nur mittel- und langfristig greifen. Auch im achten Jahr nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat die ostdeutsche Wirtschaft ihr altes Produktionsvolumen noch nicht wieder erreicht. Nachdem die Transformation der Wirtschaftsordnung und die Privatisierung des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates in wesentlichen Teilen abgeschlossen sind, ist ein ausgeprägtes regionalwirtschaftliches Entwicklungsproblem verblieben. Der Wohlstand eines großen Landesteils wird durch Transfers getragen. Der "Westen" wächst derzeit wieder schneller als der "Osten". Entsprechend kommt der ökonomischen Tragfähigkeit des ostdeutschen Entwicklungspfades verstärkt Bedeutung zu. Nur wenn sich schrittweise endogene Wachstumsprozesse herausbilden, ist eine Wiederaufnahme des Konvergenzpfades zwischen Ost- und Westdeutschland und damit ein schrittweiser Abbau der Transfers möglich.

2 Wirtschaftspolitisches Zieldreieck

In der wirtschaftspolitischen Diskussion wurde mehrere Jahre davon ausgegangen, daß die Vereinigung ökonomisch gemeistert sei.[4] Dabei bemühte man sich , den Spagat zwischen einer deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibenden Entwicklung, einer positiven Grundeinschätzung des erreichten Entwicklungsstandes und der Legitimation eines mittelfristig bestehenden Transferbedarfs zu bewältigen. So stand Ostdeutschland als die Region Europas mit den höchsten Wachstumsraten da. Die Wirtschaft unterlag einem intensiven weltmarktorientierten Strukturwandel. Und nach der Jahrtausendwende wurde eine wettbewerbsfähige und leistungsstarke Wirtschaft erwartet. Nicht zuletzt deshalb betrachteten und betrachten die westdeutsche Bevölkerung und das Ausland die wirtschaftliche Integration der neuen Bundesländer in das vereinte Deutschland zunehmend als gelöst.
Kann dieser Einschätzung gefolgt werden? Diese Frage läßt sich nur im Rahmen eines Soll-Ist-Vergleiches beantworten. Als wirtschaftspolitisches Zieldreieck wird hier definiert, daß

[3] Vgl. dazu ausführlich IWH (Hrsg.): Wirtschaft im Systemschock. Der schwierige Weg der ostdeutschen Transformation. Gewidmet manfred Wegner. Berlin 1994: Analytica.
[4] Vgl. dazu das Zeitgespräch Fünf Jahre deutsche Wirtschafts- und Währungsunion", in: Wirtschaftsdienst. Jg. 75 (1995), H. 6. S. 291 ff.

- in der Bundesrepublik Deutschland mittel- und langfristig gleichwertige Lebensbedingungen bestehen sollen,[5]
- auch in den neuen Bundesländern ein hohes Einkommensniveau erzielt wird und eine einkommensinduzierte Abwanderung größeren Ausmaßes nicht erforderlich ist, und
- die ostdeutsche Wirtschaft den damit verbundenen Wohlstand aufgrund eines selbsttragenden Wachstumsprozesses schrittweise selbst erwirtschaftet.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland mag es verwundern, daß die Vollbeschäftigung als Ziel nicht explizit genannt wurde. Gleichwertige Lebensbedingungen können aber bereits als erreicht angesehen werden, wenn in den neuen Ländern ein hohes Einkommensniveau bei einer Erwerbsbeteiligung realisiert wird, die westdeutschen Verhältnissen entspricht. Angesichts der höheren Erwerbsneigung der ostdeutschen Bevölkerung würde ein hohes Einkommensniveau bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung[6] zu einem *höheren Wohl*stand je Einwohner als in Westdeutschland führen. Ungeachtet, daß dies ökonomisch selbst mittelfristig kaum eine realistische Perspektive darstellen dürfte, ist es zweifelhaft, ob westdeutsche Transferzahlungen - und damit die Solidarität westdeutscher Steuerzahler - zur Erreichung eines relativ gesehen höheren Wohlstandes politisch legitim sind.

3 Wo steht Ostdeutschland? Wirtschaftsleistung und Transferabhängigkeit im innerdeutschen Vergleich

Betrachtet man die bisherige wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands vor dem Hintergrund dieses Zieldreiecks, kann man zweifellos noch nicht von der Erreichung dieses Ziels sprechen. Zwar können der Wirtschaftspolitik bemerkenswerte Erfolge attestiert werden. Die Schaffung eines marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens, der Aufbau einer neuen Verwaltungsstruktur, hohe gesamtwirtschaftliche Investitionen und ein ausgeprägtes Wirtschaftswachstum waren nur möglich, weil die Politik durchgreifend gehandelt und die Förderpolitik massiv auf die neuen Bundesländer konzentriert hat.[7]

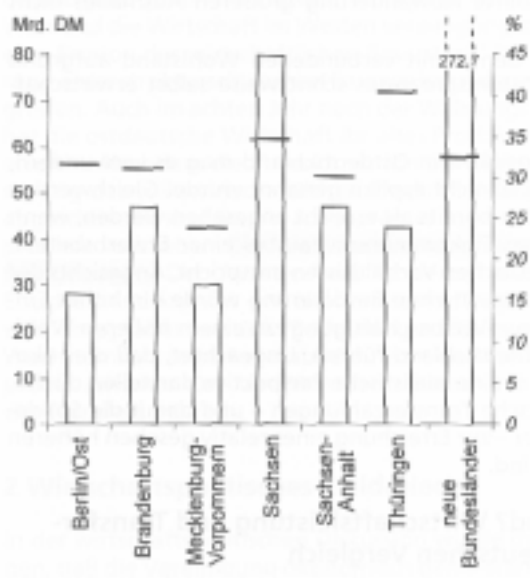
---

[5] Das Postulat gleichwertiger Lebensbedingungen darf dabei nicht im Sinne einer Nivellierungsmaxime interpretiert und eine vollständige Angleichung von Kapitalausstattung, Produktivitäten, Löhnen sowie Regional-, Betriebsgrößen- und Sektoralstrukturen angestrebt werden. Eine solche Sichtweise würde die auch in Westdeutschland bestehenden ausgeprägten Struktur- und Wohlstandsunterschiede vernachlässigen. Ein föderaler Staatsaufbau basiert ja geradezu darauf, daß die "Teile des Ganzen" durch unterschiedliche Merkmalsausprägungen gekennzeichnet sind.

[6] Vgl. zu einer derart anspruchsvollen Zielvorstellung etwa Pohl, R.: Langfristige Wachstumsperspektiven für Ostdeutschland, in: IWH (Hrsg.): Wirtschaft im Systemschock, a.a.O., S. 199 ff.

[7] Vgl. dazu Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Berlin 1995: Analytica. Besonders verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Beiträge von P. Kalich und P. Sigmund (Die Herstellung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen), 1. Haschke u. U. Ludwig (Produktion • nd Nachfrage), S. Beer, H. Berteit u. M. Wilhelm (Die Erneuerung des öffentlichen und privaten Kapitalstocks), G. Heimpold u. M. Junkernheinrich (Konzeptionen der Wirtschaftsförderung).

Abbildung 1
Reales Bruttoinlandsprodukt 1995 (Mrd. DM) und seine Veränderungen gegenüber 1991 (in %) in den neuen Bundesländern - Stand März 1996

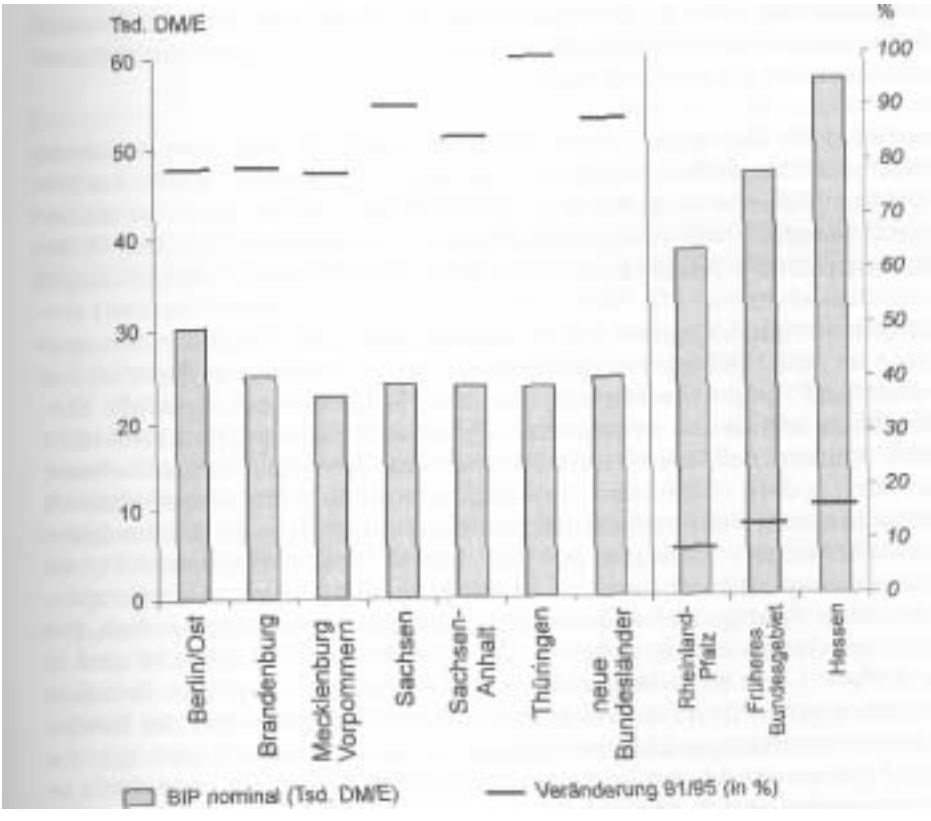


Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt

Das Bruttoinlandsprodukt vermittelt - als Indikator für die marktmäßig organisierte Wirtschaftstätigkeit - einen Überblick darüber, ob das bisher erreichte Niveau als ausreichend angesehen werden kann und inwieweit diese Leistung aus eigener Kraft getragen wird. Gemessen an dieser Kennziffer wurde in Ostdeutschland im Jahr 1995 eine Wirtschaftsleistung von 376,1 Mrd. DM erbracht, was in Preisen von 1991 einem Wert von 272,7 Mrd. DM entspricht (vgl. Abb. 1).[8] Der Anteil am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt belief sich auf nur 12,2 v. H. gegenüber 1991 ist das Bruttoinlandsprodukt in den neuen

[8] Bei der folgenden Darstellung der Wirtschaftsleistung der neuen Bundesländer wird bei vergleichenden Aussagen mit westdeutschen Gebietseinheiten auf Nominalgrößen zurückgegriffen. Ökonomisch sinnvoller wäre der Rückgriff auf reale Größen, da dabei preisabhängige Veränderungen der Wirtschaftsleistungen ausgeklammert werden. Aufgrund der derzeit verwendeten Preise des Jahres 1991 zur Berechnung realer Größen würde ein realer Ost-West-Vergleich die ostdeutsche Wirtschaftsleistung unterbewerten, da in jenem Jahr die Anpassung an marktwirtschaftliche Preisrelationen noch im vollen Gange war. Dies gilt vor allem für Waren und Dienstleistungen, die zu DDR-Zeiten aus gesellschaftspolitischen Motiven "niedrig gehalten wurden" (z. 8. Mieten, Verkehrstarife, Energie- und Wassertarife). Das Ausmaß der noch nicht erfolgten Anpassung, die bei einer Verwendung realer Größen den Ost-West-Vergleich zu Lasten der neuen Länder verzerren würde, wird näherungsweise deutlich, wenn die Steigerungsdifferentiale derVerbraucherpreise in den Jahren 1992 und 1993 herangezogen werden. So ist das Verbraucherpreisniveau laut Angaben des Statistischen Bundesamtes in den neuen Ländern im Jahr 1992 um 7,2 Prozent-Punkte und im Jahr 1993 um 4,6 Prozent-Punkte stärker gestiegen als in den alten Ländern.

Abbildung 2
Nominales Bruttoinlandsprodukt je *Einwohner 1995 (1000 DM) und seine Veränderung gegenüber 1991 (in %) in den neuen Bundesländern - Stand März 1996*



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt

Bundesländern real um 32,4 v. H. gestiegen. Das Wachstum war damit deutlich höher ausgeprägt als in den alten Bundesländern. Durch den Bezug auf die Einwohner läßt sich das Bruttoinlandsprodukt als "Wohlstandsindikator" interpretieren und räumlich vergleichen (vgl. Abb. 2).

Die neuen Bundesländer lagen mit einem nominalen Bruttoinlandsprodukt von 24 260 DM/E um 48 v. H. unter dem westdeutschen Durchschnitt (46 621 DM/E). Die höchsten Merkmalsausprägungen wiesen Berlin-Ost und das Land Brandenburg mit 30 143 bzw. 24 825 DM/E auf. Sie erreichten damit 64,7 bzw. 53,2 v. H. des westdeutschen Niveaus, die übrigen neuen Bundesländer

bewegten sich zwischen 48,3 und 51,2 v. H. Verglichen mit der Spanne, die die westdeutschen Flächenländer nach einem rd. fünfzigjährigen Entwicklungsprozeß beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aufweisen, liegen die ostdeutschen Länder noch eng beieinander (vgl. Abb. 2). Rheinland-Pfalz als schwächstes altes Bundesland erreicht das westdeutsche Mittel ebenfalls nur zu 81,9 v. H. Sein Abstand zum wirtschaftsstärksten Flächenland Hessen betrug immerhin rd. 41 v. H.

Insgesamt wird für die neuen Länder, trotz der beachtlich über dem westdeutschen Wachstum liegenden Steigerung der letzten Jahre, der große Aufholbedarf sichtbar. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß der bisherige Wachstumsprozeß aufgrund der hohen öffentlichen Transferzahlungen von West nach Ostdeutschland - jeweils knapp 190 Mrd. DM 1995 und 1996[9] bei einem Bruttoinlandsprodukt von 378 Mrd. DM in 1995 - als stark fremdfinanziert eingestuft werden muß. Angesichts des Umstandes, daß jeder DM, die in den neuen Ländern im Jahr 1995 erwirtschaftet wurde, rd. 50 Pfennig an Transfers aus Westdeutschland gegenüberstanden, ist die Selbstfinanzierungskraft Ostdeutschlands als sehr gering zu bewerten. Bei dieser Bewertung darf zwar nicht übersehen werden, daß auch in Westdeutschland Umverteilungsmaßnahmen zwischen den Ländern stattfinden, die auf Unterschiede in der Wirtschaftskraft zurückzuführen sind; zieht man den Länderfinanzausgleich sowie die Bundesergänzungszuweisungen, bezogen auf das eigene Bruttoinlandsprodukt, als Selbstfinanzierungsindikator heran, so ist das Ausmaß der Umverteilung zugunsten "schwacher Westländer" aber deutlich geringer als in Sachsen-Anhalt. Die Umverteilungsrelation betrug z. B. im Jahr 1994 im Saarland 5,8 v. H. und in Rheinland-Pfalz 1,1 v. H., während in Sachsen-Anhalt im gleichen Zeitraum 13,7 v. H. des eigenen Bruttoinlandsprodukts durch Finanztransfers des Bundes und anderer Gebietskörperschaften gedeckt wurden.[10] Zudem haben sich die Geber- und Nehmerstrukturen in Westdeutschland im Zeitablauf verändert - so z. B. hervorgerufen durch den Strukturwandel (etwa Bayern und Nordrhein-Westfalen). Gleichfalls sind die Übertragungen der Sozialversicherungskassen in den alten Ländern stärker selbstfinanziert, und auch die Regionalförderung hat in den westdeutschen Fördergebieten eine geringere Bedeutung.

Vielfach ist mit Blick auf die hohen Wachstumsraten der ersten Jahre der Eindruck entstanden, daß die Entwicklung in den neuen Bundesländern auf dem richtigen Wege und ökonomisch gemeistert sei. Diese Einschätzung ist zu relativieren. Wenn man - beschränkt durch die Möglichkeiten der amtlichen Statistik - die Betrachtung erst im Jahr 1991 beginnt, setzt man am Tiefpunkt

[9] Angaben nach Daten der Gemeinschaftsdiagnose von DIW, HWWA, ifo, IM, IWH und RWI.
[10] Berechnungen des IWH nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen und des Statistischen Bundesamtes.

der Entwicklung an und überzeichnet die Aufbauleistungen.[11] Des weiteren kann nicht davon ausgegangen werden, daß das hohe Volumen der West-OstTransfers real über einen so langen Zeitraum aufrechterhalten werden kann. Schließlich flachen die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts deutlich ab. Die Privatisierung ist weitgehend abgeschlossen, und der Abfluß der Fördermittel zur Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft ist nicht mehr voll gesichert.

Das kräftige Wirtschaftswachstum der ersten Jahre nach der Vereinigung hat primär gezeigt, daß die "Transferzahlungen sich in abgeleitetes Einkommen und abgeleitete Produktion umgesetzt haben, nicht aber, daß die ‚autonome' Produktion und Einkommensbildung in erforderlichem Maße gewachsen sind."[12] Entsprechend läßt sich begründet feststellen, daß Ostdeutschland eine "Zuschußregion", eine "Wirtschaft am Tropf zahlreicher Westinfusionen"[13] ist:

- Der Kapitalstock der ostdeutschen Unternehmen beträgt erst knapp ein Zehntel des gesamtdeutschen Bruttoanlagevermögens.
  Er ist damit - bei einem Bevölkerungsanteil von einem Fünftel - noch immer sehr niedrig (Kapitalstocklücke).[14] Im Verarbeitenden Gewerbe, dem für eine selbsttragende Entwicklung eine besondere Bedeutung zugesprochen wird, ist die Investitionsdynamik eher gering.[15]
- Die ostdeutsche Produktion liegt mit 380 Mrd. DM um knapp 40 v. H. unter der transfergestützten Inlandsnachfrage von 610 Mrd. DM (Produktionslücke).[16]
- Damit verbunden ist ein erhebliches Einkommensgefälle und eine hohe Arbeitslosigkeit (Einkommens- und Beschäftigungslücke).
  Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner betrug 1994 in Ostdeutschland mit 18 756 DM knapp 67 v. H. des westdeutschen Vergleichswertes.[17] Das Arbeitsplatzdefizit lag jahresdurchschnittlich bei 27,7 v. H.[18]
- Der Aufbau Ostdeutschlands wird in hohem Maße durch westdeutsche Transfers fremdfinanziert.

---

[11] Der wesentliche Teil des transformationsbedingten Einbruchs erfolgte bereits vor bzw. kurz nach der "Wende".
[12] Schiller, K.: Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft. Kritische Anmerkungen zur deutschen Vereinigung. Berlin 1994, S. 63.
[13] So Heimstädter, E.: Gefangen in der Wettbewerbsfalle, in: Die Zeit. Nr. 41 v. 7. 10, 1994, S. 40.
[14] Angaben für 1994 berechnet nach DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Zwölfter Bericht. Halle/S. 1995, S. 36. (= **IWH Forschungsreihe, Bd. 1/1995).**
[15] Das Ifo-Institut spricht von einem nur sehr mäßigen Investitionswachstum im Verarbeitenden Gewerbe. Vgl. Neumann, F.: Investitionen in den neuen Bundesländern, in: Ifo-Schnelldienst. Jg. 48 (1995), Nr. 5, S. 4.
[16] Schätzung für 1995 nach Frühjahrsgutachten 1995 von DIW, HWWA, ifo, IfW, **IWH und RWI.**
[17] Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten lagen um 33 v.H. höher als in Westdeutschland.
[18] Defizit an normaler Beschäftigung (Arbeitslose einschl. arbeitsmarktpolitische Entlastungsmaßnahmen ohne Auspendler).

Die öffentlichen Finanztransfers beliefen sich 1994 auf etwa 200 Mrd. DM und dies bei einem ostdeutschen Bruttoinlandsprodukt von 343 Mrd. DM (Selbstfinanzierungslücke).[19]

Trotz der Verbreiterung der Wachstumsbasis macht die niedrige Exportquote und die schlechte Ertragssituation vieler Unternehmen deutlich, daß das Wirtschaftswachstum noch äußerst fragil ist und nicht als selbsttragender Entwicklungsprozeß angesehen werden kann. Die derzeit beobachtbaren innerdeutschen Divergenzprozesse bestätigen dies. Das Potential für ein Wachstum "von außen" und damit einen durch fortgesetzte äußere Impulse beschleunigten Aufholprozeß darf - schon aus fiskalischen Gründen - nicht zu hoch eingeschätzt werden. Daher kommt dem Wachstum "von innen" verstärkt Bedeutung zu.

4 Selbsttragende Wachstumspole? Zur Tragfähigkeit des ostdeutschen Entwicklungspfades

Aus raumökonomischer Sicht ist die Wiederaufnahme des Konvergenzprozesses davon abhängig, inwieweit es gelingt, hinreichende "selbsttragende" Wachstumsprozesse zu induzieren. Entscheidend wird es sein, ob sich in den neuen Ländern räumliche Wachstumspole herausbilden, die aufgrund ihres Agglomerationsgrades, ihrer wirtschaftsgeographischen Lage und ihrer Sektoralstruktur die Tragfähigkeit Ostdeutschlands stärken. Diese Kriterien werden am ehesten von den Verdichtungsräumen erfüllt:[20] Sichtet man die regionale "Landschaft" in Ostdeutschland, so läßt sich neben der Bundeshauptstadt Berlin mit ihrer ausgeprägten räumlichen Sogwirkung schwerpunktmäßig im Süden, in den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, von "wachstumsverdächtigen Polen sprechen. Neben den Zentren Halle-Leipzig, Dresden und Magdeburg ist die "Städtekette" entlang der Bundesautobahn 4 zu nennen (Gotha, Erfurt, Eisenach, Jena, Gera). In den Verdichtungsräumen wirkt sich eine historisch gewachsene Verkehrsinfrastruktur positiv auf die großräumige Erreichbarkeit aus. Neben den Flughäfen Leipzig-Halle, Dresden und Erfurt sind die Bundesautobahnen 2, 4, 9, 14 und 72 zu nennen. Im Norden Ostdeutschlands hat lediglich Rostock eine hinreichende Größe und Verkehrsanbindung. In den dünn besiedelten Arbeitsamtsbezirken wie z. B. Stralsund, Schwerin, Neubrandenburg, Stendal, Neuruppin oder Eberswalde können Verkehrsachsen auch eine raumentleerende Funktion aufweisen.

---

[19] Transfers einschl. Budgetdefizit der Treuhandanstalt. Nach Angaben des Frühjahrsgutachten 1995 von DIW, HWWA, ifo, IfW, IWH und RWI.

[20] Vgl, zum folgenden ausführlicher Junkernheinrich, M./Skopp, R.: Wirtschaftliche Konvergenz und räumliche Wachstumspole: Zur regionalökonomischen Lage in Ostdeutschland, in: Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland, a.a.O., S. 226 ff.

Die Ergebnisse der empirischen Regionalforschung bestätigen für die Gründungsaktivitäten,[21] die Investitionstätigkeit[22] und die Beschäftigungsentwicklung[23] im Grundsatz, daß die Intensität wirtschaftlicher Aktivitäten in den Verdichtungsräumen - und damit tendenziell in den potentiellen Wachstumspolen höher als in den dünner besiedelten Raumtypen ausgeprägt ist. Betrachtet man beispielhaft die räumliche Verteilung der Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, so bleiben die ländlich geprägten Regionen deutlich hinter den Regionen mit Verdichtungsansätzen zurück. Darüber hinaus läßt sich ein ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle[24] und ein Zurückbleiben der Grenzgebiete nach Osten[25] beobachten.

Für die Entwicklung Ostdeutschlands dürfte es entscheidend sein, ob die Wachstumspole durch einen Besatz mit Sektoren gekennzeichnet sind, der - der Art nach - selbsttragenden Charakter aufweist. Solange in Ostdeutschland mehr verbraucht als produziert und der Mehrverbrauch durch Einfuhrüberschüsse abgedeckt wird, bleibt die Abhängigkeit von Transferströmen erhalten.

So erweist sich der überproportionale Beschäftigtenbesatz im Öffentlichen Dienst (vgl. Abb. 3) in Verbindung mit dem unterproportionalen Besatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 4) als eine schwerwiegende Belastung für die weitere Entwicklung. Die Herbeiführung einer selbsttragenden Entwicklung erfordert daher eine Steigerung der ostdeutschen Ausfuhren und/oder eine Substitution von Importen durch Eigenproduktion. Diese Funktion wird vielfach Betrieben von Wirtschaftssektoren zugesprochen, die ihre Produkte potentiell überregional absetzen.[26]

---

[21] Vgl. Lehmann, U.: Regionale Aspekte des Betriebsgründungsgeschehens in den neuen Bundesländern 1991/92, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Jg. 27 (1994), H. 4, S. 338 ff.

[22] Vgl. Skopp, R.: Räumliche Investitionsaktivitäten in der ostdeutschen Industrie. in: IWH-Kurzinformationen. Nr. 30 v. 30. September 1994. - HEIMPOLD, G.: Regionale Disparitäten bei der Errichtung neuer Produktionskapazitäten in Ostdeutschland, in: Wirtschaft im Wandel. Hrsg. v. IWH. H. 9/1997, 8 ff.

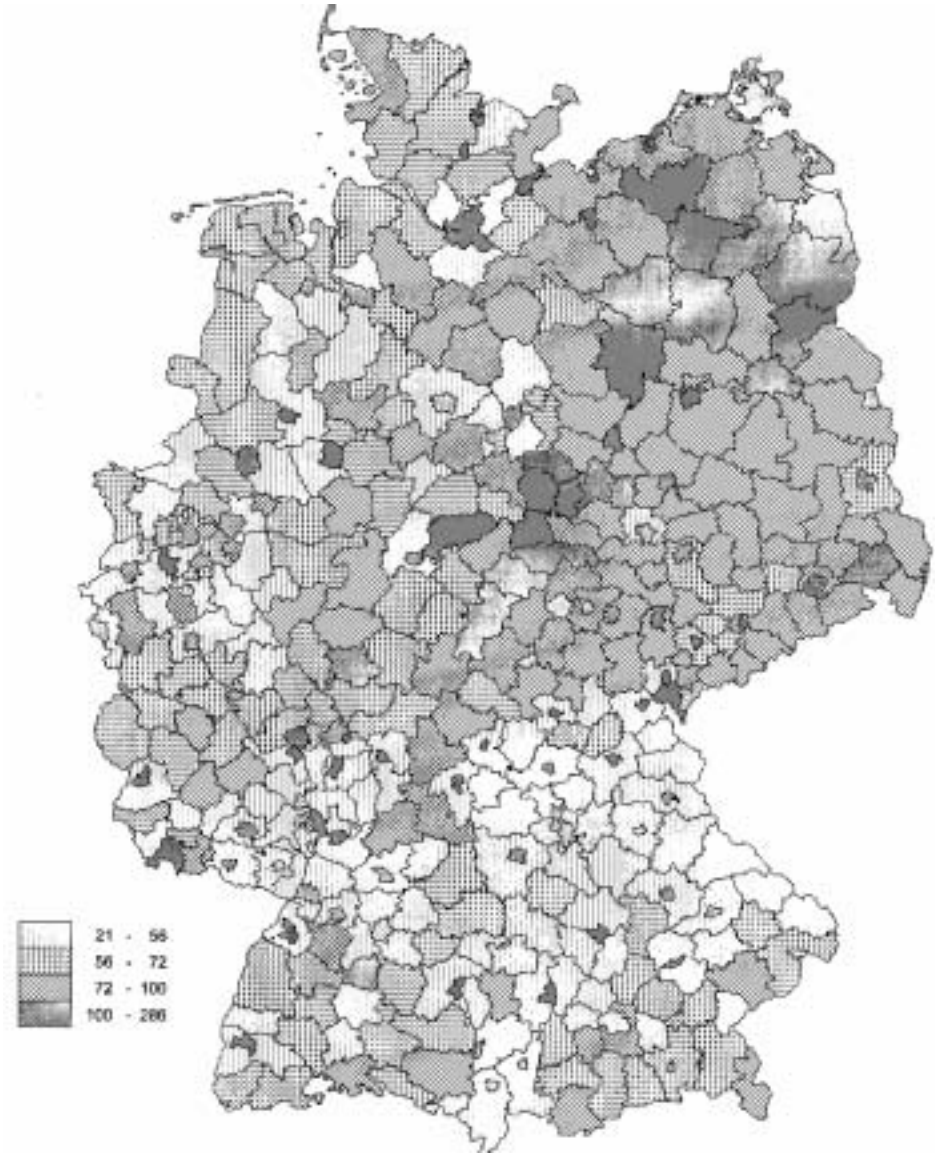
[23] Vgl. Blien U./Hirschenauer, F.: Die Entwicklung regionaler Disparitäten in Ostdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Jg. 27 (1994), H. 4, S. 333 ff.

[24] Vgl. Skopp, R.: Räumliche Investitionsaktivitäten in der ostdeutschen Industrie, a.a.0. Die These des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, daß das Niveaugefälle zwischen dem Süden und dem Norden durch den industriellen Beschäftigungseinbruch (in Verbindung mit dem Übergewicht der industriellen Aktivitäten im Süden) zurückgegangen ist, vermag nicht zu überzeugen, da die Schwerpunkte der industriellen Revitalisierung eindeutig im Süden der neuen Länder lokalisiert sind. Vgl. zu dieser These Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Den Aufschwung sichern - Arbeitsplätze schaffen. Jahresgutachten 1994/95, Stuttgart 1994, Tz 103.

[25] Diese Kernaussage wird relativiert durch Barjak, F.: Wirtschaftliche Lage und Wirtschaftsförderung an der deutsch-polnischen Grenze, in: Wirtschaft im Wandel. Hrsg. v. IWH. H. 7/1997, S. 16 ff.

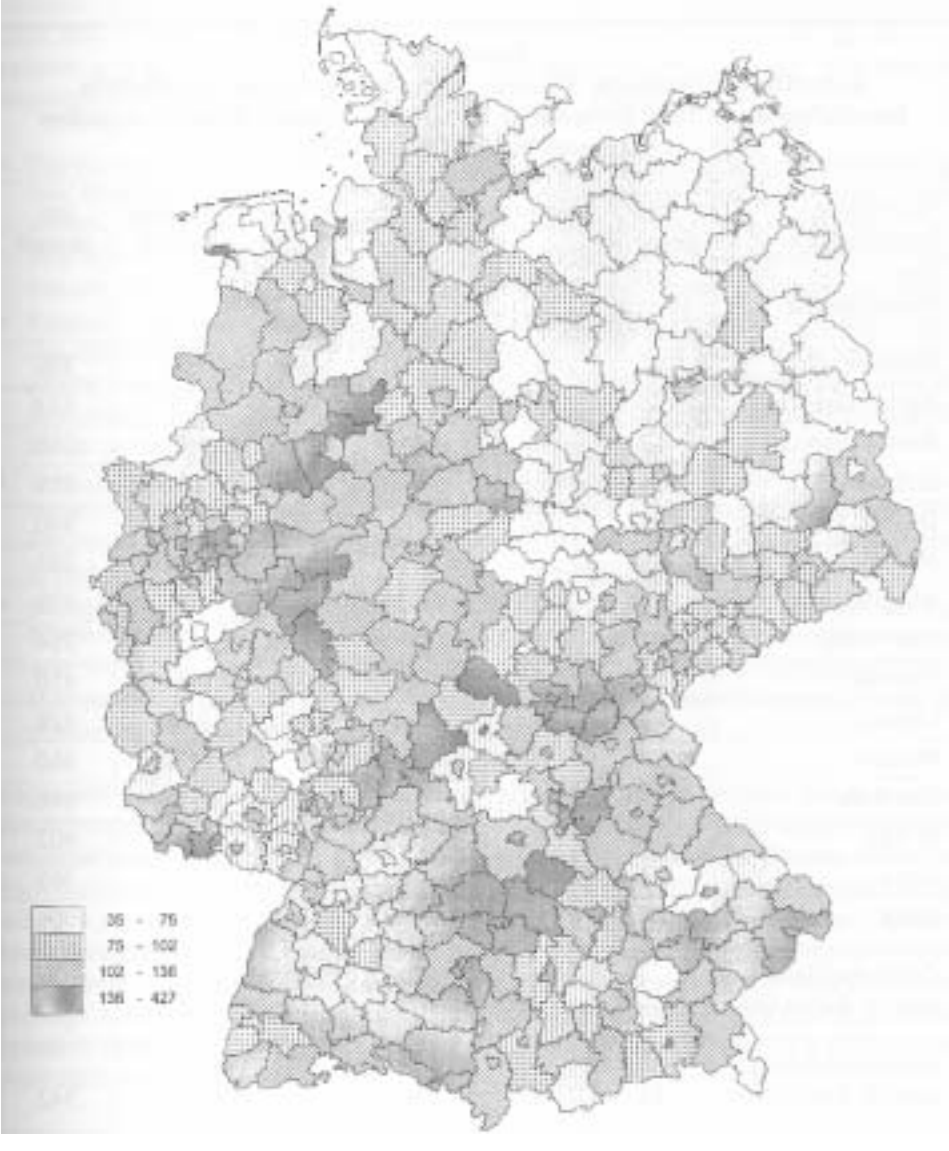
[26] Zur regionaltheoretischen Fundierung sei auf die Überlegungen zum Exportbasiskonzept verwiesen. Vgl. grundsätzlich North, D.C.: Location Theory and Regional Economic Growth, in: Journal of Political Economy. Vol. 63 (1955), S. 243-255. obwohl das nachfrageorientierte Konzept der Exportbasis auf die regionale Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland maßgeblichen Einfluß genommen hat, gibt es berechtigten Anlaß zur Kritik. So kann z. B. ein Investitionsgüterimport über den Kapazitätseffekt zur Einkommenssteigerung in einer Region beitragen. Vgl. zur Kritik am Exportbasiskonzept z. B. Hahne, U./ Stackelberg, K. v.: Regionale Entwicklungstheorien. Freiburg 1994, S. 39 ff. (= Eures discussion paper, H. 39).

Abbildung 3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1995 je 1000 Einwohner)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit

Abbildung 4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe am 30. Juni 1995 (je 1000 Einwohner)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit

Vor diesem Hintergrund zeigt die Betrachtung der Wirtschaftsstruktur verdichteter Räume, daß die Entwicklung dort noch sehr stark von transfergestützten Sektoren mit eher lokalem Absatzgebiet (Baugewerbe und Handel) sowie von öffentlichen Dienstleistungen geprägt wird (vgl. Tab 1).

Tabelle 1
Exportbasisorientierte Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je 1000 Einwohner in den potentiellen Wachstumspolen Ostdeutschlands (30. 6.1995)*

Stadtkreise einschließlich ihrer Umlandkreise	Baugewerbe und Handel	Industrie	Öffentliche Dienstleistungen	Private Dienstleistungen	Primärer Sektor	Insgesamt
Rostock	95	62	131	94	8	396
Berlin-Ost **	66	44	133	78	2	323
Berlin insg.	63	54	81	65	6	268
Cottbus	96	89	146	71	12	415
Dessau	99	76	100	51	17	340
Halle	106	69	138	72	6	391
Magdeburg	107	75	123	61	9	375
Chemnitz	91	89	111	53	10	354
Dresden	97	88	140	75	10	410
Leipzig	106	97	122	99	4	428
Plauen	87	103	106	51	13	360
Zwickau	87	91	108	53	7	346
Erfurt	105	85	125	76	11	402
Gera	94	83	113	64	11	365
Jena	88	98	137	56	9	388
Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost	90	75	116	59	12	353
Westdeutschland einschl. Berlin-West	73	120	76	70	3	342

* Sachsen: 30. 6. 1994; ** Nur Stadt
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit

Dies dürfte für eine selbsttragende Entwicklung noch nicht hinreichend sein. Ostdeutschland braucht eine Stärkung der industriellen Basis. Es ist zwar zutreffend, daß einzelne Zentren/Regionen auch aufgrund ihres Besatzes mit öffentlichen Dienstleistungen oder stark transfergestützten Branchen prosperieren können; räumliche Ausstrahlungseffekte, die großräumige Wachstumsprozesse nach sich ziehen und die wirtschaftliche Tragfähigkeit der neuen Länder insgesamt erst ermöglichen, kommen dadurch aber kaum zustande. Vor diesem Hintergrund lassen sich im einzelnen folgende Aussagen treffen:

- Die Bundeshauptstadt Berlin ist mit ihrem Umland aufgrund des ausgeprägten Anteils öffentlicher und privater Dienstleistungen als Sonderfall anzusehen. Aufgrund ihrer Funktion als Regierungssitz kann sie zwar als Wachstumspol eingestuft werden; dies bezieht sich allerdings nicht auf den Industriebesatz, wo Berlin sogar unter dem ostdeutschen Durchschnitt liegt.
- Rostock verfügt - gemessen am ostdeutschen Durchschnitt - über einen deutlich unterdurchschnittlichen Industriebesatz und weist eine eher periphere Lage auf. Der überdurchschnittliche Besatz an öffentlichen Dienstleistungen dieses solitären Verdichtungsraumes dürfte die Strukturschwäche kaum ausgleichen.
- Dessau, Plauen, Zwickau und Gera haben zwar einen leicht über dem ostdeutschen Durchschnitt liegenden Industriebesatz. Neben der eher geringen Zentrengröße wird die mangelnde Attraktivität dieser Räume an dem unterproportionalen Besatz mit privaten Dienstleistungen deutlich.
- Demgegenüber kann in Regionen, die wie Dresden, Erfurt, Magdeburg, Chemnitz und Leipzig bis auf den primären Sektor in allen Bereichen bzw. wie Halle bis auf den industriellen Sektor einen überdurchschnittlichen Humankapitaleinsatz aufweisen, das Potential für räumliche spillovers als stärker ausgeprägt angesehen werden.[27]

Insgesamt wird deutlich, daß die als potentielle Wachstumspole eingestuften Verdichtungsräume mit Ausnahme von Berlin und Rostock zwar einen höheren Industriebesatz als Ostdeutschland im Ganzen haben; alle diese Räume fallen jedoch noch weit hinter den westdeutschen Industriebesatz zurück. Hinreichende selbsttragende Elemente können somit noch nicht konstatiert werden. Besonders deutlich wird dies, wenn man berücksichtigt, daß der westdeutsche Vergleichswert durch viele ländliche Räume mit sehr geringem Industriebesatz geprägt wird. In vielen Regionen mit positiven Entwicklungsperspektiven, genannt seien z. B. Berlin, Dresden oder Erfurt, ist der öffentliche Sektor der eigentlich stabilisierende Faktor.

[27] In diesen Räumen besteht jedoch die Gefahr, daß die hohe Beschäftigung in transfergestützten Sektoren (Baugewerbe, Handel) bei einer mittelfristig zu erwartenden Rückführung der West-Ost-Transfers als Risikofaktor wirksam wird. Das Risiko wird besonders deutlich, wenn man den westdeutschen Vergleichswert für die transfergestützten Sektoren, der erheblich niedriger ausfällt, berücksichtigt.

Bergbaufolgelandschaften im Raum Cottbus *(Foto: E. Weber, Cottbus)*

5 Sollte die Investitionsförderung fortgesetzt werden? Zur Ausgestaltung der staatlichen Aufbaupolitik

Auf welchem Entwicklungspfad befinden sich Ostdeutschland und seine Regionen? Werden sich die neuen Bundesländer auf absehbare Zeit ökonomisch selbst tragen, oder ist eine dauerhafte Transferabhängigkeit zu befürchten? Gibt es Alternativen zur Fortführung der Investitionsförderung? Folgende Antworten ergeben sich in Auswertung der bisherigen Entwicklung:

- Im Anschluß an einen massiven transformationsbedingten Einbruch wurden in den neuen Bundesländern zunächst hohe Wachstumsraten erzielt, so daß keine mezzogiornoähnlichen Verhältnisse entstanden sind.

Dennoch ist der Entwicklungsrückstand erheblich. Die finanzielle Solidarität der alten Bundesländer wird den Aufbauprozeß auch zukünftig stützen.

- Ein dynamischer, selbsttragender und transferunabhängiger Aufholprozeß ist nicht sichtbar.

Der Abschluß der Privatisierungswelle und die rückläufigen Wachstumsraten werden den Konvergenzprozeß deutlich verlangsamen. In einzelnen Jahren und für einzelne Regionen sind auch Divergenzprozesse zu beobachten.

- In räumlicher Hinsicht ist der Revitalisierungsprozeß durch geringere Aktivitäten im ländlichen Raum, durch ein Süd-Nord-Gefälle und ein Zurückbleiben der östlichen Grenzgebiete gekennzeichnet.

Es haben sich noch keine räumlichen Wachstumspole mit selbsttragenden Elementen herausgebildet. Eine Sektoralstruktur, die sich tendenziell durch ein hohes Gewicht transferabhängiger Bereiche (Bau, Handel, Öffentlicher Dienst) und durch ein geringes Gewicht exportorientierter, handelbarer, humankapitalintensiver und technologieintensiver Bereiche auszeichnet, dürfte gemessen am Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen keine hinreichende Entwicklungsdynamik und keine selbsttragenden Verstärkungsprozesse aufweisen.

Damit dürfte - senkt man nicht die politischen Zielvorstellungen deutlich ab noch auf längere Sicht eine hohe Transferabhängigkeit Ostdeutschlands gegeben sein. Es ist eine zentrale politische Aufgabe, diese Transfers so auszugestalten, daß sie eine selbsttragende Entwicklung unterstützen. Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, daß eine Politik zum Aufbau Ostdeutschlands einen jangen Atem" benötigt. Ein Abbrechen bzw. eine deutliche Reduzierung der Fördermaßnahmen würde die Fortführung der Umstrukturierung gefährden.

Betrachtet man mit Investitionsförderung, Lohnsubvention und Wertschöpfungspräferenz die drei zentralen für den ostdeutschen Aufbau diskutierten Förderkonzepte, so haben sie gemeinsam, daß es sich um interventionistische Eingriffsinstrumente handelt, die mit Verzerrungen in der Produktions- und Wirtschaftsstruktur verbunden sind. Aus wirtschaftspolitischer Sicht hängt die Eignung eines Instrumentes zur Revitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft wesentlich von seiner Problemadäquanz ab. Nur Förderkonzepte, die an den Ursachen der ostdeutschen Wettbewerbsschwäche ansetzen und die "selbsttragenden" Entwicklungselemente stärken, dürften längerfristig eine erfolgreiche und gesamtwirtschaftlich vertretbare Aufbaupolitik für Ostdeutschland ermöglichen:[28]

- Geht man davon aus, daß der marode Kapitalstock zu den Hauptursachen der ostdeutschen Wettbewerbsschwäche zählt, so setzt das Konzept der Investitionsförderung an einem zentralen Entwicklungsengpaß an.
  Nur mit modernen Produktionsverfahren können wettbewerbsfähige Produkte hervorgebracht und hohe Einkommen erzielt werden. Mitnahmeeffekte, Verzerrungen im Faktoreinsatz (Realkapitalbegünstigung) und die Gefahr eines Aufbaus "verlängerter Werkbänke" lassen sich dabei nicht völlig vermeiden.
- Die Lohnsubvention fördert den Einsatz eines Produktionsfaktors, der reichlich vorhanden ist. Die staatliche Finanzierung einer politisch wünschenswerten Zahl von Arbeitsplätzen schafft von sich aus keine wettbewerbsfähigen Unternehmensstrukturen.[29]

---

21 Vgl. dazu ausführlicher Heimpold, G./Junkernheinrich, M.: Konzeptionen der Wirtschaftsförderung, in: Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland, a.a,O., S. 371 ff.

Die Rechnung geht nur auf, "wenn die Unternehmen die aufgrund der Lohnsubventionen erhöhten Erträge statt zur Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit für Investitionen in die Produktqualität verwenden würde, um so auf lange Frist die qualitative Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. In diesem Fall stellt sich jedoch die Frage, ob der Umweg über die Lohnsubventionen dann noch sinnvoll ist."[30]

- Die Wertschöpfungspräferenz kommt insbesondere den Unternehmen zugute, die Umsätze erzielen und damit bereits wettbewerbsfähig sind.
  Damit ist sie wenig geeignet, den Grenzbetrieben, die mit hohen Kosten und Wettbewerbsproblemen kämpfen, bei der Umstrukturierung zu helfen. Da Löhne den Hauptteil der Wertschöpfung ausmachen, hat die Wertschöpfungspräferenz den Charakter einer "verdeckten" Lohnsubvention.

Subventionen auf die Löhne bzw. auf die Wertschöpfung entlasten die begünstigten Unternehmen zwar unmittelbar vom Kostendruck. Eine dauerhafte, durch eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit fundierte Stärkung der Wettbewerbspositionen ist damit jedoch direkt nicht verbunden. Die Investitionsförderung zielt dagegen unmittelbar auf den Aufbau neuer Strukturen, auf die Schaffung und Sicherung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen ab. Nur wettbewerbsfähige Arbeitsplätze tragen sich aber selbst und bauen die Transferabhängigkeit Ostdeutschlands ab. Insgesamt stellt die Investitionsförderung damit das überzeugendere Instrument - präziser: das kleinere Übel bei einer Wahl zwischen Skylla und Charybdis - für die Revitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft dar. Die instrumentale Ausgestaltung sollte sich zukünftig stärker an Investitionszulagen und Investitionszuschüssen orientieren. Sonderabschreibungen sind mit einer wirtschaftspolitisch nicht intendierten Selektion förderwürdiger Unternehmen verbunden, da hiervon nur diejenigen Unternehmen, die hinreichende Gewinne zu versteuern haben, profitieren.

Insgesamt ist die Investitionsförderung jedoch in ihrer Problemadäquanz dadurch eingeschränkt, daß die ostdeutsche Wirtschaftsschwäche nicht monokausal auf ein Kapitaldefizit zurückgeführt werden kann. Betriebliche Verluste und Liquiditätsengpässe haben häufig innerbetriebliche Ursachen, die insbesondere in ungünstigen Kostenstrukturen und betriebswirtschaftlichen Schwachstellen etwa in den Bereichen Finanzmanagement, Marketing und

---

[29] Die Tatsache, daß die Lohnsubvention als Instrument der Wirtschaftsförderung verworfen wurde, bedeutet nicht, daß der ökonomische Tatbestand der Lohnkostensubventionierung in den neuen Ländern keine Rolle spielt. Zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen - insbesondere das Instrument des "zweiten" Arbeitsmarktes -stellen eine Subventionierung von Arbeitskosten dar. Vgl. dazu kritisch Schneider, H./Trabert, L.: Ostdeutsche Arbeitsmarktpolitik im Zielkonflikt: Modelle zur Beschäftigungsförderung. In: Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland, a.a.O., S. 393 ff.

[30] Allgemeine Lohnsubventionen. Kein Ausweg aus der Beschäftigungskrise in Ostdeutschland, in: DIW Wochenbericht. Jg. 58 (1991), Nr. 36, S. 513.

Kostenrechnung zu suchen sind. Die Behebung dieser Defizite ist aus der Sicht der Förderpolitik kaum "programmfähig". Will man Grenzbetrieben die Möglichkeit zur Umstrukturierung geben, ist es zwar möglich, zeitlich befristete und mit Beratungsleistungen verknüpfte Liquiditätshilfen einzurichten. Finanziell gerichtete Instrumente haben aber lediglich den Charakter einer "Pauschaltherapie", die nicht unmittelbar an konkreten Entwicklungsproblemen bzw. deren Ursachen ansetzen. Sie haben jedoch den Vorteil, daß über die Mittelverwendung im Unternehmen selbst entschieden werden kann. Unternehmen, die diese Aufgabe nicht erfolgreich bewältigen, werden kurz- und mittelfristig aus dem Markt ausscheiden (müssen).

Auch wenn man in der Investitionsförderung grundsätzlich einen geeigneten Ansatzpunkt für eine wirtschaftspolitische Flankierung des ostdeutschen Aufbauprozesses sieht, muß das nicht bedeuten, dieses Förderkonzept in der bisherigen Art und Weise fortzuführen. Angesichts der Stärkung der ostdeutschen Wachstumsbasis ist zu prüfen, inwieweit durch eine Konzentration der Förderung eine Effizienzsteigerung des Fördermitteleinsatzes erreicht werden kann:

- In sektoraler Hinsicht liegt der Engpaß bei der zu schmalen industriellen Basis. Das verstärkte Eindringen in neue, überregionale Märkte verlangt weiterhin eine ausgeprägte Investitionstätigkeit und legt eine Konzentration der Förderung auf die Unternehmen, die im überregionalen und internationalen Wettbewerb stehen, nahe. Dagegen benötigen viele Unternehmen im Handel, im Baubereich und im Dienstleistungssektor keine Hilfe mehr. Sie partizipieren in hohem Maße von transferinduzierter Nachfrage.
- Mittelständische Betriebe sind unter planwirtschaftlichen Verhältnissen in ein Nischendasein gedrängt worden.
  Für viele kleine und mittlere Unternehmen war die Zeit nach der "Wende" bzw. nach der Existenzgründung zu kurz, um hinreichende finanzielle Reserven für die Finanzierung von nunmehr notwendigen Wachstums- und Festigungsinvestitionen schaffen zu können. Neben den traditionellen Eigenkapitalhilfe-Darlehen stellt die Bereitstellung von Beteiligungskapital eine interessante Förderalternative dar, da die Kapitalbereitstellung hier mit einem Suchprozeß des Marktes einhergeht.[31]
- In räumlicher Hinsicht wird die als schädlich angesehene landesweite "Gießkannenförderung" zunehmend kritisiert.[32]

[31] Vgl. ifo/IWH: Finanzierungsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Ein Gemeinschaftsgutachten von ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München und Institut für Wirtschaftsforschung Halle. München 1994, S. 99. (= ifo studien zur strukturforschung, Bd. 18).

[32] Vgl. in diesem Sinne auch Matthäus-Maier, 1.: Die größte Herausforderung seit Bestehen der Bundesrepublik. In: Wirtschaftsdienst. Jg. 75 (1995), H. 6, S. 293. - Henkel, H.-0.: Fünf Jahre deutsche Wirtschafts- und Währungsunion, in: Wirtschaftsdienst. Jg. 75 (1995), H. 6, S. 295.

Da die Verdichtungsräume bislang aber noch keine hinreichenden selbsttragenden Elemente aufweisen, um ihrer potentiellen Funktion als räumliche Wachstumspole gerecht zu werden, ist eine flächendeckende Förderung als Kompromiß zwischen Wachstums- und Ausgleichspolitik weiterhin sinnvoll. Sie ist primär wachstumspolitisch orientiert, da sie Investitionen dort fördert, wo die Unternehmen aufgrund ihres Entscheidungskalküls die besten ökonomischen Rahmenbedingungen sehen. Dies ist derzeit primär in den Verdichtungsräumen mit guter wirtschaftsgeographischer Lage - und damit in den potentiellen Wachstumspolen - der Fall. Sie ist aber auch ausgleichspolitisch orientiert, da sie allen strukturschwachen Regionen[33] eine Fördermöglichkeit bietet.[34]

- Eine Konzentration der Förderung kann und sollte mit einer Reduktion der Förderprogramme einhergehen.

  Ob man sich dabei allerdings auf ein kleines Bündel von bundeseinheitlich durchzuführenden Programmen beschränken kann,[35] bedarf noch tieferen Nachdenkens. Zumindest sollte berücksichtigt werden, daß der Wettbewerb zwischen den Ländern in einem förderalen Staat auch zu innovativen Förderansätzen führen kann, die im Rahmen eines "Förderzentralismus" nicht zustande kämen.

Schwieriger als das Setzen von Förderschwerpunkten für ausgewählte Bereiche der ostdeutschen Wirtschaft gestaltet sich die richtige "Dosierung" des Fördermitteleinsatzes. So besteht die Gefahr, daß die Förderung zu gering ausfällt, um als Nachteilsausgleich wirken zu können. Fällt die Förderung dagegen höher aus, als ein Ausgleich der Standortnachteile erfordert, so werden auch Investitionen angeregt, die unter Marktbedingungen niemals rentabel wären.[36] Eine verläßliche Quantifizierung dieser Effekte ist kaum möglich. Letztendlich bleibt nur der Weg, durch zeitliche Befristung und degressive Ausgestaltung der Förderung potentielle "Gewöhnungseffekte" an Subventionen, die zu Lasten eigener Entwicklungsanstrengungen gehen, zu vermeiden.

33 Eine Differenzierung der Fördersätze zugunsten der Problemregionen dürfte nur geringe Lenkungseffekte aufweisen und kommt primär einer "symbolischen" Stärkung des mittel- und langfristig dominierenden Ausgleichsziels gleich.

34 Vgl. zur Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftspolitik näher Heimpold, G./Junkernheinrich, M.: Regionale Wirtschaftspolitik in den neuen Ländern. Bestandsaufnahme, Probleme, Perspektiven, in: IHW (Hrsg.): Wirtschaft im Systemschock, a.a.O., S. 149 ff. - Horbach, J./Junkernheinrich, M.: Wachstum in den neuen Bundesländern: räumliche Entwicklungshemmnisse und -potentiale, in: Wachstumsperspektiven in den neunziger Jahren. Berlin 1994, S. 93 ff. (= Beihefte zur Konjunkturpolitik, H. 42). - Junkernheinrich, M./Skopp, R.: Wirtschaftliche Konvergenz und räumliche Wachstumspole, a.a.O., S. 235 ff.

35 So wird im Zwölften Anpassungsbericht von DIW, IfW und IWH einer Konzentration auf vier Fördertatbestände/Programme (Forschung und Entwicklung, Mittelstand, Existenzgründungen, Regionalförderung) nahegelegt. Vgl. DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Zwölfter Bericht, a.a.O., S. 76.

36 Vgl. DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Zwölfter Bericht, a.a.O., S. 74. Diese Gefahr" ist jedoch der Förderpolitik inhärent. Jeder Lenkungseffekt impliziert ja, daß eine Investition zustande kommt, die ohne Förderung (also unter Marktbedingungen) nicht erfolgt wäre.

In diesem Sinne erfordert die nachholende Entwicklung Ostdeutschlands noch für eine längere Zeit eine großräumige Verteilungspolitik, die - ungeachtet ihrer sozialen Grundkomponente - auf den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft bzw. einer selbsttragenden wirtschaftlichen Wachstumsbasis ausgerichtet sein muß.

Willy Koch

Zwischen optimistischer Westorientierung und wachsender Ostidentifizierung

1 Ostdeutsche Befindlichkeiten seit 1990

Sieben Jahre nach der deutschen Vereinigung wird ein Phänomen stärker als in den Jahren zuvor wahrgenommen und kontrovers diskutiert: die Ostidentifizierung der Menschen in den neuen Bundesländern. Im Kern sind damit ostdeutsche Befindlichkeiten gemeint, Urteile über die Gestaltung der deutschen Einheit, Einstellungen zum politischen System der Bundesrepublik, Vergleiche der Lebensverhältnisse zwischen West- und Ostdeutschland, zwischen dem Leben in der DDR und in der Bundesrepublik heute.

Ganz eindeutig sind ostdeutsche Stimmungslagen seit 1990 differenzierter geworden und realistischer. Optimistische, ja euphorische Erwartungen über eine schnelle Angleichung an westdeutschen Wohlstand sind dem ernüchterten Bewußtsein gewichen, daß die Entwicklung in den neuen Bundesländern lange Zeit brauchen wird. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme haben dabei auch zu kritischeren Haltungen geführt.

Ernüchterung, Enttäuschungen und Desillusionierung spielen insgesamt gewiß eine wichtige Rolle für die gegenwärtige ostdeutsche Stimmung, sind aber bei weitem nicht das allein Charakteristische. Denn gleichzeitig besteht eine hohe Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen und ihrer Entwicklung seit 1990.

Diese Mischung von positiven und negativen Urteilen macht es schwer, ein eindeutiges Bild zu erhalten über die Entwicklung ostdeutscher Befindlichkeit. In der öffentlichen Meinung besteht oft der Eindruck, die Ostdeutschen hätten seit 1990 von euphorischer Westzuwendung einen Stimmungswandel zu nostalgischer DDR-Wertschätzung und Abwendung von der deutschen Einheit vollzogen. Dieser Eindruck ist falsch, weil undifferenziert und oberflächlich.

Vielmehr zeigten empirische Untersuchungen schon 1990 Befunde, die im Grundsatz auch gegenwärtig zutreffen - "die **gespaltene Stimmungslage der Ostdeutschen"**:[1]
Fast einhellige Zustimmung zur deutschen Einheit, aber mit Einschränkungen und Befürchtungen vor Kriminalität und Arbeitslosigkeit, wie man für das persönliche Leben zusammenfassen kann. Und mit Blick auf die politischen Ver-

[1] siehe Peter Gluchowski / Carsten Zelle, 1992, S. 233.

hältnisse wünschte 1990 nur eine Minderheit mit der deutschen Einheit ausschließlich das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik. "Dagegen erkannten 80 % dem sozialistischen Staat Errungenschaften zu, die es wert seien, in das vereinte Deutschland übertragen zu werden.“[2]

Seither sind die Meinungen der Ostdeutschen vielfach Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchung. Hier soll dargestellt werden, welche Dimensionen und Entwicklungen ostdeutsche Befindlichkeit in repräsentativen Untersuchungen des Instituts für Marktforschung Leipzig (IM Leipzig) zeigt.[3] Dabei können hier nur einige ausgewählte Ergebnisse dargestellt werden. Wesentliche Bedeutung für die Entwicklung und Differenzierung von Lebenslagen und ihrer Reflexion in Meinungen und Stimmungen hat die Einkommensentwicklung. Es ist deshalb wichtig, sich vor der Analyse subjektiver Befindlichkeiten zunächst einiger Eckdaten ostdeutscher Einkommensentwicklung zu vergewissern.

2 Die Einkommensentwicklung ostdeutscher Haushalte[4]

Seit 1990 stiegen die Haushalteinkommen deutlich an. Betrug im Februar 1991 das monatliche Nettoeinkommen im Durchschnitt der ostdeutschen Haushalte erst 1930 DM, so erzielten ostdeutsche Haushalte im Mai 1997 bereits ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 3425 DM und damit eine Steigerung auf 177 %. Mit dieser Entwicklung ging eine Verkehrung der Einkommensverteilung einher:

Entwicklung des Anteils ausgewählter Einkommensgruppen in ostdeutschen Haushalten (Angaben in %)		
	Einkommen bis 1500 DM	Einkommen ab 4500 DM
1991	32	4
1992	24	3
1993	16	11
1994	11	15
1995	10	17
1996	8	21
1997	6	22

[2] Ebenda.
[3] Das Institut für Marktforschung führt seit 1992 monatliche Mehrthemenbefragungen durch, die repräsentativ für die ostdeutschen Länder sind. Befragt werden jeweils zwischen 1000 und 1200 Personen ab 18 Jahre.
[4] Die Daten entstammen der quartalsweisen Berichterstattung Konsumklimaforschung des Instituts für Marktforschung Leipzig, basierend auf Untersuchungen in einem repräsentativen Haushaltspanel von ca. 1100 ostdeutschen Befragten.

Seit 1996 hat sich die Einkommensentwicklung allerdings verlangsamt und deutlich differenziert. Im Juni 1997 gaben nur noch 12 % ostdeutscher Haushalte ein im Vergleich zum Vorjahr gestiegenes Nettoeinkommen an, 23 % der Haushalte teilten ein gesunkenes Einkommen mit.

3 Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation

Mit dem Einkommensanstieg veränderten sich natürlich auch die Preise für Waren, Dienstleistungen, Mieten usw. Insgesamt sind die Ostdeutschen mehrheitlich aber zufrieden mit den persönlichen materiellen Lebensverhältnissen.

Im März 1997 waren[5]

• sehr zufrieden	8 %
• im großen und ganzen zufrieden	40%
• einigermaßen zufrieden	25 %
• nicht ganz zufrieden	14%
• nicht zufrieden	7 %
• völlig unzufrieden	5 %
• k. A. 2 %	

Wenn Ostdeutsche ihre persönlichen Lebensverhältnisse vergleichen mit der Situation vor der deutschen Einheit, so zeigen sich auch im Zeitvergleich stabile Mehrheiten, die meinen, es geht ihnen besser als vor 1990:

Es geht mir heute (Angaben in %)[6]				
	1994 N = 1002		1996 N = 1000	
viel besser	20	} 62	14	} 59
etwas besser	42		45	
weder besser noch schlechter	26		31	
etwas schlechter	9	} 12	7	} 10
viel schlechter	3		3	

Jüngere Befragte geben häufiger als ältere an, daß es ihnen besser als vorher geht. Ganz anders als im Durchschnitt der Befragten stellt sich die Situation bei Arbeitslosen dar. Hier meinen im September 1996 zwar immer noch 25 %,

[5] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig März 1997 im Auftrag der Leipziger Volkszeitung (Auswahl random route / n = 1038).
[6] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig Oktober 1994/September 1996 im Auftrag der Leipziger Volkszeitun (Auswahl random-route).

es gehe ihnen besser, aber bereits 32 % sind gegenteiliger Ansicht. Arbeitslosigkeit, Unsicherheit der Arbeitsplätze, die Befürchtung künftiger Arbeitslosigkeit sind die Probleme, die wesentlich das ostdeutsche Meinungsbild prägen, über die unmittelbar Betroffenen hinausgehend. Dabei muß die im Vergleich zu den alten Bundesländern sehr verschiedene Situation in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gesehen werden:

Arbeitslose und Arbeitslosenquote im Monat August 1997[7]

	Bundesrepublik Deutschland	Bundesgebiet West	Bundesgebiet Ost
Arbeitslosenquote insgesamt			
Zugang	578 891	402 346	176 545
Bestand	4 372 058	2 991 414	1 380 644
Veränderung des Bestandes in % gegenüber Vorjahr	+ 12,1	+ 7,7	+ 22,9
Arbeitslosenquote in %			
insgesamt	12,7	10,9	19,7
Männer	11,8	10,9	16,7
Frauen	13,7	10,9	23,6

Diese offiziellen Werte lassen sich ergänzen durch vergleichende Befragungsergebnisse in Ost und West:

Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und beruflicher Veränderung 1997 im Ost-West-Vergleich (Angaben in %)[8]

	neue Bundesländer n = 500	alte Bundesländer n = 500
seit 1990 sind arbeitslos gewesen	38	13
seit 1990 haben die Arbeitsstelle gewechselt	35	19
die berufliche Position hat sich seit 1990		
• eher verbessert	33	33
• gleichgeblieben	27	42
• eher verschlechtert	32	18
• k. A.	8	7

[7] Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. Statistischer Bericht Arbeitsmarkt August 1997, S. 8.
[8] Quelle: telefonische Meinungsumfrage Deutschland im April 1997, IM Leipzig.

Man kann davon ausgehen, daß die äußerst schwierige Arbeitsmarktsituation das Wohlbefinden der Ostdeutschen auch im politischen System der Bundesrepublik beeinträchtigt. Im Vergleich zweier Befragungen ergeben sich nur wenig Veränderungen, die knappe Hälfte der Befragten fühlt sich wohl in der Gesellschaft der Bundesrepublik - es sind aber auch nicht mehr geworden.

Frage: Wie wohl fühlen Sie sich in der jetzigen Gesellschaft, also in der Bundesrepublik? (Angaben in %)[9]

	1994 *N = 1002*		1996 *N = 1000*	
sehr wohl	10	47	5	46
wohl	37		41	
es geht	38		40	
nicht besonders	9	13	11	12
gar nicht	4		2	
unentschieden	2		1	

Auch hier urteilen Jüngere positiver und Arbeitslose negativer als der Durchschnitt der Befragten. Im Dezember 1996 hielten 54 % der Berufstätigen ihren Arbeitsplatz für sicher, 46 % hielten ihren Arbeitsplatz für gefährdet).[10] Von daher ist es sehr verständlich, daß Ostdeutsche mehr und häufiger Sorgen und Probleme haben als Westdeutsche. 1997 sagten in einer vergleichenden Ost-West-Befragung 38 % der Ostdeutschen, daß sie viele Sorgen und Probleme haben, unter westdeutschen Befragten waren es 25 %.[11]

4 Lebensveränderungen seit 1990

Die deutsche Einheit war in fast jeder Hinsicht für Ostdeutsche ein tief einschneidendes Ereignis, das viele positive, aber eben auch negative Veränderungen in Gang setzte. Wenn ostdeutsche Befragte diese Veränderungsprozesse seit 1990 bilanzieren, so ergibt sich für 1996 das folgende Meinungsbild:

---

[9] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig Oktober 1994/September 1996 im Auftrag der Leipziger Volkszeitung (Auswahl random--route),

[10] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig Dezember 1996 im Auftrag von "Super Illu". n = 1204 (Berufstätige n = 585) /Auswahl random-route.

[11] Quelle: telefonische Meinungsumfrage Deutschland im April 1997, IM Leipzig Ost n = 500/West n = 500 /zweistufig geschichtete Zufallsauswahl.

Was hat sich seit 1990 verändert? (Angaben in %)[12] n = 1120			
positive Veränderungen		**negative Veränderungen**	
man kann in Länder reisen, in die man früher nicht durfte	70	Arbeitsplätze sind unsicher/fehlen	66
es gibt fast alles im Handel zu kaufen	64	Kriminalität und Gewalt haben zugenommen	65
Sanierung/Modernisierung von Städten/Häusern geht voran	50	ostdeutsche Industrie liegt fast völlig am Boden	62
man kann sich mehr leisten als früher	44	es dreht sich alles nur noch um Geld	48
man kann seine Meinung offener sagen	39	Politiker halten abgegebene Versprechen nicht ein	44
die Stasi hat ihre Macht verloren	31	die Zeit vor der Wende wird hingestellt, als wäre 40 Jahre alles falsch gemacht worden	37
Privateigentum hat höheren Stellenwert erhalten	28	soziale Unterschiede werden immer größer	36
man kann selbst mehr bestimmen, was man tut/läßt	27	die Bürokratie ist schlimmer als zu DDR-Zeiten	36
man hat die D-Mark	20	fast jeder kümmert sich nur noch um sich selbst	31
das alte DDR-System existiert nicht mehr	17	Lebens-/Berufserfahrungen von Ostdeutschen werden wenig akzeptiert	19
die PDS hat sich gehalten	16	man muß Angst um Wohnung/ Haus haben	18
die Regierung wird durch demokratische Parteien gebildet	15	Meinungen Ostdeutscher sind bei Politikern wenig gefragt	16

5 Urteile über die Gestaltung der deutschen Einheit

Viele Ostdeutsche haben in der Folge wirtschaftlicher und sozialer Probleme das Gefühl, die Vor- und Nachteile der deutschen Vereinigung sind ungleich

[12] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig Januar 1996 im Auftrag der Leipziger Volkszeitung (Auswahl random-route).

verteilt zwischen Ost und West. Im August 1997 waren 79 % dieser Ansicht. 75 % dieser Befragten meinten, daß - im Vergleich zu Westdeutschen - die Ostdeutschen durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik mehr Nachteile hätten, 17 % sehen für Ostdeutsche mehr Vorteile.[13]
Wenn ostdeutsche 1997 für ihr persönliches Leben die Vor- und Nachteile der deutschen Vereinigung bilanzieren, so ergibt sich wieder ein gespaltenes Meinungsbild:

Frage: Hat Ihnen persönlich der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik mehr Vorteile oder mehr Nachteile gebracht? (Angaben in %)[14]	
• mehr Vorteile	44
• mehr Nachteile	40
• k.A.	16

Dabei zeigen sich deutliche strukturelle Unterschiede in der Gesamtheit der Befragten: Mit steigendem Einkommen werden mehr Vorteile gesehen. Arbeitslose sehen nur zu 13 % mehr Vorteile. Mit höherer Bildung wächst der Anteil der Befragten, die mehr Vorteile bilanzieren, von 39 % in der Gruppe mit Schulabschluß 10. Klasse auf 62 % unter Befragten mit Abitur.

Vor allem aber beeinflußt der politische Standort der Befragten das Urteil:

Frage: Hat Ihnen persönlich der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik mehr Vorteile oder mehr Nachteile gebracht? (August 1997 / Angaben in %)[15]				
	links der Mitte	Mitte	rechts der Mitte	weiß nicht/ k.A.
	– Skala 1 = ganz links bis 10 = ganz rechts –			
• mehr Vorteile	34	47	64	46
• mehr Nachteile	51	35	20	37
• k. A.	15	18	16	17

Hier muß in Rechnung gestellt werden, daß Ostdeutsche sich in ihrer allgemeinen politischen Einstellung häufiger links als rechts positionieren.

[13] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig August 1997 (n = 1200 /Auswahl random-route).
[14] Ebenda.
[15] Quelle: Ebenda.

Im August 1997 sehen sich von den Befragten	
• links von der Mitte (Skalenwerte 1 - 4)	35 %
• der politischen Mitte zugehörig (Skalenwerte 5 - 6)	48 %
• rechts von der Mitte (Skalenwerte 7 - 10)	7 %
• keine Angaben	10 %

Damit zeichnet sich in den neuen Bundesländern ein Stimmungswandel ab, der eine stärkere Distanz zum politischen System anzeigt. Ostdeutsche fühlen sich 1997 verbreitet frustriert, sie haben Integrationsprobleme in die Gesellschaft der Bundesrepublik und sehen sich durch die Institutionen des politischen Systems in ihren Interessen eher wenig vertreten.

Allerdings ist gerade letzteres kein ostdeutsches Spezifikum, wie der Ost-West-Vergleich zeigt. So sehen 1997 ihre politischen Interessen durch Abgeordnete im Parlament nur 18 % in den neuen Bundesländern und 19 % in den alten Bundesländern sehr gut/eher gut vertreten. In Ost und West sehen drei Viertel der Befragten ihre Interessen in den Parlamenten eher schlecht/sehr schlecht vertreten.

Eine ostdeutsche Besonderheit dagegen ist die PDS und die weit verbreitete Meinung, in der PDS eine originär ostdeutsche Interessenvertretung zu sehen.

6 Meinungen über die PDS

- Im November 1994 halten 32 % der Ostdeutschen die PDS für eine demokratische Partei, 14 % sagen, sie sei eine undemokratische Partei und für 52 % ist die PDS eine Partei wie jede andere.[16]
- Im Januar 1997 bestätigt sich dieses Meinungsbild. Für 63 % ist die PDS eine ganz normale Partei im demokratischen Spektrum. 21 % lehnen diese Auffassung ab, 15 % machen in dieser Frage keine Angabe .[17]
- Im Januar 1996 meinen 59 %, die PDS kümmere sich wie keine andere Partei um ostdeutsche Probleme, 38 % lehnen diese Aussage ab.[18]
- Im Juni 1997 halten 60 % der Ostdeutschen die PDS auf Länderebene und 55 % auf Bundesebene mit oder ohne Einschränkungen für koalitionsfähig.[19]

[16] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig November 1994 im Auftrag der Sächsischen Zeitung n = 1000 / Auswahl randomroute.
[17] Quelle: Meinungsumfrage Januar 1997 im Auftrag der Leipziger Volkszeitung n = 1043 / Auswahl randomroute.
[18] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig Januar 1996 im Auftrag der Leipziger Volkszeitung. n = 1120 / Auswahl random-route.
[19] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig Juni 1997 im Auftrag der Sächsischen Zeitung n = 1200/Auswahl randomroute.

Das bedeutet offensichtlich nicht, daß vergleichbare Anteile Ostdeutscher in ihrer persönlichen politischen Meinung die PDS präferieren, wie die vergangenen Wahlergebnisse und aktuelle Wahlabsichten[20] zeigen. Vielmehr ist wohl davon auszugehen, daß Ostdeutsche von anderen Parteien eine stärkere Vertretung ihrer Interessen erwarten.

7 Ostdeutsches Identitätsempfinden[21]

1997 definieren sich ostdeutsche Befragte mit großer Mehrheit als Deutsche, Ostdeutsche dagegen deutlich weniger häufig als Bundesbürger:

Frage: Wie stark empfinden Sie sich als . . .
(August 1997/Angaben in % und abgerundet)

	sehr stark / stark	weniger stark / überhaupt nicht	k. A.
Deutscher	73	26	1
Ostdeutscher	72	28	1
ehemaliger DDR-Bürger	61	38	1
Bundesbürger	51	47	1
Europäer	44	55	1

Geschlecht, Alter und Bildung differenzieren das Meinungsbild nur schwach. Dagegen fällt auf, daß Arbeitslose sich häufiger als der Durchschnitt der Befragten sehr stark/stark als Ostdeutsche definieren (79 %) und weniger (40 %) sehr stark/stark als Bundesbürger empfinden. Daneben differenzieren politische Grundeinstellungen wieder stark die Meinungen. Befragte mit tendenziell linker politischer Position sehen sich weniger als Bundesbürger im Vergleich zu Befragten in der politischen Mitte oder tendenziell rechter Einstellung.

8 Ausblick

Wie ostdeutsche Befindlichkeiten sich weiter entwickeln werden, ist eine offene Fragestellung, die wesentlich beeinflußt werden wird von der Entwicklung der Lebensverhältnisse im Osten und Westen Deutschlands, von der politisch

[20] Im Oktober 1997 äußern 16 % der Ostdeutschen mit Wahlabsicht zur Bundestagswahl, die PDS wählen zu wollen. Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig Oktober 1997, n = 1226 /Auswahl random-route.
[21] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig August 1997, n= 1200 /Auswahl random-route.

gestalteten Lastenverteilung in den vielfältigen Strukturbrüchen. Sieben Jahre nach der deutschen Einheit gefragt, ob die Marktwirtschaft ein gutes Modell ist, sagen 45 % der Ostdeutschen "ja", 50 % aber verneinen die Frage.[22]

Dennoch ist schon heute deutlich: **Ostidentität ist am wenigsten Nostalgie und Abkehr von der gewollten deutschen Vereinigung.** Sie ist nicht gleichzusetzen mit dem Bedürfnis zur Identifizierung mit dem politischen System DDR, wohl aber mit dem Verlangen nach gehabten sozialen Sicherheiten. **Primär zeigt sich in der Entwicklung ostdeutscher Befindlichkeiten wachsendes Selbstbewußtsein,** die Reaktion auf anhaltende und so nicht erwartete wirtschaftlich-soziale Probleme und das Resultat individueller Vergleichsprozesse zwischen dem Leben früher und heute und den Erwartungen an die Zukunft. Sobald jedoch die nachwachsenden Generationen diese Vergleiche nicht mehr ziehen können, werden strukturelle Grundlagen einer ostdeutschen Sonderidentität nicht mehr wirken.

Einstweilen aber scheint der Problemdruck zuzunehmen, wie die Entwicklung der Erwartungen der persönlichen Lebenslage zeigt. In allen ostdeutschen Altersgruppen nimmt eine optimistische Erwartungshaltung ab; Ostdeutsche erwarten weniger positive Veränderungen, häufiger Stabilisierung des Erreichten und zunehmend eine Verschlechterung. Damit sind allerdings auf längere Sicht Grundlagen vorhanden für eine Verfestigung zwiespältiger ostdeutscher Befindlichkeit: die mit der deutschen Einheit verbundenen Gewinne an Lebensqualität zu schätzen, aber zugleich nicht den Schattenseiten einer marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaft ausgesetzt sein zu wollen.

9 Literatur

Berichtsreihe Konsumklimaforschung. Institut für Marktforschung GmbH Leipzig.

Förster, P:/Roski, G.: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Berlin 1990.

Gauck, J.: Noch lange fremd, in: Der Spiegel, 1997, Heft 40, S. 46-51.

Gluchowski, P./Zelle, C.: Demokratisierung in Ostdeutschland. Aspekte der politischen Kultur in der Periode des Systemwechsels, in: Gerlich, P./Plasser, F./Ulram, P. A. (Hg.): Regimewechsel, Demokratisierung und politische Kultur in OstMitteleuropa, Wien/Köln/Graz 1992.

[22] Quelle: Meinungsumfrage IM Leipzig September 1997 im Auftrag von "Super Illu" (n = 1000/Auswahl randomroute).

Koch, Th.: Ostdeutsche Identitätsbildungen in der dualistischen Gesellschaft, in: Berliner Debatte INITIAL, 1997, Heft 3, S. 93-108.

Koch, W.: Jugend '97 in Sachsen. Eine vergleichende Untersuchung zu Orientierungsproblemen junger Menschen, unv. Forschungsbericht des Instituts für Marktforschung GmbH Leipzig im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, 1997.

Koch, W.: Deutsche Wirklichkeit im Ost-West-Vergleich. Ergebnisse einer gesamtdeutschen Befragung, Referat der Tagung anläßlich des 40. Gründungstages des Instituts für Marktforschung Leipzig, 1997.

Köhler, A.: Marschierte der DDR-Bürger mit? Systemidentifikation der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende, in: Gerhardt, U./Mochmann, E. (Hg. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V.): Gesellschaftlicher Umbruch 1945 - 1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse, München 1992.

McFalls, L.: Politische Kulturtheorie und das deutsch-deutsche Mißverständnis, in: Berliner Debatte INITIAL, 1997, Heft 5, S. 20-26.

Neu, V.: Die PDS im deutschen Parteiensystem: Wähler und Sympathisanten, in: Lang, J.P./Moreau, P./Neu, V.: Auferstanden aus Ruinen . . .? Die PDS nach dem Super-Wahljahr 1994, Interne Studien Nr. 111/1995, herausgegeben von der KonradAdenauer-Stiftung e. V., 1995.

Schmidt, U.: Ost-West-Konflikte in der CDU nach der Wende - Probleme der Integration und Identität, in: Berliner Debatte INITIAL, 1997, Heft 4, S. 27-39.

Weichsel, R./Koch, W.: Monatlich im Feld: die "Meinung", in: In Deutschland angekommen. Vom Plan zum Markt, Institut für Marktforschung GmbH Leipzig 19571997.

Winkler, G.: Ostidentität - ein Sichfinden im Gestern und Heute?, in: Sozialreport. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern/ 1. Quartal, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V., 1997.

Günter Nooke

Nation und Identität - 7 Jahre nach dem 3. Oktober 1990[1]

Vorbemerkung

Nation und Identität - was heißt das heute, was heißt das heute für uns Deutsche?

Ich bedanke mich für die Einladung und dafür, Ihnen zu diesem thematisch höchst spannenden Kongreß gleich zu Beginn meine Sicht dazu vortragen zu dürfen. Damit möchte ich auch sagen, daß eine wissenschaftlich umfassende Antwort auf diese Frage von mir nicht erwartet werden soll und wohl nach dem, wie mir das Thema angetragen wurde, auch nicht erwartet wird. Auch ist es ja heutzutage nicht so, daß wissenschaftliche Analysen mehr Einfluß als Kommentare und Kolumnen in den elektronischen und Printmedien, also als "Meinungen" haben.

Wir alle sind Meinungsmacher und Meinungskonsumenten - der oder die eine mehr und der oder die andere weniger. Doch, so hieß es am 3. Oktober 1997

Menschenmenge am Brandenburger Tor in der Nacht vom 9. zum 10. 11. 1989 (Foto: Landesbildstelle Berlin)

---

[1] **Manuskript eines Vortrags,** gehalten am 6. 10. 1997 in Helmstedt auf dem Kongreß "Deutsche Identität im Oktober 1997" der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt.

bei "Deutschlands Fest" in Berlin: Das Land sind wir alle. Und dieses Deutschland ist weniger, was seine wissenschaftlichen Interpreten herausfinden, was die reale Sozialstruktur in der Gesellschaft ausmacht und die ökonomischen Fakten nahelegen, als vielmehr was wir alle darüber meinen und als unsere Meinung oder die anderer weitergeben. Ich bin nicht davon überzeugt, daß das gut ist, mir scheint nur, es ist die Realität, modern gesprochen: die gesellschaftlich konstruierte Wirklichkeit. Das bedeutet, wir kommen nicht daran vorbei.

Trotzdem müssen wir das nicht hinnehmen, wir können das gesellschaftliche Bewußtsein beeinflussen. Produzenten und Konsumenten sind auch auf dem Markt der Meinungen nicht unabhängig voneinander. Angebots- oder Nachfrageorientierung? Auch in der pluralen Gesellschaft sind nicht alle zugelassenen Meinungen gleich richtig oder wahr. Und schon gar nicht begründet die aktuelle Nachfrage, die sich in den zurückliegenden Jahren herausgebildet hat, was ein sinnvolles Angebot ist.

Gleich eingangs bekenne ich, daß ich entgegen der allgemeinen Marktlage mehr mit dem Begriff der Nation als dem der Identität anfangen kann. Im folgenden werde ich versuchen, dieses zu erklären und Ihnen unter fünf Überschriften zum Thema Nation und Identität einige Gedanken zu Ihrem Kongreß anzubieten.

1. Zu den Begriffen
2. Zur Geschichte
3. Zur aktuellen Situation in Deutschland
4. Zur Inhaltsbestimmung Deutsche Identität
5. Zur Ambivalenz und Notwendigkeit der Nation

1 Zu den Begriffen - Was meinen wir mit Nation und Identität?

Nationen sind historische Phänomene, die auf Identifikationsmustern von sozialen Großgruppen beruhen, in denen sich objektive Faktoren wie Sprache, Territorium, Abstammung / Ethnizität, Geschichte, Kultur und Religion und subjektives Bewußtsein verbinden.[2]

Bei der **Herausbildung der Nation** sind zwei Linien erkennbar: die **Bildung von Staaten auf Grund von Herrschaftsansprüchen, die Staatsnation.** Die vorherrschende und notwendige Bindung ist die des einzelnen gegenüber dem Staat. Die zweite Linie ist die der **Bildung der Nation durch Sprache, Kultur und Idee als Kulturnation.** Der Nationenbegriff bekommt hier also

2 Wolfgang-Uwe Friedrich, Nation, in: Lexikon des DDR-Sozialismus: Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Rainer Eppelmann ... (Hg.). Paderborn; München; Wien; Zürich 1996, S. 421.

geschichtliche Tiefe. Er bezieht sich nicht mehr nur auf die Zeitgenossen, die die gleiche Sprache sprechen und der gleichen Kultur angehören, sondern schließt die Kontinuität mit den Vorfahren ein.

Identität wird im Duden[3] als vollkommene Gleichheit, Wesenseinheit, die als "Selbst" erlebte innere Einheit der Person beschrieben. Vermutlich ist dann die nationale Identität, die als nationales "Selbst" erlebte innere Einheit der Nation. Sie merken schon bei der begrifflichen Parallelisierung, warum es auch mit der Identität nicht so einfach ist, wenn sie über den personalen Bezug hinaus angewendet wird.

Auch die **"innere Einheit"** begegnet uns schon hier im Wörterbuch. Darauf ist später zurückzukommen.

Bezüglich der **nationalen Identität** können in der wissenschaftlichen Diskussion wohl im wesentlichen **zwei normative Richtungen** unterschieden werden.[4] Die **erste lehnt nationale Gefühle ab,** da diese aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit amoralisch seien und eine Präposition der Deutschen für die Übertreibung und Pervertierung derartiger Gefühle befürchtet wurde.

Die **zweite Argumentationsrichtung hält kollektive Gefühle für funktional notwendig zur Etablierung und Stabilisierung demokratischer politischer Systeme.** Dabei wird gerade bei modernen Gesellschaften ein hoher Bedarf an kollektiver Identität ausgemacht und auf den international bestehenden positiven Zusammenhang zwischen Nationalbewußtsein und Befürwortung von Demokratie sowie Demokratiezufriedenheit verwiesen. In systemtheoretischen Konzepten wird die affektive, also gefühlsmäßige, politische Bindung an die politische Gemeinschaft - also an den Zusammenschluß von Bürgern in einem Staat -als die längerfristig unverzichtbare Bedingung politischer Stabilität angesehen. Die erste Richtung gehört wohl eher zum Thema Verfassungsstaat oder Staatsnation, die zweite zum Thema Kulturnation.

Wenn wir das eben Gesagte etwas sortieren und übersetzen, so heißt das:

Erstens: Wir kommen am *Begriff der* Nation nicht vorbei, selbst wenn wir nationale Gefühle nicht mögen oder gar ablehnen.

Zweitens: Die Flucht vor der Frage nach der deutschen Nation, der nationalen Frage in die Frage nach der (gemeinsamen) Identität, ist nur semantisch, nicht inhaltlich erfolgreich.

---

[3] Duden, Das große Fremdwörterbuch Mannheim, Leipzig, Wien 1994.
[4] Bettina Westle, Nationale Identität im Umbruch, in: Politische Bildung 2/92, S. 66-80.

Drittens: Es gibt berechtigte, historisch begründete Ängste in Deutschland, was die Verwendung des Begriffs der Nationen angeht, die anderswo nicht unbedingt verstanden werden.

Viertens: Zumindest theoretisch besteht die Notwendigkeit, über demokratische Verfahrensregeln und einen kalten Verfassungs-"Patriotismus" hinaus so etwas wie Bindung anzubieten.

Damit können wir als erstes zusammenfassend festhalten, daß es offensichtlich keinen Sinn hat, auf den Begriff der Nation verzichten zu wollen, um lieber unverfänglich unter der Überschrift der Identitätssuche nach Halt und Bindung in der Gesellschaft zu fahnden und dabei die Hoffnung zu haben, es gäbe diese *identitätsstiftende* Wirkung in einer Weise, die im Grunde *nicht* zum Begriff der Nation, also jenseits von Sprache, Territorium, Abstammung / Ethnizität, Geschichte, Kultur und Religion, gehört. Auch ein demokratischer Verfassungsstaat baut grundsätzlich auf einem Werteverständnis auf, daß er selbst nicht begründen kann.

Nationale Identität im politischen Sinne umfaßt gerade diese primär in Werten begründete, affektive Orientierung gegenüber der politischen Gemeinschaft, d. h. wer diese Wertsetzung *nicht* anerkennt, ist im Grunde auch nicht an die daraus abgeleiteten Inhalte und Verfahrensregeln gebunden. Wer sich allerdings zum Verfassungsstaat, zum Grundgesetz bekennt, ist auch schon mittendrin im Problemfeld von Nation und Identität. Das deutsche Unbehagen mit dem Begriff der Nation ist offensichtlich mit seiner Nähe zu Nationalismus und Nationalsozialismus verbunden. Die nicht unberechtigte Angst vor Mißverständnissen beim Gebrauch des Wortes Nation sollte aber *kein Grund* sein, darauf zu verzichten.

Wir befinden uns offensichtlich auf einer Gratwanderung. Dieser Grat läßt sich auch mit den Begriffen von **Gesellschaft und Gemeinschaft** beschreiben. Christian Graf von Krockow hat diese von Tönnies analysierten Grundformen menschlichen Zusammenlebens sogar als ein leitendes Interpretationsmodell für "Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890-1990" gewählt. Ich möchte nicht Gesellschaft gegen Gemeinschaft ausspielen; und erst recht nicht Gemeinschaft gegen Gesellschaft. Unsere deutsche Geschichte zeigt, wie gefährlich es ist, wenn auf der Ebene der Gesamtgesellschaft und des Staates Auseinandersetzungen verhindert oder als störend empfunden werden und dafür Gemeinschaftsdenken bemüht oder gar verordnet wird. Da wo Menschen *im Wesen verbunden sind,* Wesenseinheit besteht, so die richtige Vermutung, ist politische Führung *und* Irreführung leichter.

Doch kommen wir ohne **"Wir-Gefühl"** aus und ist eine solche rethorische Vereinnahmung immer schon auf dem Weg nationalistischer Führerschaft?

Insgesamt erscheint mir nach diesen Überlegungen der **Begriff der Nation offener** zu sein **als der der Identität.** Die Suche nach einer neuen Identität als Deutsche, nach dem, was uns im vereinten Deutschland zu einer neuen oder alten Wesenseinheit zusammenführt, ist mir unheimlicher als der doch eigentlich unspektakuläre Begriff der Nation, die es schlichtweg gibt, weil wir eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Kultur und Religion haben. Und das alles hat nicht mit dem 3. Oktober 1990 begonnen, sondern viel früher. Wenn wir nicht auf die Ursprünge der griechischen Philosophie und des Christentum zurückgreifen wollen, so doch wenigstens auf die Tacitus-Überlieferung von den Germanen. Und die ist auch etwa 1900 Jahre alt.

2 Zur Geschichte - Gemeinsame Vergangenheit und zum Gebrauch der Nation in der DDR

Um die Situation heute besser zu verstehen, ist mir zuerst ein Bezug auf die Vergangenheit und auf die Teilung Deutschlands in zwei Staaten wichtig. Wir reden heute über die "ersten" sieben Jahre im vereinten Deutschland und wissen doch, es sind nur die ersten sieben nach einer selbstverschuldeten Teilung im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vor über 50 Jahren. Während der Zeit der Trennung sind wir sehr verschiedene Wege gegangen. Die einen - im Westen - zu Beginn fast, am Ende in gänzlich freier Selbstbestimmung. Die anderen - im Osten, im alten Mitteldeutschland -von Beginn an gezwungenermaßen und aus verschiedenen Gründen heraus mit mehr und oft auch viel weniger Widerwillen, als wir dachten.

Aber zusammen gehörten wir deshalb trotzdem. Die Geschichte der alten Bundesrepublik kann ohne die deutschlandpolitischen Debatten, die Stabilisierungs- und Destabilisierungsversuche der DDR nicht verstanden werden. Was in der DDR geschah oder nicht geschah war immer auch eine Angelegenheit der Bundesrepublik alt; gleichgültig, ob es dem einen oder anderen paßte oder nicht. Die DDR gehörte zur Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland schon vor dem 9. November 1989 oder dem 3. Oktober 1990. Für die DDR gilt ähnliches. Ich erinnere nur an die Handelsvergünstigungen, die der DDR über die Bundesrepublik eingeräumt wurden. Für unzählige DDR-Bürger war das abendliche Fernsehprogramm von ARD und ZDF von einer heute kaum noch vorstellbaren Autorität. Wir ließen uns doch via Westmedien informieren und interpretieren, was im eigenen Lande vor sich ging. Diese westliche Öffentlichkeit war gegen Ende des SED-Regimes oft der einzige verläßliche Schutz für Oppositionelle. Wir waren dankbar, daß diese Möglichkeit bestand, und sei es nur anders als in Polen oder der Tschechoslowakei - auf Grund der gemeinsamen Sprache.

Zwei Rentnerinnen passieren den Grenzübergang Sonnenallee in Neukölln, Berlin 1979 (Foto: Ullstein Bilderdienst, Berlin)

Ich möchte nicht behaupten, tausende Westpakete hätten den nationalen Zusammenhalt der Deutschen ermöglicht. Und dennoch sage ich bei Reden zur Deutschen Einheit immer wieder gern danke bei denen, die Pakete geschickt haben oder selbst in den Osten gekommen sind, um Freunde und Bekannte zu besuchen. Diese persönlichen Kontakte waren für uns im Osten von ungemeiner Wichtigkeit.

Ich erinnere auch daran, daß bundesdeutsche Politiker und Menschen, die sie wählten, dafür sorgten, daß durch die Nichtanerkennung der DDR eine auch international und völkerrechtlich unproblematischere Möglichkeit der Vereinigung der Deutschen aufrecht erhalten wurde. Nicht unwichtig für die Aufrechterhaltung der Möglichkeit der Wiedervereinigung war die Westintegration der Bundesrepublik, die eindeutige Einbindung in das westliche Wertesystem. Doch statt über die Deutschland- und Ostpolitik der alten Bundesrepublik zu sprechen, möchte ich - auch angesicht der Zusammensetzung der Kongreßteilnehmer - einige historische Bezüge aus der DDR aufzeigen.

Wenn wir uns z. B. die vom SED-Staat gewählte Begrifflichkeit ansehen, erkennen wir sofort, daß hier das Wort Nation in den ersten Jahren fast inflationär gebraucht wurde und zum größeren Teil, wenn auch oft unbewußt, bis 1989 erhalten blieb: Deutsche Nation, Nationale Front, Nationale Volksarmee, Nationaler Verteidigungsrat, Nationale Mahn- und Gedenkstätten, sogar eine Nationaldemokratische Partei, NDPD, gab es bis 1990, es gab den Nationalpreis und Nationalkultur. Im Bewußtsein der Deutschen - und hier vielleicht gerade der Deutschen im Osten - existierte auch nach der Gründung zweier deutscher Staaten 1949 die deutsche Nation fort. Die Deutschlandpolitik der SED verfolgte anfangs das Ziel, die sozialistische Ordnung auf deutschem Boden zu festigen und nach Möglichkeit auszubauen.
Drei Phasen lassen sich in der **Haltung der *SED* zur deutschen Frage** unterscheiden:[5]

Erstens: Zwischen 1945 und 1953/55 vertrat die SED die Position von einer deutschen Nation in einem deutschen Staat.

Zweitens: Danach bis etwa 1969/71 herrschte die These von den zwei deutschen Staaten einer deutschen Nation vor.

Drittens: Ab 1969/71 bis zum Zusammenbruch der DDR vertrat die SED im wesentlichen das Konzept der zwei deutschen Nationen in zwei getrennten Staaten als Teil ihrer Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik.

In den Verfassungstexten kann diese Entwicklung nachverfolgt werden. In der **ersten Verfassung** hieß es noch "Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik.... Es gibt nur eine Staatsangehörigkeit." (Art.1) - Stalin gratulierte damals, 1949: "Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!" Und die **Hymne** dieses Staates beschwor "Deutschland einig Vaterland". Für die SED war die deutsche Frage eine Systemfrage, bei der es um Kapitalismus oder Sozialismus ging, eine nationale Frage, bei der es um die Einheit ging und nicht zuletzt eine Frage der geopolitischen Interessen der Sowjetunion. In der Folgezeit trat im Kampf um die Existenz des sozialistischen Systems die nationale Einheit zurück. Erst nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 gab Ulbricht die bis dahin behauptete Identität der DDR mit dem gesamtdeutschen Staat, d. h. den ostdeutschen Alleinvertretungsanspruch auf. Mit dem Gesetz über die Staatsangehörigkeit der DDR vom 20. Februar 1967 wurde das Volk der DDR "geboren". Die **neue Verfassung von 1968** stellte im Artikel 1 fest: "Die DDR ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation." **Ulbricht** sprach **1970** auch vom "Volk der Bundesrepublik" und kritisierte Vorstellungen von der Einheit der Nation. Doch die Bevölkerung im Osten ging da nicht mit.

[5] Wolfgang-Uwe Friedrich , a.a.

Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph vor dem Erfurter Hauptbahnhof am 19. März 1970 (Foto: Ullstein Bilderdienst Berlin)

Bei den Treffen von *Bundeskanzler Willy* Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph 1970 in Erfurt und Kassel zeigte sich, wie sehr man als eine Nation fühlte. Das war der SED-Führung natürlich ein Dorn im Auge. Der richtige Bruch kam dann mit Honecker. "Innerdeutsche Beziehungen- wurden abgelehnt, "Die BRD ist ... Ausland und mehr noch: imperialistisches Ausland." Der SED ging es um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik. Im Innern wurde die *sozialistische* Nation *propagiert.* Und *die* Begriffe *deutsch und* Deutschland wurden seit Beginn der 70er Jahre zunehmend vermieden. Die Nationalhymne wurde nicht mehr gesungen (bis Modrow im Februar 1990 die Zustimmung zur Wiedervereinigung der SED-PDS mit eben dieser Formel von "Deutschland einig Vaterland" einläutete). Der Deutschlandsender wurde in Stimme der DDR umgenannt und die Verfassung wurde nochmals geändert und alle Bezüge auf die deutsche Nation wurden gestrichen. Hieß es in der alten **DDR-Verfassung von 1949** in der **Präambel** noch: "Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen" so präsentiert sich in der **Fassung von 1974** dagegen nur noch ein weitgehend ge-

schichtsloser "sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern"[6], der die "revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse" "gestützt auf die Befreiung vom Faschismus"[7] fortsetzt. Dafür bekam die **untrennbare Verbindung zur Sowjetunion Verfassungsrang.**

Für die SED war Helsinki 1975 eine definitive Friedensregelung in Europa. Wiedervereinigung kam nicht mehr vor.

Aber so leicht war es auch für die SED nicht, das Volk zusammenzuhalten, und deshalb bemühte sie sich um die Entwicklung einer sozialistischen Nationalkultur, um die sogenannte sozialistische Lebensweise und um ein sozialistisches Nationalbewußtsein, das sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus verbinden sollte.

Auch die politische Führung der DDR mußte Zugeständnisse machen. Hatte man noch in frühen Jahren mit der FDJ-Aktion Ochsenkopp versucht, die Fernsehantennen der Westgucker zurück nach Osten zu drehen, so wurde in den 80er Jahren auch Dresden, das sogenannte Tal der Ahnungslosen, mit ARD und ZDF - und in meiner Erinnerung auch RTL - verkabelt. Damit konnte auch der letzte Teil des Osten allabendlich ausreisen und Zaungast im Westen sein. Zur internen Stabilisierung kam die SED nicht umhin, die Einheit der Nation selbst zu befördern.

Wie die Geschichte ausging ist bekannt. Nicht der Sozialismus klopfte, wie Honecker 1981 vermutete, an die Tür der Bundesrepublik, sondern der Kapitalismus 1989 an die der DDR - und zwar von innen.

Aber da ist nicht nur die jüngste deutsche Geschichte! Wir, Ostdeutsche wie Westdeutsche, leben mit der Hypothek zweier deutscher Diktaturen in diesem Jahrhundert.

Die DDR war nicht der antifaschistische Saubermann und damit jeglicher Verantwortung für den Holocaust und den zweiten Weltkrieg enthoben. Der Antifaschismus in der DDR war ein ideologisches Vehikel und wurde zur Legitimation des Systems gebraucht. Er hatte nach 1945 die Funktion des Gegenbegriffs zum Antikommunismus. In der Sache ist durch diese Kollektivabsolution weit weniger an Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und an Aufarbeitung geschehen als in dem Staat, der sich als Nachfolger des Deutschen Reiches verstand. Die SED-Ideologen wähnten sich offensichtlich als unabhängig von der Geschichte ihres eigenen Volkes. Die Entwicklung nach dem Zusammenbruch der DDR hat gezeigt, daß weder der eigenen

[6] Ebenda. Art. 1, Satz 1.
[7] Ebenda. Präambel, Satz 1.

Geschichte noch der Verantwortung für den Nationalsozialismus zu entkommen ist und uns die unaufgearbeiteten Fragen und Taten einholen.

Und auch in der alten Bundesrepublik war die Stasi, das Unterdrückungs- und Bespitzelungssystem der DDR, sehr aktiv. Vom Staatssicherheitsdienst waren im Osten 4 Millionen Menschen registriert, aber im Westen waren es immerhin auch noch 2 Millionen, davon 20 000 Inoffizielle Mitarbeiter. Wäre dem, wie es ja diskutiert wurde, ebenso wie in Ostdeutschland nachgegangen worden, so wäre auch dieses schmerzliche Kapitel des Versuchs der Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur im öffentlichen Bewußtsein der Westdeutschen kein Thema der Ostdeutschen geblieben.

Diesen historischen Exkurs abschließend möchte ich noch drei Episoden weitergeben.

1978 feierten die Agitpropfunktionäre der *SED* den Weltraumflug des "Fliegerkosmonauten" Sigmund Jähn als einen Sieg der DDR über die BRD, und das Neue Deutschland titelt: "Erster *Deutscher* im All". Und das *obwohl* Honecker die Worte deutsch und Deutschland, wie ich dargestellt hatte, aus dem öffentlichen Bewußtsein verbannt hatte. Zur gleichen Zeit zählen die *westlichen* Sportkommentatoren die Medaillen der DDR *nicht* zu den deutschen Siegen.

Es war ziemlich genau vor zehn Jahren, als ich noch in meiner Geburtsstadt, in Forst (Lausitz) an der polnischen Grenze, wohnte. Eine Freundin aus Nordrhein-Westfalen meinte nach einer netten Besuchswoche, daß sie nun wieder zurück nach Deutschland fahren müsse. Ich berichtigte sie damals, wir seien hier auch in Deutschland, denn Deutschland reiche für mich bis zu Oder und Neiße, allerdings auch nicht weiter.

Und es war auf dem Leipziger "Kirchentag von unten" am 8. Juli 1989, als ich unter der Überschrift "Europäische Hausversammlung" eine der interessantesten politischen Diskussionen meines Lebens erlebte. Es ist **Erhard Eppler** hoch anzurechnen, daß er sich damals zu den Oppositionellen auf diesen sogenannten "stattKirchentag" und nicht nur zu den offiziellen Veranstaltungen in der Thomas- oder Nikolaikirche begab. Doch sein Einstiegsstatement war ernüchternd: "Die Mauer gehört zur Statik des europäischen Hauses." Das war genau die **Honecker-Formulierung** aus dem Zeit-Interview von **1986:** "Heute ist die Existenz von zwei deutschen Staaten ein wesentliches Element der Stabilität in Europa und des internationalen Kräftegleichgewichts. Wer daran rüttelt, gefährdet den Frieden." Als nach zwei Stunden auch die Versammelten in der übervollen Lucas-Kirche mitdiskutierten, stellte einer die Frage, was eigentlich passieren würde, wenn die Leute in der DDR einfach demokratisch entschieden, daß sie diese DDR gar nicht wollen. Eppler blieb

wie die anderen die Antwort schuldig. So schwierig kann das mit der Demokratie sein. Eppler sagte am Ende, er habe noch nie eine so spannende Diskussion erlebt und so viel gelernt.

Ich fasse diesen zweiten Durchgang **zusammen:**

Erstens: In den Zeiten der Trennung hat der Westen vielleicht mehr für die materiellen und rechtlichen Möglichkeiten der Wiedervereinigung gesorgt, während es zumindest Teilen der ostdeutschen Bevölkerung - trotz SED-Propaganda - scheinbar leichter, auf jeden Fall aber wichtiger war, die geistigen Voraussetzungen, das Bewußtsein, als Nation zusammenzugehören, aufrechtzuerhalten.

Zweitens: Auch die SED-Politik, die die deutsche Nation bekämpfte und aus dem Bewußtsein der ostdeutschen Bevölkerung streichen wollte, hat dieses Ziel trotz des zur Verfügung stehenden Instrumentariums einer Diktatur nicht erreicht.

Die Wurzeln der Nation sind wohl tiefer, als daß sie ein paar dutzend Jahre Politik *dagegen* ausrotten könnten.

Dieses historische Beispiel sollte auch heute als Warnung verstanden werden vor einer Politik, die meint, Deutschland könne oder müsse vor sich selbst nach Europa oder in den Euro flüchten. Seien Sie ehrlich, haben Sie nicht unterschwellig auch schon gedacht, wenn wir die deutsche Nation in Europa auflösen, dann wären wir sie endlich los? Ich bin der Meinung, es ist gut, daß so etwas nicht funktioniert.

3 Zur aktuellen Situation in Deutschland - Sieben Jahre nach der Wiedervereinigung

Hierzu erscheinen alljährlich zahlreiche gute und weniger gute Artikel. Meine fragmentarische Auflistung soll lediglich Schlaglichter und -Schatten setzen.

Berlin: Nachdem im Prozeß der Wiedervereinigung beide Seiten die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellten, ist die Zeit danach eher dadurch bestimmt gewesen, daß verstärkt die Unterschiede und auch Trennendes wahrgenommen wurden. Vielfach folgte der freudigen Umarmung von Berlinerinnen und Berlinern aus Ost und West am Brandenburger Tor der Rückzug in den eigenen Kiez, ohne daß man sich je wiedergesehen hätte. Wo Ost- und Westdeutsche die Gelegenheit hatten oder gezwungen waren, zusammenzuarbeiten, sind nicht nur positive Erfahrungen gemacht worden, sondern auch negative - und zwar auf beiden Seiten positive und negative Erfahrungen mit dem anderen.

Ostberliner werden nach Öffnung der Mauer in der Nacht vom 9. zum 10. 11. 1989 von Westberlinern in Berlin-Wedding willkommen geheißen
(Foto: Landesbildstelle Berlin)

Dabei ist entgegengebrachtes Vertrauen auch enttäuscht worden. Kompetenz wurde vorgetäuscht zur Erlangung lukrativer Posten. Viele Ostdeutsche mußten feststellen, daß die von "drüben" auch nur mit Wasser kochen und oft nur Althergebrachtes neu verpackten. Für Menschen aus der alten Bundesrepublik und insbesondere viele Westberliner war es enttäuschend mitzuerleben, wie schnell und wie sehr sich Menschen aus dem Osten den scheinbaren Zwängen der neuen Gesellschaft ergaben. Nicht selten agierten sie skrupelloser als ihre Kollegen im Westen, übervorteilten andere und dachten nur an das eigene Fortkommen. Manchmal gaben auch die schnellen Ostkarrieren Anlaß zu Mißgunst und Neid.

Schon heute liegen die Haushaltseinkommen in mehreren Ostberliner Stadtbezirken über denen westlicher, insbesondere deshalb, weil in der DDR üblicherweise Männer wie Frauen gleichermaßen berufstätig waren und auch heute zwei Einkommen beziehen. In nicht wenigen Fällen ist das für die Frauen nur noch das Arbeitslosengeld. Aber gerade die Rentner können nicht seiten, jeweils also Frau und Mann, 40 oder 45 Berufsjahre vorweisen, so daß gerade in dieser Gruppe die Haushaltseinkommen recht hoch sind. M. E. voll zu recht, denn wenn es den Älteren schon verwehrt war, am westlichen Wirtschaftswunder und an der Vermögensbildung im Westen teilzuhaben, sollten sie wenigsten einen gesicherten Lebensabend genießen können.

Trotzdem wurden und werden Diskussionen über Sinn und Unsinn von Sozialismus und Rechtsstaat geführt und Meinungen geäußert, von denen viele zu recht meinten, sie hätten sich erledigt. Billige Klischees, Peinlichkeiten und falsch verstandene Freundlichkeiten, denen jeder im täglichen Leben begegnete, haben dazu gedient, diesen Rückzug in den eigenen Kiez auch als Rückkehr in die alte vertraut-nostalgische Ecke Ost oder West zu rechtfertigen. Manches Gespräch zwischen Menschen aus Ost und West gründet noch immer auf angelernten Vorurteilen statt auf sieben gemeinsamen Jahren Erfahrung im vereinigten Deutschland. Nachdem die Ostdeutschen viel von den Westdeutschen lernen konnten und mußten, gibt es bei Ostdeutschen mitunter das Gefühl, jetzt seien auch mal die anderen dran. Das geflügelte Wort von dem "Es war ja nicht alles schlecht!" macht die Runde.

Meine beiden größeren Töchter, 13 und 15 Jahre alt, gehen auf ein Westberliner Gymnasium. Ungefähr ein Drittel der Schüler kommen aus dem ehemaligen Ostteil der Stadt. Sie sagen, sie verstehen das Reden über Ost- und Westdeutsche und die Unterschiede zwischen ihnen *überhaupt nicht*

Demoskopie: Da ist die Freude über die staatliche Einheit Deutschlands. Wir alle konnten aus neuesten Umfragen erfahren, im Westen zeigen sich 86 % und im Osten sogar 93 % froh über die Wiedervereinigung. 81 % der ostdeutschen Bürger heben das neue, freiere Lebensgefühl hervor. Aber es gibt auch Spannungen. Jeder zweite geht *davon* aus - übrigens in bestem Politikerdeutsch verfaßt - daß sich das Zusammenwachsen des Landes negativ entwickelt. Trotzdem sehen sich 58 % der Ostdeutschen als Gewinner der deutschen Einheit, 19 % als Verlierer. Verständnisprobleme haben allgemein zugenommen. Aber bezogen auf die allgemeine Lebenszufriedenheit erfolgte eine weitere Annäherung. Im Grunde könnten wir damit zufrieden sein, zumindest kann angesichts dieser Zahlen keiner behaupten, die Deutsche Einheit sei gescheitert.

Die materielle Seite: Die Deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte. Es gibt sie wirklich, die blühenden Landschaften von denen Bundeskanzler Helmut Kohl gesprochen hat. Z. B. buchstäblich in dem Bereich, in dem ich tätig bin, bei der Sanierung und Rekultivierung der vom Braunkohlenbergbau zerstörten Gebiete in der Lausitz und in Mitteldeutschland. Jede Grundsteinlegung eines neuen Gebäudes, jede Einweihung eines restaurierten Baudenkmals, jede reparierte Brücke, jeder rekonstruierte Bahnhof und jeder Kilometer Autobahn macht schlagartig klar - ohne Wiedervereinigung wäre das alles nicht passiert. Ja noch viel schlimmer: Altstädte wären weiter abgerissen worden, deutsches Kulturgut unwiederbringlich verfallen und verfault und die Sicherheit von Brücken, Straßen und Schienen weiter gesunken, weil das Geld selbst für die allernotwendigsten Reparaturen in der DDR nicht reichte. Der Zusammenbruch der DDR war auch aus materieller Sicht - trotz der mit der Währungsunion am

Adtranz Hennigsdorf, Große Montagehalle
(Foto: Medienpädagogisches Zentrum Land Brandenburg)

1. Juli 1990 einhergehenden Entwertung des Produktivvermögens in den Betrieben - ein großer Erfolg.

Die Sicht auf Deutschland von außen: Sie ist bei weitem positiver als die Stimmung im Innern. Schon im vergangenen Jahr zum Tag der Deutschen Einheit erschien das internationale **TIME-Magazine** mit dem Aufmacher: Die Berliner Republik kommt. In der Unterzeile heißt es: "Ein starkes neues Deutschland, das aus der Vergangenheit gelernt und neue Herausforderungen vor sich hat, bereitet sich auf den Umzug nach Berlin vor, jene Stadt, die Europas führende Metropole im 21. Jahrhundert werden könnte.“[8] Diese Woche stand auf dem Titelblatt[9]: Deutschland auf der Überholspur (Germany in the Fast Lane). Time berichtet der Weit über die boomende Automobilindustrie in Deutschland.

Die deutsche Stimmung: Während uns das Ausland beneidet, klagen wir Deutschen. Ich verzichte auf Beispiele. Wie das Klagen konkret aussieht wissen Sie. Die letzte Variante des Klagens erschien gerade in der "Woche", jenem Blatt, für das auch Politiker werben. Thomas Roethe, Sozialwissenschaftler in Hannover, klagt unter der Überschrift "Schamlose Plünderer" über die faulen Ostdeutschen)"

[8] TI ME vom 30. 9. 1996, S. 78.
[9] TIME vom 6. 10.1997.

Mich interessiert die Frage: Gehört es etwa zu unserem deutschen Nationalgefühl, daß alle Freude unter dem Verdacht nationalistischen Überschwangs im Sinne kollektiver Selbstzensur unterdrückt wird? Oder halten nur unsere Lehrer und Erzieher, Meinungs- und Medienmacher es für nötig, die Deutschen an der kurzen Leine zu führen. Das wäre für alle nur ein Ausdruck der Unreife.

Zwei Erlebnisse der letzten Tage: Die erste Geschichte - persönlich erlebt am 3. Oktober 1997 in Berlin ganz in der Nähe vom S-Bahnhof Alexanderplatz - ist erfrischend normal. Eine ältere Ostberlinerin wird offensichtlich von einem der vielen Teilnehmer an "Deutschlands Fest" und dem Umzug gefragt, ob hier Osten sei. Und sie fragt ihren Mann, ein ehemaliger Funktionärstyp, zurück: "Hätte ich jetzt sagen müssen, hier ist Mitte, hier ist doch nicht mehr Osten?"

Diese Geschichte lehrt dreierlei: Westdeutsche haben noch Mühe mit der Geographie in der Bundeshauptstadt, selbst wenn sie unterm Fernsehturm stehen. Die Teilung der Stadt in Ost- und Westteil ist nicht mehr selbstverständlich. Auch die Frauen im Osten waren nicht so emanzipiert, wie oft behauptet wird, zumindest erfolgte hier eine Rückversicherung beim Ehemann.

Die zweite Geschichte betrifft eine Diskussion mit jungen Journalistik-Stipendiaten aus ganz Deutschland. Auf die fragende Aufforderung der Ostberliner Psychologin Anette Simon, Tochter von Christa Wolf, wir bräuchten so etwas wie eine neue gemeinsame Identität, wurde ca. eineinhalb Stunden recht vergeblich nach einer Antwort gesucht. Immer wieder wurde das Problem thematisiert, daß eben die einen die Sieger der Geschichte wären, das westliche System hätte sich schließlich als das bessere erwiesen, und die anderen sich als Verlierer fühlen würden. Da sagte ich provozierend zu dem mir gegenüber sitzenden jungen Mann aus Westdeutschland und, in die ganze Runde: ich behaupte, ich bin der Sieger der Geschichte und Sie waren nur Zuschauer.

Was hat das alles mit Nation und Identität zu tun?

4 Zur Inhaltsbestimmung Deutsche Identität - Innere Einheit als neue nationale Identität?

Ich halte die eben dargestellten Befunde, einschließlich des Frustes der Westdeutschen über die Ostdeutschen, für normal. Deshalb beunruhigt mich

---

Die Woche vom 3. Oktober 1997, S. 34.

etwas die zu starke Betonung der inneren Einheit Deutschlands. Sind wir hier auf der Suche nach der Wesenseinheit der Deutschen? **Es gab und gibt** übrigens auch ***keine* DDR-Identität***,* auch hier muß differenziert werden. Die PDS koppelt nur mental an das ostdeutsche Bewußtsein an, nicht an ein mehrheitliches politisches Wollen.

Zwei Antworten sind m. E. auf die Frage nach der inneren Einheit möglich.

Die eine heißt schlicht, **sie existiert *nicht*** aber sie ist auch *nicht so wichtig.* Falsches Harmoniestreben ist problematischer als eine gute Streitkultur und im Prinzip auch verbleibende Unterschiede. Damit wird der Begriff der inneren Einheit allerdings aufgegeben.

Hans-Joachim Veen[11] schlägt unter der Überschrift "Innere Einheit - aber wo liegt sie?" einen **anderen** Weg vor, der aber von der gleichen Sorge und dem gleichen Anliegen geleitet ist. Er rettet den Begriff innere Einheit, reduziert ihn aber auf einen abgrenzbaren Grundkonsens. Um die innere Einheit nicht durch zahllose und problematische Ansprüche und Wünsche unerreichbar werden zu lassen, wagt Veen die Aufstellung eines Kriterienkatalogs der inneren Einheit. Auch er will einem antipluralistischen Gemeinschaftsmythos und der Aufstellung verfehlter Maßstäbe von Einheitlichkeit entgegenwirken. Er sagt, das Ziel der inneren Einheit solle den Legitimitätsgrundlagen des Verfassungsstaats verpflichtet bleiben. **Statt verfassungs*rechtlicher* Vereinigung bedeutet innere Einheit dann die *Zustimmung der Bürger* zu den gemeinsamen Grundlagen der staatlichen Ordnung.**

Mehr als der Grundkonsens des Grundgesetzes darf nicht eingefordert werden; nur was für den nationalstaatlichen Rahmen unabdingbar ist. Der Grundkonsens, nach dem Bundesverfassungsgericht das "weitgehende Einverständnis der Bürger mit der vom Grundgesetz geschaffenen Staatsordnung", aber keineswegs notwendig aller Bürger, enthält grundlegende Verfahrensregeln und materielle Festlegungen. Dazu gehören Mehrheitsprinzip, freie Wahlen, politische Ämterperiodizität, freie Konkurrenz und Chancengleichheit der Parteien, Interessenpluralismus, Gewaltfreiheit bzw. Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Auf der inhaltlichen Seite sind es die Grund- und Menschenrechte, der demokratische und soziale Bundesstaat als Staatsstruktur, Gewaltenteilung incl. Bundesverfassungsgericht. Zum Grundkonsens hinzu kommen nach Veen noch die zwei wesentlichen Elemente der alten Bundesrepublik: die soziale Marktwirtschaft und die Integration der Bundesrepublik in EU und NATO. Als die zwei letzten Kriterien fügt er noch den Willen zur nationalen Einheit und eine Grundsympathie füreinander aufgrund historischen und

[11] Hans-Joachim Veen, Innere Einheit - aber wo liegt sie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40-41/97 S. 19-28.

kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls hinzu. Für all diese Kriterien gibt es übergroße, immer aber mehrheitliche Zustimmung in Ost und West. Da sie erfüllt sind, ist der **einfache Schluß: die innere Einheit existiert, wir leben bereits im Zustand innerer Einheit.**

ich bin auch der Meinung, mehr Einheit braucht die Demokratie und die offene Gesellschaft nicht. Wir sollten m. E. damit auch bei der Suche nach der Deutschen Identität innehalten.

Ich bleibe also beim eingangs Gesagten, **die innere Einheit ist nicht die anzustrebende neue nationale Identität, Wesenseinheit, sondern sie enthält zwei wesentliche Bezüge zum Begriff der Nation: Identifikation mit dem vereinten Deutschland, also dem nachhaltigen Willen zur nationalen Einheit und eine gewisse Grundsympathie füreinander.**

Im übrigen bin ich der Überzeugung - ohne das jetzt auszuführen: Zur wirklichen Einheit, wenn Sie so wollen zu noch mehr Zustimmung zu Veens-Kriterienkatalog, kommen wir nur über gemeinsame Aufgaben. Wenn wir beim Begriff nationaler Identität bleiben, also nur über nationale Aufgaben. Gerade solche gemeinsamen Aufgaben konstituieren auch Nationen immer wieder neu.

Aber wie ist das mit der Nation, was kann, was soll sie leisten?

5 Zur Ambivalenz und Notwendigkeit der Nation - Eine Erklärung als Plädoyer

Zuerst ein Erklärungsversuch, warum trotz unserer deutschen Geschichte, trotz nationaler Verbrechen, die Öffnung nach vorn möglich und gegeben ist. ich wende mich hier gegen ein lineares Geschichtsverständnis: Aus einer bestimmten Vergangenheit folgt eine entsprechende Gegenwart und in gewissem Sinne vorherbestimmte Zukunft. Zukunft, Geschichte aber ist immer offen.

Warum tun wir uns so schwer, von Deutschland als Nation und auch von nationalen Interessen zu sprechen? Ich halte diese spezielle deutsche Selbstblockade für nicht normal, trotz unserer Geschichte. Warum?

Es geht mir primär um die Diskussion um den Nationalsozialismus und die Judenvernichtung. Dieser schrecklichste Teil deutscher Geschichte ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland und in Reden über Deutschland präsent, und muß es auch bleiben. Auch ich will das nicht aussparen. Mich beschäftigt seit längerem die These: Wir sind nicht frei und bereit, unsere Verantwortung als Deutschland in Europa und in der Welt wahr-

zunehmen, weil wir immer noch nicht im reinen mit unserer Geschichte sind. Wir wagen es nicht, einschließlich eines unzweideutigen Schuldeingeständnisses, uns zum Massenmord an den Juden und zu den schrecklichen Verbrechen im Nationalsozialismus zu bekennen, weil wir meinen, daß wir dann vor Scham im Boden versinken müßten. Ich möchte behaupten, genau das Gegenteil ist der Fall. **Gerade wenn wir uns zur ganzen deutschen Geschichte bekennen, auch zu deren schlimmsten Kapiteln, erhalten wir die Freiheit, uns selbst und gegenüber unseren europäischen Nachbarn und Verbündeten die verantwortliche Rolle wahrzunehmen, die sie von uns erwarten und die Deutschland schon auf Grund seiner Größe und seiner geographischen Lage zukommt.**

Diese eben beschriebene Mauer in unseren Köpfen - das ist keine die Ost und West trennt -, die wir aufgebaut haben, um uns vor unserer eigenen Vergangenheit als Deutsche zu schützen, trennt uns von der Übernahme unserer Verantwortung für die Zukunft. Im schlimmsten Fall treibt sie uns unbewußt in eine neue Katastrophe.

Der umgekehrte Fall ist allerdings noch häufiger. Die Mauer im Kopf dient nicht dazu, sich vor der Vergangenheit zu schützen, sondern die Vergangenheit wird benutzt, um sich vor der Zukunft zu schützen. Nicht nur die Antwort auf Fragen der Zukunft, sondern sogar die Frage nach Deutschland als Nation ist für viele durch die Verbrechen des Nationalsozialismus tabuisiert. Es ist m. E. aber gerade nicht so, wie einige Intellektuelle behaupteten, daß Deutschland schon allein durch die NS-Verbrechen das Recht auf einen Nationalstaat verspielt hat. **Günter Grass** sagte noch 1989 in Berlin auf dem SPD-Parteitag: "Die Wortblase ‚Wiedervereinigung' platzte, weil niemand, der bei Verstand und geschlagen mit Gedächtnis ist, zulassen kann, daß es abermals zu einer Machtballung in der Mitte Europas kommt." Abgesehen davon, daß Grass hier der Mehrheit der Ostdeutschen Verstand und Gedächtnis abspricht, kommt hier Angst vor der Macht zum Ausdruck. Da Deutschland, ob wir es wollen oder nicht, schon ökonomisch und währungspolitisch eine erhebliche Macht darstellt, heißt der Satz von Grass nichts anderes, als daß wir Deutsche *Angst vor uns selber* haben. Wir trauen uns nicht zu, mit der gewachsenen Macht auch verantwortlich umzugehen. Lieber kasteien wir uns selbst. Für viele wirkt das lächerlich, unglaubwürdig, oder, ich sagte es schon an anderer Stelle, zumindest unreif.

Die hier beschriebene Mauer wird nicht zwischen der Vergangenheit und uns, sondern zwischen uns und der Zukunft gezogen. Sie trennt uns von der Zukunft, gerade weil wir um die Verantwortung für die deutsche Geschichte wissen und uns zu ihr bekennen.

Ich hatte zuvor behauptet, genau das könnte uns befreien - und ich bleibe auch dabei. Weder brauchen wir Mauern, die uns von den Schrecken der

Potsdamer Platz (Foto: Peter Hoffmann)

Vergangenheit trennen, noch solche, die uns von den Herausforderungen und Aufgaben der Zukunft abhalten. Es mag immer Motive für Blockaden geben, auch für Abgrenzungen in unseren Köpfen. Ich wage aber zu behaupten, all die Verbote, über solche Mauern hinauszudenken, sind genauso unnatürlich und schädlich, wie Mauer und Stacheldraht, die Deutschland trennten.

Freiheit ist anstrengend. Wer die Freiheit der Entscheidung hat, ist auch verantwortlich für seine Entscheidungen. Ich habe den Eindruck, wir Deutschen drücken uns immer noch vor dieser Verantwortung und haben unsichtbare Mauern in den Köpfen, die wir mit edlen Motiven begründen, ohne den Anachronismus und die Künstlichkeit dieser Abtrennung zu erkennen.

Dies zur Ambivalenz, wenn wir von Nation sprechen. Wenn wir aus gutem Grund auf eine überdimensionierte nationale Identität oder deutsche Identität verzichten wollen, den **Begriff der Nation,** auch der deutschen, gilt es zu retten und mit **positivem Inhalt zu** belegen.

Der **eine Grund ist unspektakulär** und wurde schon genannt: **Wir existieren als Nation,** es gibt sie, die deutsche Nation, in den Geschichtsbüchern, mehrheitlich in den Umfragen bei uns und erst recht überall im Ausland.

Der **zweite Grund** - und damit komme ich zum Schluß - ist etwas komplizierter. Wir haben immer das ungute Gefühl, sobald wir von Nation sprechen, holen wir uns diesen antipluralistischen Gemeinschaftsmythos, das deutsche Wesen, an dem die Welt genesen soll, ins Boot, sprich in die Gesellschaft. Dieses Risiko ist nicht zu leugnen, aber unvermeidbar. Noch **auf unabsehbare Zeit wird sich Deutschland als Nation verstehen.** Das ist sogar notwendig zur Stabilisierung des demokratischen politischen Systems.

Hierbei argumentiere ich ganz auf der eingangs dargelegten zweiten Linie, die nach den Grundlagen und dauerhaften Bindungen außerhalb des Verfassungsstaates fragt. Es geht hier **nicht mehr um die Staatsnation, sondern um die Kulturnation.** Beides muß sich ergänzen.

Ich bin von Haus aus Physiker und halte die Kopenhagener Interpretation der Quantenphysik für richtig. Darin spricht man von Komplementarität bezogen auf das Verständnis von Wellen- und Teilchenbild der Materie und meint damit noch weit mehr als "sich ergänzen". Nämlich sich einander bedingen und ausschließen, nur jeweils einen Teil der Wirklichkeit abbildend, und wenn wir uns auf eins ganz einlassen, geht das andere ganz verloren und wir können einige der Phänomene nicht mehr erklären.

So ist es wohl auch mit der Staatsnation und der Kulturnation. Während die eine die Gesellschaft konstituiert und den einzelnen an den Staat bindet, bildet die andere die Gemeinschaft, die die Individuen untereinander und mit ihrer gemeinsamen Geschichte - der guten wie der schrecklichen - verbindet. Es bleibt diese Gratwanderung. Ganz eins sollten wir nicht werden wollen! Keine neue Volksgemeinschaft und auch nicht Ulbrichts "sozialistische Menschengemeinschaft", vielleicht nicht einmal eine Solidargemeinschaft. Aber wenn wir nur noch den Verfassungsstaat haben und nicht mehr wissen warum, ist etwas Entscheidendes verlorengegangen.

Der Berliner Soziologe **Hans Joas** sprach einmal davon - und das gehört wohl zum Lernprozeß vieler ehrlicher Intellektueller, daß "Gemeinschaften die lebendige kommunikative Infrastruktur einer demokratischen Gesellschaft bilden". Auch für die internationale Kommunikation wird uns auf mittlere Sicht keine andere Ebene, weder die der subnationalen Regionen noch die eines europäischen Bundesstaates, zur Verfügung stehen. Schon deshalb ist ein gewollter und dauerhaft von seinen Bürgern getragener Nationalstaat notwendig.

Nationen bilden die kommunikative Infrastruktur der globalisierten Welt.

Das alles hat nur Sinn und kann positive Auswirkungen haben, wenn da Menschen sind, die mit sich selbst in innerer Einheit leben, also eine Identität haben. Die muß der einzelne, jeder für sich finden, sonst ist er schizophren. Ich glaube zwar, daß die nationale Geschichte dabei von Bedeutung ist, ich bezweifle aber, daß sie dafür ausreicht.

Dokumenten-Anhang

(zusammengestellt von Hans-Hermann Hertle)

Dokument 1

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 27. 10. 1989

Gerhard Schürer	Berlin, 27. Oktober 1989
Gerhard Beil	36 Ex., je 24 Blatt
Alexander Schalck	37 Ex., 24 Blatt
Ernst Höfner	
Arno Donda	

V o r l a g e
für das Politbüro des Zentralkomitees der SED

Betreff:	Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen
Beschlußentwurf:	1. Die Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen wird zur Kenntnis genommen; den Schlußfolgerungen wird zugestimmt. 2. Die Analyse und die Schlußfolgerungen sind in ausgewogener Form dem Entwurf der Rede des Generalsekretärs, Genossen Egon Krenz, für die 10. Tagung des ZK zugrunde zu legen. (Unterschrift) Gerhard Schürer
Zur Behandlung der Vorlage sind einzuladen:	Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck, Ernst Höfner, Arno Donda
Die Vorlage wurde ausgearbeitet von:	
Begründung:	Beschluß des Politbüros vom 24. Oktober 1989, Punkt 1

Verteiler:
1.- 30. Ex. Politbüro des ZK der SED
31. Ex. Genosse Schürer
32. Ex. Genosse Ehrensperger
33. Ex. Genosse Beil
34. Ex. Genosse Schalck
35. Ex. Genosse Höfner
36. Ex. Genosse Donda

Geheime Verschlußsache b 5 - 1158/89
37. Ausf. Seiten 1-22
Vernichtung: 31. 12. 1989
Geheimhaltungsgrad darf nicht verändert werden.

A n a 1 y s e
der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen

Ausgehend vom Auftrag des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vorzulegen, wird folgendes dargelegt:

Die Deutsche Demokratische Republik hat beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bedeutende Erfolge erreicht, die auch international anerkannt werden. In einer zur Vorbereitung des XII. Parteitages ausgearbeiteten Analyse werden die auf vielen Gebieten erreichten bedeutenden Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR ausführlich dargelegt, die hier nur zusammengefaßt eingeschätzt sind.
Es wurde ein dynamisches Wachstum des Nationaleinkommens über einen Zeitraum von 17 Jahren in Höhe von rd. 4 % durchschnittlich jährlich realisiert, wobei sich das Wachstum in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem Rückgang der produktiven Akkumulation verlangsamte.
Auf dem Wege der Intensivierung wurden volkswirtschaftlich wichtige qualitative Aufgaben gelöst. Beim Einsatz von Roh- und Werkstoffen verminderte sich der spezifische Verbrauch gegenüber 1980 auf 74 %, wobei die Zielstellungen des Fünfjahresplanes 1986-1990 zur Senkung des spezifischen Materialverbrauchs nicht erreicht wurden.
Bedeutende Ergebnisse wurden bei der Anwendung von Schlüsseltechnologien erreicht.
Wir haben in der Mikroelektronik als eines der wenigen Länder der Welt die Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Bauelemente einschließlich eines wesentlichen Teils der dazu erforderlichen speziellen Produktionsausrüstungen für hochintegrierte Schaltkreise gemeistert. Dabei wird infolge des ungenügenden Standes der Arbeitsteilung ein breites Sortiment an mikroelektronischen Erzeugnissen entwickelt und produziert. Die Kosten für diese Erzeugnisse betragen z. Z. ein mehrfaches des internationalen Standes. Ihr Einsatz in der Volkswirtschaft der DDR und im Export muß gegenwärtig mit über 3 Mrd. M pro Jahr gestützt werden. Die weitere Entwicklung verlangt dringend die Vertiefung der Kooperation, besonders mit der UdSSR.
Durch steigende Leistungen in der pflanzlichen und tierischen Produktion in der Landwirtschaft wurde der wachsende Verbrauch der Bevölkerung an Nahrungsmitteln sowie die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gewährleistet. Die aufeinanderfolgenden unterdurchschnittlichen Ernten in den Jahren 1988 und 1989 erfordern jedoch wiederum Getreideimporte aus dem NSW, die durch hohe Anstrengungen in den vergangenen Jahren bereits abgelöst waren.
Das Verkehrswesen wurde mit dem Schwerpunkt der Verlagerung der Transporte von der Straße auf die Eisenbahn entwickelt und die Elektrifizierung von 20 auf 40 % erhöht. Der Ausbau der Infrastruktur, darunter das Straßenwesen, mußte insgesamt aufgrund der zurückgehenden Akkumulationskraft vernachlässigt werden; der Verschleißgrad des Autobahn- und Straßennetzes ist hoch.
Das Realeinkommen der Bevölkerung verbesserte sich allein im Zeitraum 1980-1988, wo sich in vielen Ländern die Lebenslage der Werktätigen verschlechterte, um 4,4 % durchschnittlich jährlich.
Das ist disproportional zum Wachstum des produzierten Nationaleinkommens mit 4,2 %.
Seit 1970 wurden mehr als 3 Millionen Wohnungen neugebaut bzw. rekonstruiert und damit für 9 Millionen Menschen, d. h. mehr als die Hälfte der Bevölkerung der DDR, qualitativ neue Wohnbedingungen geschaffen.
Infolge der Konzentration der Mittel wurden zur gleichen Zeit dringendste Reparaturmaßnahmen nicht durchgeführt und in solchen Städten wie Leipzig, und besonders in Mittelstädten wie Görlitz u. a. gibt es tausende von Wohnungen, die nicht mehr bewohnbar sind.
Auf der Grundlage unseres sozialistischen Planungssystems konnten eine Reihe wichtiger Reformen, insbesondere die intensive Entwicklung der Volkswirtschaft in allen Hauptbereichen, rechtzeitig gewährleistet werden.
Die Feststellung, daß wir über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält jedoch einer strengen Prüfung nicht stand. Durch neue Anforderungen, mit denen die DDR konfrontiert war, entstanden im Zusammenhang mit subjektiven Entscheidungen Disproportionen, denen mit einem System aufwendiger administrativer Methoden begegnet werden sollte. Dadurch entwickelte sich ein übermäßiger Planungs- und Verwaltungsaufwand. Die Selbständigkeit der Kombinate und wirtschaftlichen Einheiten sowie der Territorien wurde eingeschränkt.
Die Disproportionen im volkswirtschaftlichen Maßstab, zwischen den Zweigen sowie die schnellere Entwicklung der Finalerzeugnisse gegenüber der Zulieferproduktion konnten dadurch jedoch nicht eingeschränkt werden.
Die Bildung und Ausgestaltung der Kombinate war ein richtiger und bedeutender Schritt zur Entwicklung der Leitung und Planung. Die vorgegebene Strategie, daß die Kombinate alles selbst machen sollten, führte zu bedeutenden Effektivitätsverlusten, die sich aus der objektiv notwendigen Vertiefung der Arbeitsteilung und zunehmenden Kooperation ergebenden Effekte konnten nicht genutzt werden.

Dadurch trat u. a. eine Tendenz der Kostenerhöhung ein, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit abnahm.
Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich hinsichtlich der notwendigen Entwicklung der Produktion der j000 kleinen Dinge" sowie der effektiven Leitung und Planung der Klein- und Mittelbetriebe und der örtlichen Versorgungswirtschaft trotz großer Anstrengungen zentraler und örtlicher Organe nicht bewährt, da ökonomische und Preis-Markt-Regelungen ausblieben. Die Anwendung und Weiterentwicklung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung ist richtig. Diese Prinzipien können aber nur effektiv gestaltet werden, wenn reale Pläne mit entsprechenden Reserven in den Bilanzen die Grundlage sind. Nur unter diesen Bedingungen kann die Flexibilität und Beweglichkeit der Wirtschaft verbessert werden. Infolge der hohen Konsumtionsrate fehlen dazu jedoch materielle und finanzielle Mittel.
Um ein ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu geben, muß im Zusammenhang mit der insgesamt positiven Entwicklung auf bedeutsame Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempos und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hingewiesen werden.
Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 % hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Mißverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Oberbau und der Produktionsbasis.
Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.

Die ökonomische Lage der DDR wird durch folgende Hauptfakten gekennzeichnet:

1 .Die Auswirkungen des Rückgangs der Akkumulationsrate von 29 % im Jahre 1970 auf 21 % laut Plan 1989, die ausschließlich zu Lasten der produzierenden Bereiche gegangen ist, sind schwerwiegender als bisher eingeschätzt.
Die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen ging von 16,1 % 1970 auf 9,9 % 1988 zurück.
Der Anteil der Akkumulation in den nichtproduzierenden Bereichen einschließlich Wohnungsbau ist seit den 70er Jahren mit einem Anteil von etwa 9 % gleichgeblieben.
Während die Akkumulation in den produzierenden Bereichen im Zeitraum 1970-1988 auf 122 % stieg, erhöhten sich die Investitionen im nichtproduzierenden Bereich einschließlich Wohnungsbau auf 200 %. Dabei sind durch die Konzentration der Mittel auf den Wohnungs- und Gesellschaftsbau bestimmte, für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Bereiche, wie das Gesundheitswesen, vernachlässigt worden.
Die Konzentration der ohnehin zu geringen Investitionen auf ausgewählte Zweige hat zum Zurückbleiben in anderen Bereichen, darunter der Zulieferindustrie, geführt. Hinzu kommt, daß große Investitionsobjekte mit bedeutendem Aufwand nicht den geplanten Nutzen erreicht haben.
Auf einer Reihe von Gebieten sind modernste und hocheffektive Ausrüstungen vorhanden, wie z. B. in der Mikroelektronik, im Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau und auf Teilgebieten der Leichtindustrie, der Möbelindustrie sowie im Bereich Glas- und Keramikindustrie. Insgesamt hat sich jedoch der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie von 47,1 % 1975 auf 53,8 % 1988 erhöht, im Bauwesen von 49 % auf 67 %, im Verkehrswesen von 48,4 % auf 52,1 % und in der Land-, Forstund Nahrungsgüterwirtschaft von 50,2 % auf 61,3 %. In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sind die Ausrüstungen stark verschlissen, woraus sich ein überhöhter und ökonomisch uneffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt. Darin liegt auch eine Ursache, daß der Anteil der Beschäftigten mit manueller Tätigkeit in der Industrie seit 1980 nicht gesunken ist, sondern mit 40 % etwa gleichblieb.
Zugleich war mit dem ungenügenden Einsatz von Nationaleinkommen für die Akkumulation in den produzierenden Bereichen verbunden, daß eine Reihe wissenschaftlich-technischer Ergebnisse nicht in die Produktion überführt werden konnten und der Anteil des Zuwachses an Nationaleinkommen aus der Senkung des Produktionsverbrauchs, der 1981-1985 im Zusammenhang mit der Heizölablösung 30-35 % betrug, in der Folgezeit zurückging.
Der Rückgang der produktiven Akkumulation ist Hauptursache für das Abschwächen des Wachstumstempos der Produktion und des Nationaleinkommens, das vor allem ab 1986 wirksam wurde, sowie zunehmender Disproportionen.

Das Wachstumstempo des Nationaleinkommens 1986-1990 liegt voraussichtlich mit 3,6 %bei abnehmender Tendenz bedeutend unter den erreichten Ergebnissen bis 1985. Dieser Faktor des langjährigen Rückgangs der produktiven Akkumulation wird auch nach 1990 noch wirken.

2. Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW, die sich von 2 Mrd. VM 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat. Das bedeutet, daß die Sozialpolitik seit dem VIII. Parteitag nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte.
   Hinzu kommt, daß das Tempo der Entwicklung der Geldeinnahmen der Bevölkerung höher war als das des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung. Das führte trotz eines hohen Niveaus der Versorgung zu Mangelerscheinungen im Angebot und zu einem beträchtlichen Kaufkraftüberhang.
   Betrachtet man als Basiszeitraum des nächsten Fünfjahrplanes die Jahre 1986-1989 zeigt sich folgendes Bild:

- Die Hauptkennziffern von Leistung und Verbrauch haben sich im Zeitraum 1986-1989 durchschnittlich jährlich wie folgt entwickelt:

Wachstum des Nationaleinkommens	3,6 %
Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung	4,0 %
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,3 %
Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	4,5%

  Die Leistungsentwicklung blieb hinter den Planzielstellungen zurück. Demgegenüber wurden die Ziele auf den Gebieten der Konsumtion, des Wohnungsbaus und der Sozialpolitik übererfüllt. Der Fünfjahrplan 1986-1990 sah gegenüber dem ist von voraussichtlich 3,6 % ein durchschnittlich jährliches Wachstum des Nationaleinkommens von 4,8 % vor. Die Differenz zur tatsächlichen Entwicklung beträgt 1986-1990 36 Mrd. M volkswirtschaftliches Endprodukt. Der Rückstand bei der industriellen Warenproduktion beträgt 88 Mrd. M.
  Der Ausgleich zwischen diesem Leistungsrückstand und der Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben führte zur Senkung der Akkumulation, zur Erhöhung der inneren Verschuldung und der zunehmenden Aufnahme ausländischer Kredite.
- Einer besonderen Beachtung bedarf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kaufkraft und Warenfonds.
  Die Nettogeldeinnahmen sind mit 4,3 % jährlich schneller gewachsen als die Warenfonds mit 4 %. Für den langfristigen Zeitraum 1980-1989 ergibt sich ein Verhältnis von 138,9 % Steigerung der Nettogeldeinnahmen zu 131,4 % Steigerung des Warenfonds. Das führte zu einem permanenten, sich ständig vergrößernden Kaufkraftüberhang.
  Das Verhältnis der notwendigen schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Durchschnittslohn hat sich in diesem Zusammenhang abgeschwächt und im Jahre 1987 aufgrund des Zusammenfallens mehrerer ungünstiger Faktoren (strenger Winter, starke Ernteausfälle) umgekehrt. Für den Zeitraum 1986-1989 zeigt sich durchschnittlich jährlich folgendes Bild:
  Verhältnis der Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Entwicklung des Durchschnittslohnes

geplant	1,54: 1
Ist	1,20 : 1

  Die Entwicklung der Struktur der Konsumtion im Zusammenhang mit der grundlegenden Frage des Verhältnisses zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion und des im Parteiprogramm dazu formulierten Grundsatzes, daß die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen sich auch weiterhin hauptsächlich über das Arbeitseinkommen als wichtigste Einkommensquelle vollziehen wird, zeigt folgendes:
  Während sich im Zeitraum 1986-1989 die Geldeinnahmen der Bevölkerung durchschnittlich jährlich um 4,3 % erhöhten, sind die indirekten Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds, als wichtiger Bestandteil des Realeinkommens (oft auch zweite Lohntüte genannt) um 4,9 % durchschnittlich jährlich angewachsen. Das Tempo der Entwicklung der Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt einschließlich der Subventionen für Wohnungswesen, stabile Preise, Tarife, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport und Erholung beträgt 1986-1988 rund 7 % durchschnittlich jährlich.

Aus der schnelleren Entwicklung der Nettogeldeinnahmen gegenüber den Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung ergibt sich im Zeitraum 1986-1989 ein aktueller, direkt auf den Binnenmarkt wirkender Kaufkraftüberhang von 6,0 Mrd. M.
Das entspricht etwa dem Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung eines ganzen Jahres.
Die Spareinlagen einschließlich Versicherungssparen erhöhten sich von 136 Mrd. 1985 auf 175 Mrd. M Ende 1989. Das Wachstum beträgt damit durchschnittlich jährlich 6,5 %.
Die Zinszahlungen an die Bevölkerung betragen 1989 voraussichtlich 5 Mrd. M. Das ist mehr als der gesamte Jahreszuwachs des Warenfonds im Jahre 1989. Das Wachsen der Spareinlagen ist einerseits Ausdruck des Vertrauens der Bevölkerung zur gesellschaftlichen Entwicklung und des Wunsches, mit wachsendem Lebensstandard über persönliche Reserven zu verfügen, hängt aber andererseits zum Teil mit nicht realisierbaren Kaufwünschen, besonders nach langlebigen und hochwertigen Konsumgütern, zusammen (PKW, HiFi-Anlagen u. ä.).

- Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber dem Kreditsystern entwickelten sich aufgrund der höheren Ausgaben gegenüber den erreichten Einnahmen von rd.: 12 Mrd. M 1970 auf 43 Mrd. M 1980 und 123 Mrd. M 1988.
  In den Jahren 1989 und 1990 können die höheren Ausgaben des Staatshaushaltes gegenüber den Einnahmen nur durch zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 20 Mrd. M erreicht werden, so daß die Gesamtverschuldung 1990 insgesamt 140 Mrd. M beträgt. Geldumlauf und die Kreditaufnahme des Staates, darunter wesentlich aus den Spareinlagen der Bevölkerung, sind schneller gestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung. Die ungenügende Erhöhung der Effektivität im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, die Angleichung der Industrieabgabepreise an den im internationalen Vergleich zu hohem Aufwand sowie die wachsende Verschuldung des Staatshaushaltes hat zu einer Schwächung der Währung der DDR geführt.

3. Der Fünfjahrplan 1986-1990 für das NSW wird in bedeutendem Umfang nicht erfüllt. Bereits in den Jahren 1971-1980 wurden 21 Mrd. VM mehr importiert als exportiert. Das ist im Zusammenhang mit der dazu erforderlich gewordenen Kreditaufnahme und den Zinsen die Hauptursache des heutigen außergewöhnlich hohen Schuldenberges.
   Ab 1981 wurden die Anstrengungen darauf gerichtet, die entstandene Belastung der Zahlungsbilanz durch Einschränkungen der Importe zu verringern. Im Zeitraum 1981-1985 wurden Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Ablösung von Heizöl durch Braunkohle und Erdgas und den Export von Erdölprodukten zu günstigen Preisen erzielt.
   Diese Exportüberschüsse ermöglichten, den "Sockel" von 1980-1986 etwa auf gleichem Niveau in Höhe von 28 Mrd. VM zu halten. Ab 1986 gingen die Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Reduzierung der Preise für Erdölprodukte zurück; sie betrugen von 1986-1988 nur noch rd. 1 Mrd. VM, während allein die Kosten und Zinsen für Kredite in diesem Zeitraum etwa 13 Mrd. VM ausmachten. Das bedeutete eine grundlegende Änderung der ökonomischen Situation in der DDR.
   Die Exportziele des Fünfjahrplanes 1986-1990 werden aufgrund der fehlenden Leistung und ungenügenden Effektivität mit 14 Mrd. VM unterschritten und der Import mit rd. 15 Mrd. VM überschritten. Darin sind die durchgeführten Importe an Maschinen und Ausrüstungen im Umfang von 6,9 Mrd. VM zur Leistungssteigerung, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie sowie der Mikroelektronik, enthalten.
   Damit ergibt sich anstelle des geplanten Exportüberschusses von 23,1 Mrd. VM ein Importüberschuß im Zeitraum 1986-1990 von 6 Mrd. VM.
   Das war mit einem schnellen Anstieg des "Sockels" auf 49 Mrd. VM Ende 1989 verbunden, d. h. auf 190 % gegenüber 1985. Die eingetretene Höhe des "Sockels" entspricht damit etwa dem 4fachen des Exports des Jahres 1989.
   Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur etwa 35 % der Valutaausgaben insbesondere für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65 % der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, daß die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen, d. h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden. Zur Finanzierung der Zinsen müssen mehr als die Hälfte des Einnahmenszuwachses des Staatshaushaltes eingesetzt werden.
   Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, daß die Schuldendienstrate - das Verhältnis von Export zu den im gleichen Jahr fälligen Kre-

ditrückzahlungen und Zinsen nicht mehr als 25 % betragen sollte. Damit sollen 75 % der Exporte für die Bezahlung von Importen und sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen. Die DDR hat, bezogen auf den NSW-Export, 1989 eine Schuldendienstrate von 150 %.
Die Lage in der Zahlungsbilanz wird sich nach dem erreichten Arbeitsstand zum Entwurf des Planes 1990 weiter verschärfen. Der "Sockel" wird bei einem NSW-Exportüberschuß von 0,3-0,5 Mrd. VM auf ca. 57 Mrd. VM Ende 1990 ansteigen. Die Kosten und Zinsen betragen 1990 insgesamt über 8 Mrd. VM.
Wenn der Anstieg des "Sockels" verhindert werden soll, müßte 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Mrd. M aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von 3 Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion um 25-30 % erfordert.
Es wird eingeschätzt, daß zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit folgende Exportüberschüsse erreicht werden müssen:

- Mrd. VM	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Exportüberschuß	2,0	4,6	6,7	9,2	10,2	11,3

Unter diesen Bedingungen entwickelt sich der "Sockel- wie folgt:

-Mrd. VM -	1990	1991	1992	1993	1994	1995
"Sockel"	55,5	62,0	63,0	62,0	60,0	57,0

Für einen solchen Exportüberschuß bestehen jedoch unter den jetzigen Bedingungen keine realen Voraussetzungen.
Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfond bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u. ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, den Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden.
Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird.

II.

Welche Schlußfolgerungen können angesichts dieser Situation vorgeschlagen werden?

1 .Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Ziele, die für die Zukunft gestellt werden, müssen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes unter Berücksichtigung der charakterisierten ökonomischen Situation in Übereinstimmung gebracht werden.
Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR verbunden mit einer Wirtschaftsreform erforderlich.
Die grundlegende Aufgabe der neuen Wirtschaftspolitik besteht darin, Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen. Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, daß der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muß als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens.

Grundlegende Aufgaben sind:

- Das vorhandene Leistungsvermögen unseres Landes ist umfassend auszuschöpfen durch konsequente Stärkung der produktiven Akkumulation vorrangig in Zweigen, die zur Erreichung eines wachsenden NSW-Exportüberschusses einen maximalen Beitrag zur Sicherung der Liquidität zu leisten haben zu Lasten der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen bereits mit dem Plan 1990.
- Die vorhandenen Kräfte und Ressourcen sind auf die Lösung der Zulieferprobleme und die Gewährleistung der volkswirtschaftlichen Verflechtungen als bedeutende Voraussetzung der Steigerung der Leistungsentwicklung und der Arbeitsproduktivität, auf den Export zur Sicherung

Der Rohstofflieferungen aus der UdSSR und einen wachsenden NSW-Exportes sowie die Lösung der Versorgungsaufgaben der Bevölkerung zu konzentrieren.

- Es ist eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials erforderlich, um das Mißverhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Kräften in der gesamten Wirtschaft und im Überbau zu beseitigen, d. h. drastischer Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften sowie hauptamtlich Tätiger in gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen.
- Als Grundfrage der konsequenten Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips ist die Erhöhung der Einnahmen direkt an höhere Leistungen zu binden. Das erfordert zugleich für nicht gebrachte Leistungen, Schluderei und selbstverschuldete Verluste Abzüge vom Lohn und Einkommen.
- Die Investitionen sind für die Erhaltung, Modernisierung und Rationalisierung einzusetzen, um eine bedeutende Einschränkung von Arbeitsplätzen zu erreichen, den eingetretenen Aderlaß von Arbeitskräften auszugleichen und Arbeitskräfte für die neuen Prioritäten zu gewinnen.
- Zur Gewährleistung der Stabilität des Binnenmarktes und der Sicherung des NSW-Exportfonds müssen grundlegende Veränderungen in der Subventions- und Preispolitik erfolgen bei Erhaltung der sozial begründeten, den volkswirtschaftlich möglichen entsprechenden Maßnahmen.
  Alle Elemente der Subventions- und Preispolitik, die dem Leistungsprinzip widersprechen sowie zur Verschwendung und Spekulation führen, sind zu beseitigen.
  Ausgehend von der Lage kann bei der Einschränkung der Subventionen kein voller Ausgleich gezahlt werden. Es sind weitere, die Durchsetzung des Leistungsprinzips fördernde, kaufkraftbindende Maßnahmen erforderlich.
  Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Kaufkraftbindung durch die Steigerung der Produktion hochwertiger Konsumgüter sowie durch höhere Veredlung zum Beispiel eigener landwirtschaftlicher Rohstoffe wie Milch und Fleisch, durch Entwicklung von Dienstleistungen und Gewerbe bzw. Bildung von Sachvermögen durch industriellen Eigenheimbau und eventuellen Kauf von Etagenwohnungen vorzuschlagen.
- Die Stärkung der produktiven Akkumulation erfordert, für die kommende Zeit eine Reduzierung der eingesetzten Ressourcen für den komplexen Wohnungsbau, der gegenwärtig 75 % aller Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen beansprucht.
  Hinsichtlich des Wohnungsbaus ist vor allem auf der Grundlage der Nutzung der Kapazitäten in den Territorien schwerpunktmäßig die Werterhaltung und Modernisierung vorhandener Wohnsubstanz zu sichern.
  Modernisierung, Erhaltung und Neubau von Wohnungen, vor allem in den vorhandenen Wohngebieten, sind auf das engste mit der Wohnraumwirtschaft und der Wohnungspolitik als Ganzes zu verbinden.
  Auf diese Weise ist eine wesentliche Erhöhung des gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und eine Beschleunigung der Kostensenkung zu verwirklichen; durch Entwicklung der Produktionsstruktur mit hoher Devisenrentabilität muß der Beitrag zum Nationaleinkommen erhöht werden.

2. <u>Durchführung einer Wirtschaftsreform mit sofort wirksamen und langfristig wirkenden Maßnahmen</u>

Als erster Schritt ist eine bedeutende Senkung des Planungs- und des Verwaltungsaufwandes auf allen Ebenen notwendig.
Vorhandene Elemente einer bürokratischen Zentralisierung in Leitung und Planung, deren Bearbeitung und Lösung nicht in der Zentrale möglich und erforderlich sind, sind abzuschaffen und die Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe wesentlich zu erhöhen.
Dazu gehören

- Abschaffung der zentralen Planung und Abrechnung der Tagesmeldungen sowie der zentralen Dekaden- und Monatsplanung.
- Reduzierung der Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik von 3800 Positionen auf 600 bis 800 Positionen, die inhaltlich entscheidend sind und zentral beeinflußt und entschieden werden müssen. Gleichermaßen ist die Zahl der Staatsaufträge von rund 40 auf 25 einzuschränken. Die Möglichkeit der Abschaffung der Erneuerungspässe ist im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der bestehenden Pflichtenhefte zu prüfen.
- Die Bilanzierung der Erzeugnissortimente ist den Kombinaten als Hauptproduzenten zu übertragen. Es darf keine formale Festlegung der Erneuerungsrate der Produktion geben.

- Die Verantwortung der Kombinate und Betriebe für den Prozeß der Plandurchführung ist als Voraussetzung für flexibles Reagieren entsprechend den Bedürfnissen des inneren und äußeren Marktes im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Fonds wesentlich zu erhöhen. Es müssen effektive Kooperationsbeziehungen im Rahmen der Volkswirtschaft der DDR sowie international, besonders mit der UdSSR, organisiert werden.
  Die Übernahme von Klein- und Mittelbetrieben durch Kombinate bzw. ihre Auslastung durch zentral bilanzierte Auflagen ist einzustellen bzw. zu prüfen, wo sie wieder ausgegliedert werden können.
- Die Verantwortung der Produzenten sowie der örtlichen Staatsorgane für die Deckung des Bedarfs, insbesondere an Erzeugnissen der 1000 kleinen Dinge, ist durch Schaffung besserer materieller Voraussetzungen für die Klein- und Mittelbetriebe sowie für Handwerk und Gewerbe zu unterstützen; den ökonomischen Wirkungen von Angebot und Nachfrage und entsprechender Preisbildung auf diesem Gebiet ist größerer Spielraum zu geben.
  Die Steuergesetzgebung für Handwerk und Gewerbe ist sofort zu überarbeiten.
  Die Arbeitskräfteregelungen und die Investitionsmöglichkeiten sind großzügiger zu gestalten.
- Im Rahmen der auszuarbeitenden Grundsätze für die Eigenerwirtschaftung der Mittel durch Kombinate, Betriebe, Genossenschaften einschließlich Handwerks- und Gewerbebetriebe ist ein Schwerpunkt darauf zu legen, Initiativen zur zusätzlichen Valutaerwirtschaftung materiell zu stimulieren. Sie sind an den Valutaeinnahmen zu beteiligen.
- Die Rolle des Geldes als Maßstab für Leistung, wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg ist wesentlich zu erhöhen.
- Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten.

Insgesamt geht es um die Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus, wo jede Frage dort entschieden wird, wo die dafür nötige, größere Kompetenz vorhanden ist.

III.

Es ist eine neue Stufe der Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR zu verwirklichen.

Das erfordert die Durchführung einer Politik der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ohne Vorbehalte und die Beseitigung des zwiespältigen Verhaltens zur Umgestaltung in der UdSSR. Nach Abstimmung der Rohstofflieferungen der UdSSR und der Bezahlware der DDR dafür ist als nächster Schritt die Koordinierung der Zusammenarbeit, Kooperation und Arbeitsteilung auf den Gebieten der Elektrotechnik und Elektronik sowie des Maschinenbaus notwendig. Dies gilt insbesondere für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der höchstintegrierten Schaltkreise der Mikroelektronik und Rechentechnik.

Die Produktion und Lieferungen der DDR müssen von dem mit der Umgestaltung sich wesentlich ändernden Investitionsbedarf der UdSSR ausgehen. Dabei ist die Konversion von Betrieben der Verteidigungsindustrie zu unterstützen.

Es darf keine Vorbehalte zu neuen Formen der Zusammenarbeit geben (gemeinsame Betriebe). Entscheidend ist die Berechnung von Aufwand und Nutzen.

Gegenüber den anderen sozialistischen Ländern ist die konstruktive Zusammenarbeit unabhängig von der Unterschiedlichkeit der eingeschlagenen Wege bei Wahrung der ökonomischen Interessen der DDR konsequent fortzuführen. In den Rohstofflieferungen muß die Gegenseitigkeit und auf dem Gebiet der metallverarbeitenden Industrie die Arbeitsteilung unter Nutzung der vorhandenen Potenzen der DDR erweitert werden.

IV.

Auch wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden, ist der in Abschnitt 1 dargelegte, für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Exportüberschuß nicht sichtbar.

1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen.

Aus diesem Grunde wird über die vorgenannten Schlußfolgerungen hinaus folgendes vorgeschlagen:

4. Es ist ein konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und mit anderen kapitalistischen Ländern wie Frankreich, Österreich. Japan, die an einer Stärkung der DDR als politisches Gegengewicht zur BRD interessiert sind. auszuarbeiten und zu verhandeln.

a Im Interesse der Stärkung der produktiven Akkumulation sind alle Formen der Zusammenarbeit mit Konzernen und Firmen der BRD sowie anderen kapitalistischen Ländern zu prüfen mit dem Ziel, mehr Waren für den Außen- und Binnenmarkt aus der Leistungssteigerung bereitzustellen. Die Refinanzierung ist aus diesen Objekten zu gewährleisten, wobei ein ökonomischer Nutzen für die DDR bzw. ein Export auf Drittmärkte ermöglicht werden muß.

b Die DDR ist interessiert, mit Konzernen und Firmen der BRD und anderen Ländern zu kooperieren, Lizenzen und Technologien zu übernehmen, Leasinggeschäfte durchzuführen sowie die Gestattungsproduktion weiter zu entwickeln, wenn der Aufwand refinanziert und ein Gewinn erreicht werden kann.

c Zur Modernisierung von mittleren und Kleinbetrieben sowie von Handwerk und Gewerbe, besonders in der Textilindustrie, der Schuhindustrie, Glas- und Keramik, Lebensmittelindustrie und Nahrungsgüterwirtschaft, deren Produktion unmittelbar versorgungswirksam werden kann, sind Kredite aufzunehmen, die durch Leistungssteigerung dieser Betriebe fristgemäß refinanziert werden.

d Die DDR ist an der Beratung einiger großer Objekte der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie, des Umweltschutzes, der Chemie und anderer Zweige, für die jeweils einzeln intensive Verhandlungen erforderlich sind und deren Realisierung im Interesse beider Partner liegt, interessiert.

e Zur Erhöhung der Attraktivität des Tourismus aus kapitalistischen Ländern in die DDR sind auf der Grundlage der Refinanzierungsmöglichkeiten weitere Kapazitäten zu rekonstruieren bzw. zu erweitern. Es ist zu prüfen, daß gegenwärtig nicht voll genutzte Kapazitäten, die weder der Bevölkerung noch dem organisierten Tourismus zur Verfügung stehen, teilweise in die Kapazitätserweiterung für den NSW-Tourismus aufgenommen werden.

Es muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß der Ausweg aus der Lage die Verwirklichung der vorstehend insgesamt dargelegten Maßnahmen zur Veränderung der Wirtschaft- sund Gesellschaftspolitik erfordert.

Die Vorschläge zur ökonomischen Kooperation mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern sind ohne die in den Abschnitten 11 und 111 genannten Maßnahmen nicht durchführbar. Sonst würde ein Eintreten der Zahlungsunfähigkeit nicht vermeidbar sein sondern beschleunigt werden. Alle genannten Maßnahmen müssen bereits 1992 zu höheren Valutaeinnahmen für die Sicherung der Liquidität des Staates führen. Trotz dieser Maßnahmen ist es für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit 1991 unerläßlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 23 Mrd. VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln. Gegebenenfalls ist die Transitpauschale der Jahre 1996-1999 als Sicherheit einzusetzen.

Diese Vorschläge erhöhen die Verschuldung der DDR weiter und stellen ein Risiko dar. Die Verschuldung wird jedoch langfristig und refinanzierbar konzipiert und ist verbunden mit dem Zeitgewinn für die grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR und der Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds.

Zur Untersetzung der dargelegten Grundlinie der neuen Wirtschaftspolitik und als Voraussetzung für dazu erforderliche Entscheidungen sowie zur detaillierten Ausarbeitung der Vorschläge und Objekte für die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern ist es erforderlich, durch die Staatliche Plankommission ein Gesamtkonzept der Entwicklung der Volkswirtschaft für den Zeitraum 1991-1995 auszuarbeiten und dem Politbüro im Dezember vorzulegen. Die Verwirklichung der dargelegten Maßnahmen erfordert eine straffe staatliche Leitung und Organisation.

V.

Mit diesen in Abschnitt IV dargelegten Vorschlägen läßt sich die DDR als Land des Sozialismus, als Mitglied des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe leiten von der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, von der Politik des Dialogs der Vernunft und der Entspannung.

Dabei schließt die DDR jede Idee von Wiedervereinigung mit der BRD oder der Schaffung einer Konföderation aus.
Wir sehen in unseren Vorschlägen jedoch einen Weg in Richtung des zu schaffenden europäischen Hauses entsprechend der Idee Michail Sergejewitsch Gorbatschows, in dem beide deutsche Staaten als gute Nachbarn Platz finden können.
Um der BRD den ernsthaften Willen der DDR zu unseren Vorschlägen bewußt zu machen, ist zu erklären, daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlichtechnischen Zusammenarbeit DDR-BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen.[1] Dies müßte jedoch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, daß unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Mrd. Mark entstanden ist.
Als Zeichen der Hoffnung und der Perspektive ist die DDR bereit, 1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten.

(Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3252)

Dokument 2

Schreiben von Gerhard Schürer an Egon Krenz, 27. 10. 1989:
Zur Zahlungsfähigkeit der DDR (Zusatzinformation zur GVS "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen"

Genossen Stoph zur Information

Generalsekretär des
ZK der SED und Vorsitzenden
des Staatsrates der DDR
Genossen Egon Krenz
Marx-Engels-Platz
Berlin
1026

Berlin, 27. 10. 89

Lieber Genosse Egon Krenz!

Zu Deiner Information übergebe ich Dir in der Anlage ein Zusatzmaterial zur Zahlungsfähigkeit der DDR.
Wir haben die darin enthaltenen Fakten nicht in die Analyse der ökonomischen Lage der DDR aufgenommen, da sie, wie vom Politbüro festgelegt, weiterhin strengster Geheimhaltung unterliegen müssen.

Mit sozialistischem Gruß
(Unterschrift)

Gerhard Schürer

[1] Der kursiv gesetzte Passus wurde in der dem Reinschriftenprotokoll der Politbüro-Sitzung vom 31. 10. 1989 beigelegten Fassung dieser Vorlage gestrichen (vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2356).

Anlage

Gerhard Schürer

Geheime Kommandosache
b 5 - 1156/89
2. Ausf. Blatt 1-3

Berlin, 27. Oktober 1989

Zur Zahlungsfähigkeit der DDR (Zusatzinformation zur GVS "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen")

Die Zahlungssituation der DDR im Handel mit dem NSW ist dadurch gekennzeichnet, daß wir zur Einhaltung unserer Zahlungsverpflichtungen aus Krediten und Zinsen sowie zur Durchführung jährlicher Importe bereits jetzt weitestgehend von kapitalistischen Kreditgebern abhängig sind. Die jährliche Kreditaufnahme der DDR liegt bei 8-10 Mrd. VM. Das ist für ein Land wie die DDR eine außerordentlich hohe Summe, die bei ca. 400 Banken jeweils mobilisiert werden muß. Kapitalistische Banken haben für ihre Kreditausreichung gegenüber den sozialistischen Ländern ebenso wie gegenüber Entwicklungsländern - Länderlimite festgelegt.

Die weitere Beschaffung von Krediten in den Jahren bis 1995 ist maßgeblich abhängig von
- der Wirkung politischer Faktoren auf die Kreditvergabebereitschaft kapitalistischer Banken und der Haltung der Regierungen solcher Länder wie Japan und der BRD, die zu den wichtigsten Kreditgebern der DDR gehören;
- der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR, insbesondere der Außenhandeisentwicklung, der Kostenentwicklung, der Akkumulationskraft, der Geldstabilität, der Arbeitskräfteentwicklung usw.;
- der Beibehaltung relativ hoher Anlagen bei ausländischen Banken, die als Guthaben der DDR in Erscheinung treten, auch wenn es sich um Depositen und bereits mobilisierte, noch nicht eingesetzte Kredite handelt.
  Bei Wahrung der Geheimhaltung über den tatsächlichen Charakter dieser "Guthaben" tragen sie ganz wesentlich zum Ansehen der DDR als zuverlässiger Kreditnehmer bei.

Diese "Guthaben" bestehen aus:
- Guthaben von Ausländern in Form von Depositen und Einlagen, die unsere Banken aufgenommen und wieder eingelegt haben, in Höhe von 5,3 Mrd. VM
- mit kapitalistischen Banken vertraglich vereinbarte Kredite, die bis zu ihrem Einsatz von uns angelegt werden, in Höhe von 8,4 Mrd. VM
- Umlaufmitteln des Bereiches Kommerzielle Koordinierung von 2,7 Mrd. VM - Valutaguthaben von DDR-Bürgern 0,3 Mrd. VM.

Bei Informationen über Guthaben der DDR, die durch ausländische Banken oder Kreditinstitutionen erfolgen, werden alle diese Mittel als "Guthaben der DDR" angesehen, da die tatsächlichen Quellen diesen Banken nicht bekannt sind.
Für die Kreditwürdigkeit der DDR ist das sehr positiv, für die tatsächliche Verschuldung jedoch wirkungslos.
Bei einer Einbeziehung dieser Faktoren in unseren Ausweis der Verschuldung müßten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten in gleicher Höhe aufgenommen werden. Der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten daraus bleibt unverändert.
Im Interesse der Notwendigkeit der Erhaltung der Kreditwürdigkeit ist eine absolute Geheimhaltung dieser Fakten erforderlich. Sie dürfen deshalb auch künftig nicht in die Abrechnung der Planzahlungsbilanz einbezogen werden.

(Quelle: Privatarchiv des Verfassers)

Verfasser

Dr. Hans-Hermann Hertle

Jahrgang 1955, Studium der Politikwissenschaft in Marburg und Berlin, wissenschaftlicher Publizist und Sozialforscher, z. Zt. an der FU Berlin.
Buchveröffentlichungen u. a.: "FDGB-Wende zum Ende. Auf dem Weg zu unabhängigen Gewerkschaften?" (Mitautor), Köln 1990; "Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR". (Mitautor), Opladen 1995; "Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates", Opladen 1996; "Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989", 6. Aufl., Berlin 1997; "Sozialpartnerschaft und Industriepolitik. Strukturwandel im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik" (gemeinsam mit Jürgen Kädtler), Opladen 1997; "Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees", (gemeinsam mit Gerd-Rüdiger Stephan), Berlin 1997.

Dr. Martin Junkernheinrich

Generalsekretär der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover. Von 1993 bis 1997 Leiter der Abteilung Regional- und Kommunalforschung am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle.

Dr. Willy Koch

Jahrgang 1947, Projektleiter für Politik- und Sozialforschung am Institut für Marktforschung Leipzig. Zahlreiche Forschungsberichte und Veröffentlichungen.

Günter Nooke

Jahrgang 1959, Diplom-Physiker, Geschäftsstelle Steuerungs- und Budgetausschuß für die Braunkohlesanierung, Abteilungsleiter Controlling. Veröffentlichungen in politikwissenschaftlichen und Fachzeitschriften, Mitherausgeber Lexikon des DDR-Sozialismus.